



Dichtung und Wahrheit in www und linken Medien

Über den antifaschistischen und antimilitaristischen Konsens - Vergessene Biografie Max Reimanns wieder vorgelegt.

Dass Geschichte je nach Interessen umgeschrieben und umgedeutet wird, das ist nicht neu. Warum aber schreiben Linke die Geschichte der Linken und Antifaschisten bisweilen ganz anders als sie gewesen ist?

Da wird behauptet, das Grundgesetz lasse seit 1950 eine Bundeswehr zu. Ein andermal wird in den Notstandsgesetzen 1968 die erste große Zäsur in der Verfassungsgeschichte gesehen und nicht in der Schaffung des Artikels 87a im Jahre 1956 zur Aufstellung der Bundeswehr „zur Verteidigung“. Dann werden Wehrpflicht und Propaganda-Privilegien für Nazis schon mal als demokratische Er-

erungenschaften angesehen. Der KPD wird ein nur taktische Verhältnis zum Grundgesetz vorgeworfen, obwohl sie zwar 1949 nicht zustimmte, aber versicherte, sie werde die erste sein, die das Grundgesetz gegen seine Schöpfer verteidigen wird – wozu sie bald Gelegenheit erhielt und weshalb sie ab 1951 Adenauers Verbotsskeule zu spüren bekam. Neuerdings tauchen sogar Behauptungen auf, einen antifaschistischen und antimilitaristischen Grundkonsens der Antifaschisten mit Einfluss auf das Grundgesetz habe es nie gegeben. Es ist aber so, dass nunmehr Bundesverfassungsgerichtsurteile sich der These von vor 50 Jahren annähern, wonach das Grundgesetz ein Gegenentwurf zum Nationalsozialismus sei und die Meinungsfreiheit keine faschistische Propaganda zulasse.

Die VVN-BdA von NRW legt hiermit eine Dokumentation vor, um geschichtliche Fakten zu vermitteln, die auch bisweilen auch in linken Publikationen übersehen werden.

Dazu gehört eine Chronik des Militarismus und Antimilitarismus nach 1945. Ferner wird die Frage beantwortet. Was sagte Max Reimann von der KPD (damals Vorstandsmitglied der VVN in NRW) im Parlamentarischen Rat? Wie gelang es der KPD, die Absage an den Kriegsdienst ins Grundgesetz zu bekommen? Welche Erlebnisse hatte Max Reimann in seiner Jugend mit dem militaristischen Zwangsdienst? Es wird eine in Vergessenheit geratene Biografie Max Reimanns aus der 68er Zeit in langen Auszügen zitiert. Es wird daran erinnert, wie die Arbeiterjugend per Kriegsdienst im Kaiserreich und im Ersten Weltkrieg zwangsrekrutiert wurde, um auf die eigenen Kollegen zu schießen (Reimann weigerte sich). Schließlich wird ein Dokument des Kreisauer Kreises von 1943 zitiert, das die Forderungen des antifaschistischen Widerstandes in all seinen Teilen enthält.



Quelle: www.bundestag.de

Konrad Adenauer im Parlamentarischen Rat

Adenauer unterschrieb das Grundgesetz ...

... und Max Reimann sagte: *Wir werden es gegen Euch verteidigen.*

Über den antifaschistischen und antimilitaristischen Konsens

Herausgegeben von der VVN-BdA in NRW im Februar 2010

*Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)
Landesvereinigung NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel. 0202 45 06 29
www.nrw.vvn-bda.de, vvn-bdanrw@freenet.de*

Die Dokumentation wurde zusammengestellt von Ulrich Sander,
der auch presserechtlich verantwortlich zeichnet.
Gestaltung: Jan Große Nobis, Dietrich Schulze

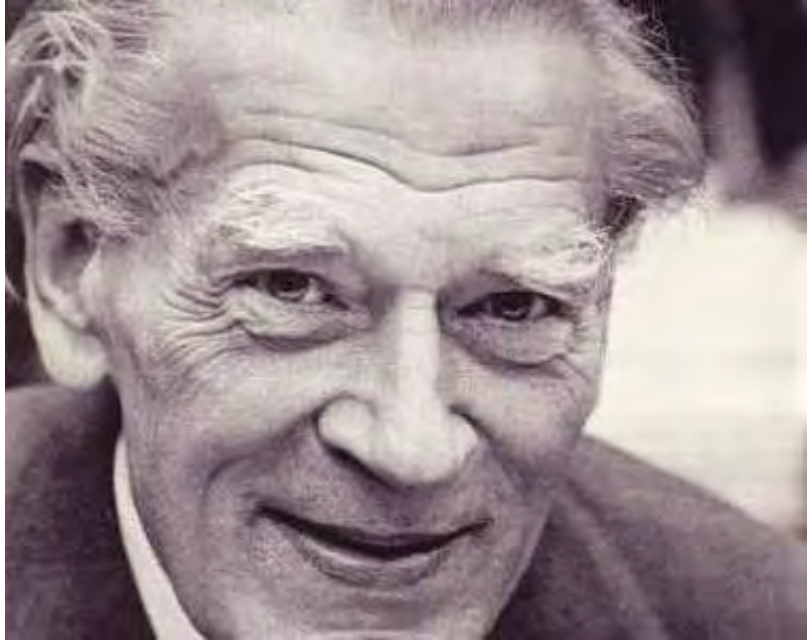
Inhaltsverzeichnis

Dichtung und Wahrheit in www und linken Medien	4
Das politische Programm des Deutschen Widerstandes	4
Nach 1945: Antimilitarismus und Militarismus	5
Alle diese Kriegsbeteiligungen verstoßen gegen das Völkerrecht, gegen das Potsdamer Abkommen und das Grundgesetz	15
Wehrpflicht und Kriegsdienst	16
KPD und Grundgesetz	17
Was sagte Max Reimann im Parlamentarischen Rat?	17
Höchste Gerichte entscheiden: Der Nazismus ist keine Meinung, sondern ihm wird vom Grundgesetz eine entschiedene Absage erteilt	18
Max Reimann und das Grundgesetz	19
Max Reimann: "Streiflichter aus dem Leben eines Kommunisten" (vor 1933)	22
<i>Es kamen das Jahr 1914 und der Krieg</i>	22
<i>Karl Liebknechts Kampf gegen den Krieg</i>	23
Für oder gegen die Kriegskredite	24
SPD auf Kriegskurs	25
<i>Krieg nach Außen bedeutet Unrecht im Inneren</i>	28
<i>Der schwere Kampf der Linken</i>	29
Illegale und halblegale Tätigkeit	30
<i>Die ersten Antikriegsaktionen in Elbing</i>	31
Gemustert und dennoch gewerkschaftlich tätig	32
Friedensdemonstration zusammen mit den Kriegsgefangenen	33
<i>Prompt kam der Gestellungsbefehl</i>	34
<i>"Max, wir schießen nicht!"</i>	34
Wir Soldaten riefen: Frieden Frieden!	36
<i>Erster Funkspruch der Oktoberrevolution: "Frieden! Frieden!"</i>	36
<i>Im Geiste des Spartakus</i>	38
<i>In der November-Revolution von 1918</i>	39
Arbeiter- und Soldatenräte wurden gebildet	41
Hindenburg setzt auf Ebert: Gegen den "Terrorismus"	42
Spartakusgruppen in allen Kompanien	43
<i>Im Feuer der Revolution wurde die KPD gegründet</i>	44
<i>Ein Jahr in Festungshaft</i>	45
Max Reimann: "Streiflichter aus dem Leben eines Kommunisten" (nach 1945)	49
<i>Der Polizei ein Schnippchen geschlagen</i>	49
Im Landtag: Es ging um die vier Ds	49
Wieder inhaftiert	50
<i>Mit Heinz Renner im Parlamentarischen Rat</i>	52
Mit Berlin, aber ohne den Osten?	55
<i>Wie Deutschland gespalten wurde</i>	55
Gegen die Spaltung Deutschlands	56
Hitlers Wehrwirtschaftsführer bereiteten Währungsreform und Spaltung vor	57
Grundgesetz im Auftrag der Besatzungsmacht geschaffen	57
Ächtung des Krieges und des Kriegsdienstes als Verfassungsgrundsatz gefordert	58
Was Max Reimann bei der Grundgesetzverabschiedung sagte	59
Aktiv gegen jeden Verfassungsbruch	59
<i>Treu dem proletarischen Internationalismus</i>	60
Adenauer will den Schlusstrich unter die NS-Verbrechen ziehen und die Grenzen von 1937 wiederhaben	60
Eine Friedensrede führt zu Ausbrüchen des Kalten Krieges	61
Die CDU zieht eine antikommunistische Schau gegen Max Reimann ab	64
Entsetzen über Nationalismus der CDU/CSU im Ausland	65
Mutiges Bekenntnis zur Oder-Neiße-Grenze	69
Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz 2008 der VVN-BdA	
Für die Wiederherstellung des antifaschistischen und antimilitaristischen Konsenses	71

Dichtung und Wahrheit in www und linken Medien

Über den antifaschistischen und antimilitaristischen Konsens

Im Internet und sogar in der Zeitung der DKP UZ fanden sich in letzter Zeit merkwürdige Behauptungen, wonach die Wehrpflicht, das Kernstück der Remilitarisierung nach 1945, fortschrittlichen Charakters sei (Leserbrief in UZ) und es keinen antimilitaristischen und antifaschistischen Konsens unter Einschluß der Kräfte aus dem kommunistischen antifaschistischen Widerstand gegeben habe (linke Juristen im www). Im Folgenden soll an die wirkliche Entwicklung von 1945 bis heute erinnert werden.



Max Reimann (31.10.1898 – 18. 1. 1977), Werftarbeiter, Bergmann, Politiker. Antifaschistischer Widerstandskämpfer, im KZ Sachsenhausen von den Nazis eingekerkert. Mitbegründer der VVN-BdA in NRW (gehörte ihrem ersten Landesvorstand an). Er war Vorsitzender der KPD und Mitglied des Parlamentarischen Rates, der das Grundgesetz schuf. Im Internet stehen Fälschungen über sein Wirken, die wir hiermit richtig stellen.

Das politische Programm des Deutschen Widerstandes

Der Kreisauer Kreis, die breiteste Oppositionsgruppe gegen Hitler, beschloß am 14. Juni

Bild: www.maxreimann.com/

1943 ein Aktionsprogramm aller Kräfte des Widerstandes, das nach 1945 Grundlage der verschiedensten antifaschistischen und demokratischen Gesellschaftsvorstellungen wurde. Es wurde darin postuliert:

Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit.

Beseitigung des Gewissenszwanges und unbedingte Toleranz in Glaubens-, Rassen- und Nationalitätenfragen.

Achtung vor den Grundlagen unserer Kultur, die ohne das Christentum nicht denkbar ist.

Sozialistische Ordnung der Wirtschaft, um Menschenwürde und politische Freiheit zu verwirklichen und die Existenzsicherheit der Angestellten und Arbeiter in Industrie

und Landwirtschaft sowie des Bauern auf seiner Scholle zu schaffen, die die Voraussetzung von sozialer Gerechtigkeit und Freiheit ist.

Enteignung der Schlüsselbetriebe der Schwerindustrie zu Gunsten des deutschen Volkes als Grundlage der sozialistischen Ordnung der Wirtschaft, um mit dem vererblichen Mißbrauch der politischen Macht des Großkapitals Schluß zu machen.

Selbstverwaltung der Wirtschaft unter gleichberechtigter Mitwirkung des arbeitenden Volkes als Grundelement der sozialistischen Ordnung.

Sicherung der Landwirtschaft vor der Gefahr, zum Spielball kapitalistischer Interessen zu werden.

Abbau des bürokratischen Zentralismus und organischer Aufbau des Reiches aus den Ländern.

Aufrichtige Zusammenarbeit mit allen Völkern, insbesondere in Europa mit Großbritannien und Sowjetrußland. (...)

Im Gedenken an die Toten des Krieges und die Märtyrer der Freiheit, die vom Machtwahn des Faschismus hingemordet wurden, und an die Leiden unserer Soldaten geloben wir:

Nie wieder soll das deutsche Volk sich im Parteienstreit verirren! Nie wieder darf die Arbeiterschaft sich im Bruderkampf zerfleischen! Nie wieder Diktatur und Sklaverei!

Ein neues Deutschland muß entstehen, worin sich das schaffende Volk sein Leben im Geist wahrer Freiheit selbst ordnet.

Der Nationalsozialismus und seine Lügen müssen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, damit wir die Achtung vor uns selbst zurückgewinnen und der deutsche Name wieder ehrlich wird in der Welt. Das Gebot der Stunde lautet: Fort mit Hitler! Kampf für Gerechtigkeit und Frieden!

(aus: "Die Freiheit lebt!" Widerstand und Verfolgung in Hamburg 1933-1945, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, nach Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand (München 1967), S. 589-590)

Nach 1945: Antimilitarismus und Militarismus

Die Gemeinsamkeiten dieser Programmatik fanden nach der Befreiung ihren Niederschlag in den Dokumenten und Äußerungen der Demokraten und Antifaschisten, was in der folgenden Chronologie zum Ausdruck kommt:

1945

19. April: Schwur von Buchenwald. Nach der Selbstbefreiung des Lagers am 11. April 1945 treten die Überlebenden - etwa 20.000 Häftlinge - am 19.4. auf dem Appellplatz des KZ Buchenwald an und leisten im Namen ihrer 51.000 ermordeten Kameraden den Schwur: "Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist un-

sere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig."

8. Mai: Bedingungslose Kapitulation Hitler Deutschlands.

17. Juli bis 2. August: Potsdamer Konferenz. Entsprechend vorhergehender Absprachen legen die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition die Ziele der gemeinsamen Besatzungspolitik gegenüber Deutschland fest. Der alliierte Kontrollrat, bestehend aus den Oberkommandierenden der Besatzungstreitkräfte in Deutschland übernimmt die Regierungsgewalt. Beschlüsse können nur einstimmig gefasst werden. Als Ziel der Besatzungspolitik wird genannt: "Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann." Beschlüsse des Potsdamer Abkommens sind die Demokratisierung, Entnazifizierung (Denazifizierung), Entmilitarisierung (Demilitarisierung) und die Dekartellisierung bzw. Dezentralisierung Deutschlands. (Merkhilfe: Die Vier Ds).

21. November: Beginn des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher. In Berlin wird das Verfahren mit der Vorlage der Anklageschrift eröffnet. Der Prozess gegen 24 Hauptkriegsverbrecher wird vor dem Alliierten Gerichtshof in Nürnberg fortgesetzt.

1946

12. Januar: Kontrollratsdirektive Nr. 4: Sie ordnet die Entfernung von Nationalsozialisten und Militaristen aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen, einschließlich privater Unternehmungen an. Schon vorher ist in drei Direktiven die Aufhebung aller Nazigesetze, die Auflösung der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen und der Nazi-Wehrmacht beschlossen worden.

1. Oktober: Urteil im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher. 12 Angeklagte werden zum Tode verurteilt, drei (v. Papen, Schacht und Fritzsche) werden freigesprochen, die anderen erhalten Haftstrafen zwischen 10 Jahren und lebenslänglich. NSDAP, Gestapo und die SS-Verbände werden zu verbrecherischen Organisationen erklärt.

1947

25. Februar: Auflösung des reaktionären und kriegstreiberischen Landes Preußen durch den alliierten Kontrollrat.

März: Der Omgus-Report (Report einer US-amerikanischen Regierungsorganisation) über die Deutsche Bank wird veröffentlicht: "Es wird empfohlen", so schrieben die Amerikaner gleich in Kapitel eins, "daß die Deutsche Bank liquidiert wird." Die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank sollten "angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden, die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden".

1948 1. September 1948: Zusammenarbeit des Parlamentarischen Rates. Der auf Anordnung der westlichen Besatzungsmächten von den westdeutschen Landesparlamenten gewählte Parlamentarische Rat beginnt mit der Diskussion und Beschlussfassung für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

1949

8. Mai: Der Parlamentarische Rat beschließt mit 53 gegen 12 Stimmen das Grundgesetz. CSU- und KPD-Abgeordnete verweigern aus entgegengesetzten Gründen ihre Zustimmung. Max Reimann, Gründungsmitglied der VVN, Mitglied des NRW-Landesvorstandes der VVN und Vertreter der KPD im Parlamentarischen Rat erklärte: "Sie meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben!"

(aus: Max Reimann, Aus Reden und Aufsätzen 1946-1963, Berlin 1963, S. 147)

3. Dezember: In einem Interview mit der US-Zeitung "The Plain Dealer" kündigt Adenauer seine Bereitschaft an, ein westdeutsches Militärkontingent aufzustellen. Im Bundestag deshalb von der KPD-Fraktion zur Rede gestellt, leugnet er diese Absichten.

1950

13. März: Stockholmer Appell zur Ächtung der Atomwaffen. Der ständige Ausschuss des Weltfriedenskongresses fordert alle Menschen auf, durch ihre Unterschrift eine Ächtung aller Atomwaffen zu verlangen. Den westdeutschen Delegierten wurde die Ausreise verweigert. Trotz Gegenaktionen unterschreiben auch in der Bundesrepublik einige Millionen Bürger den Appell.

29. August: In einem Geheimmemorandum Adenauers an den US-Hochkommissar McCloy fordert er die Aufstellung deutscher Militäreinheiten unter europäischem Kommando. Das Bekanntwerden dieses Memorandums löst eine Regierungskrise aus. Dr. Gustav Heinemann, Mitbegründer der CDU und Innenminister, tritt aus Protest zurück.

1951

6. Januar: Der DGB-Vorstand beschließt "jedwede Remilitarisierung in Deutschland abzulehnen."

28. Januar: Eine Friedenskonferenz in Essen fordert die Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung.

29. März: Die ehemaligen Hitler-Generale Speidel und Heusinger arbeiten einen Zeitplan für die Aufstellung von 12 deutschen Divisionen aus.

14./15. April: Kongress der Widerstandskämpfer. Auf Initiative der VVN findet in Gelsenkirchen ein "Deutscher Kongress der Widerstandskämpfer, Opfer des Faschis-

mus und Krieges" statt. In seinem Manifest sprechen sich die Teilnehmer gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages aus.

24. April: Die Regierung Adenauer verbietet die Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung.

Ab Juni: Durchführung der Volksbefragung trotz Verbot. Die Volksabstimmung wird von einem überparteilich besetzten Hauptausschuss für die Volksbefragung organisiert. Mehr als 6 Millionen Bürger beteiligen sich trotz Verbot und Verfolgung. Auf die Frage: Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages noch im Jahr 1951? antworteten 94,4% mit ja.

4. Oktober: Der zweite DGB-Kongress wendet sich erneut gegen die Remilitarisierung, die die internationale Entspannung und die Möglichkeit der Wiedervereinigung ernsthaft gefährde.

16. November: Die Bundesregierung beantragt beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der KPD.

1952

11. Mai: Während einer von verschiedenen Persönlichkeiten und Organisationen nach Essen einberufenen "Friedenskarawane", die erst Stunden vor Beginn verboten wird, wird der junge Münchener Philipp Müller von der Polizei erschossen.

26. Mai: Unterzeichnung des Generalvertrages zwischen der deutschen Bundesrepublik, England, Frankreich und der USA. Er vergrößert die Rechte der Bundesrepublik, soll aber vor allem den Weg zum Abschluss eines Vertrages über die "Europäische Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) öffnen. Der EVG-Vertrag sieht die Aufstellung deutscher Divisionen unter europäischem Kommando vor; er wird trotz großem Widerstand 1954 vom Bundestag ratifiziert, scheitert allerdings an der Mehrheit der französischen Nationalversammlung.

3. Dezember: Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) in einer Regierungserklärung: "Wir sind überzeugt, dass der gute Ruf und die großen Leistungen des deutschen Soldaten, trotz aller Schmähungen während der vergangenen Jahre, in unserem Volke noch lebendig sind und es auch bleiben werden."

1953

8. September: Wahlsieger Adenauer erklärt: "Wir sprechen immer von Wiedervereinigung. Sollten wir nicht lieber sagen: Befreiung des Ostens."

1954

4. bis 9. Oktober: Der 3. ordentliche DGB-Kongress unterstreicht die Ablehnung jeglichen Wehrbeitrags durch die Gewerkschaften.

23. Oktober: Unterzeichnung der Pariser Verträge. Nach dem Scheitern der EVG am französischen Widerstand erfolgt durch die Pariser Verträge die Aufnahme der Bun-

desrepublik in die NATO. Zugleich bestätigen die Vertragspartner das "Alleinvertretungsrecht der BRD" für Deutschland zu sprechen.

1955

29. Januar: Paulskirchenbewegung gegen die Pariser Verträge. Mit einem "Deutschen Manifest" wendet sich die Paulskirchenbewegung gegen die Wiederaufrüstung. Zu den Initiatoren gehören unter anderen Gustav Heinemann, Renate Riemeck und der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer.

27. Februar: Der Bundestag ratifiziert mit den Stimmen der Regierungsparteien die Pariser Verträge.

9. Juli: Neun Atomwissenschaftler, darunter Otto Hahn, Werner Heisenberg und Max Born, warnen zusammen mit Bertrand Russel und Albert Einstein vor der Gefahr eines Atomkrieges.

1956

21. Juli: Das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht tritt in Kraft. Die nach dem 1. 7. 1937 geborenen Männer des Jahrgangs 1937 werden eingezogen. Ferner wird versucht, den Jahrgang 1921 einzuziehen, der im Krieg besonders dezimiert wurde. Eine Protestbewegung "Ohne uns" verhindert dies.

17. August: Verbot der KPD.

1. September: Das Ministerialblatt des Bundesministeriums für Verteidigung gibt den Beschluss des Bundespersonalausschusses bekannt, wonach SS-Offiziere bis zum Rang des Obersturmbannführers mit ihren alten Rängen in die Bundeswehr eingestellt werden können, wenn sie den Nachweis einer positiven Einstellung zur Demokratie erbringen.

Der Bruch des antimilitaristischen und antifaschistischen Konsenses war vollzogen

Fortan gab es die Chronologie der Rüstung und dann des Krieges.

1957

13. Januar: Verteidigungsminister F. J. Strauß (CSU) fordert im Namen der Gleichberechtigung der Bundeswehr deren Ausrüstung mit Atomwaffen.

4. April: Adenauer begründet die Forderung nach Atomwaffen für die Bundeswehr mit der Behauptung, sie sei ja nur eine Weiterentwicklung der Artillerie.

12. April: Göttinger Appell gegen atomare Aufrüstung. Im Göttinger Appell wenden sich 18 führende Atomwissenschaftler der Bundesrepublik gegen die Pläne zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr.

1958

10. März: In Frankfurt wird der Aufruf - Kampf dem Atomtod - beschlossen.

25. März: Die Bundestagsmehrheit stimmt der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen zu.

28. März: Der Bundesvorstand des DGB fordert die Durchführung einer Volksbefragung gegen die atomare Bewaffnung. Am 10. April schließt sich der Parteivorstand der SPD dieser Forderung an. Die Bundesregierung lehnt ab und lässt die Befragung verbieten. Dennoch wächst die Bewegung gegen den Atomtod und verschmilzt mit anderen antimilitaristischen Bewegungen, so der Bewegung des Jahrgangs 22, den die Regierung als Heeresreserve erneut erfassen will.

1959

15. November: Die SPD beschließt ein neues Programm. Im Godesberger Programm bezeichnet sich die SPD nicht mehr als Arbeiter-, sondern als Volkspartei. In der Folge schwenkt sie 1960 auch in der Außenpolitik - Bejahung der NATO - auf die Regierungspolitik ein. Sie distanziert sich 1961 auch von der ihr selbst begonnenen Bewegung: Kampf dem Atomtod.

1960

März: Flugblattaktion der VVN gegen die Notstandsgesetze. Ende 1959 hat der Bundesinnenminister Gerhard Schröder (CDU, vor 1945: SA) erste Entwürfe für eine Notstandsgesetzgebung vorgelegt. Sie treffen auf entschiedenen Widerstand auch in den Gewerkschaften, die an die Erfahrungen mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung erinnern. Der Kampf gegen die Notstandsgesetze wird zu einer Hauptfrage der demokratischen Bewegung bis zur Mitte der sechziger Jahre.

15. April (Ostern): Erster Ostermarsch in der Bundesrepublik. Er geht von Hamburg zum Truppenübungsplatz Bergen-Hohne in der Lüneburger Heide. Die in England 1959 entstandene Ostermarschbewegung gegen die Atomwaffen greift damit auf die Bundesrepublik über und wird in den folgenden Jahren zu einer der stärksten Bündnisbewegungen.

1961

Februar: Der "Zentrale Ausschuss der Ostermärsche der Atomwaffengegner" ruft für 1961 zu fünf regionalen Ostermärschen in der ganzen Bundesrepublik auf. Sie finden Ostern im Norden, Westen, Süden, in Hessen und im Südwesten der Bundesrepublik statt. Obwohl vom Parteivorstand der SPD abgelehnt und bekämpft, nehmen zahlreiche sozialdemokratisch orientierte Jugendgruppen an diesen Märschen teil.

29. November: Die Bundesregierung fordert die Aufstellung einer NATO-Atomstreitmacht.

1964

28. bis 30. März: Die Ostermärsche stehen unter der Losung: Für eine Atomwaffenfreie Zone in Europa!

1966

30. Oktober: Mit dem Kongress "Notstand der Demokratie" in Frankfurt/Main erreicht die Bewegung gegen die Notstandsgesetze einen Höhepunkt.

1967

10. März: Das Kabinett der Großen Koalition beschließt einen neuen Entwurf der Notstandsverfassung für die Bundesrepublik. Das Jahr 1967 steht im Zeichen anhaltender Proteste gegen die Notstandsgesetze.

Ostern: Die Ostermärsche finden in allen Teilen der Bundesrepublik mit erheblich gewachsener Teilnehmerzahl statt. Die Bewegung firmiert jetzt unter der Bezeichnung "Kampagne für Demokratie und Abrüstung."

1968

11. April: Am Vorabend der Ostermärsche wird in Berlin ein Mordanschlag auf den Studentenführer Rudi Dutschke verübt, der schwer verletzt wird. Die Ostermärsche erreichen ihre höchste Beteiligung und sind verbunden mit Blockade-Aktionen gegen die Bildzeitung und den Springer Konzern.

11. Mai: Sternmarsch mit 100.000 Teilnehmern nach Bonn gegen die Notstandsgesetze. Gleichzeitig finden auch Massenkundgebungen der IG Metall in anderen Städten der Bundesrepublik statt.

30. Mai: Verabschiedung der Notstandsgesetze im Bundestag mit Zustimmung der Mehrheit der SPD-Fraktion. 50 Abgeordnete der SPD und die FDP-Fraktion stimmen dagegen.

1970

12. August: Unterzeichnung des Moskauer Vertrages durch Bundeskanzler Brandt. Der Vertrag garantiert den Gewaltverzicht in den Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR und enthält die Anerkennung und die Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen in Europa.

3. November: Würzburger Treffen revanchistischer und neonazistischer Kräfte, die mit ihrer "Aktion Widerstand" und den Parolen "Schlagt die Linken tot" - "Brandt an die Wand" zum militanten Kampf gegen die Entspannungspolitik aufrufen.

1971

17. Mai Der Bundestag ratifiziert die Verträge von Moskau und Warschau mit den Stimmen von SPD und FDP, bei Stimmenthaltung der CDU/CSU. Damit wird auch der Weg frei für das Viermächteabkommen über Westberlin.

8. November: Der Grundlagenvertrag über die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten tritt in Kraft. In der Folge können beide deutsche Staaten auch gleichberechtigt in der UNO mitarbeiten.

1973

3. Juli: Beginn der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki. Sie endet am 11. August 1975 mit der Unterzeichnung einer Schlussakte durch alle europäischen Staaten.

19. August: Das Präsidium der VVN-BdA legt den Entwurf eines "Gesetzes zur Sicherung des Friedens" vor.

1976

13. März: Internationale Solidaritätsaktion in Straßburg für die Opfer der Berufsverbote in der Bundesrepublik.

26. Oktober: Die VVN-BdA protestiert gegen die Ehrung des Nazi-Oberst Rudel durch das Aufklärungsgeschwader Immelmann der Bundeswehr. Dem Protest schließen sich viele andere Kräfte an.

1. November: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik müssen zwei führende Militärs der Bundeswehr auf Grund der Massenempörung über die Rudel-Ehrung abgelöst werden: Der Kommandierende General der Luftwaffe Generalleutnant Krupinski und sein Stellvertreter Generalmajor Franke.

1977

11. Juni: Vertreter von nationalen und internationalen Verbänden der Widerstandskämpfer und Kriegsoffer verabschieden den "Brüsseler Appell" für die Auflösung der SS-Verbände und gegen die Rehabilitierung des Nazismus.

13. Oktober: Auf einer internationalen Pressekonferenz des Präsidiums der VVN-BdA und der Vereinigung demokratischer Juristen, wird über die Tätigkeit von SS-Verbänden und der Rolle ehemaliger SS-Offiziere in der Bundeswehr informiert.

1979

4. November: Das VVN-BdA Präsidium appelliert an den Bundestag: Keine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zuzulassen. Stattdessen sollte über sowjetische Abrüstungsvorschläge verhandelt werden.

12. Dezember: NATO-Beschluss in Brüssel für die "Nachrüstung", das die Aufstellung neuer amerikanischen Mittelstreckenraketen auch in der Bundesrepublik vorsieht.

1980

15. November: Verabschiedung des "Krefelder Appells" unter dem Titel "Der Atomtod bedroht uns alle". 1981

10. Oktober: Demonstration der Friedensbewegung in Bonn gegen die NATO-Raketen-Beschlüsse. Bis Ende September haben bereits 1,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger den Krefelder Appell unterzeichnet.

1982

16.-21. Mai: Der 12. DGB-Kongress fordert den Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen und wendet sich gegen Pläne zur Neuaufrüstung von Raketen.

10. Juni: Internationale Kundgebung der Friedensbewegung in Bonn mit 400.000 Teilnehmern.

1983

Juli: Über 3.000 Naturwissenschaftler aus der Bundesrepublik und dem Ausland appellieren in Mainz an die Bundesregierung, die Stationierung neuer Atomraketen nicht zuzulassen.

August: Die Bundesregierung macht deutlich, dass im Zuge ihrer "Wendepolitik" die SS-HIAG nicht mehr im Verfassungsschutzbericht aufgeführt wird.

21. Oktober: CDU/CSU und FDP beschließen im Bundestag die Zustimmung zur Neustationierung amerikanischer Raketen. Die Krefelder Initiative fordert im Namen der inzwischen 5 Millionen Unterzeichner des Krefelder Appells die Fortführung des Protestes gegen die Raketen. Auch die VVN-BdA schließt sich dem Aufruf zum gemeinsamen Widerstand an.

1984

30. Januar: Bundesweiter Aktionstag gegen die Raketenstationierung im Zeichen der historischen Erfahrungen des Kampfes gegen Faschismus und Krieg.

März bis Oktober: Protestaktionen von Antifaschisten gegen SS-Treffen an viele Orten, so am 31. März in Oberaula gegen ein Treffen der SS-Division "Totenkopf" mit 6.000 Teilnehmern; am 19. Mai in Bad Harzburg gegen ein Treffen des Kameradschaftsverbandes des 1. SS Panzerkorps Leibstandarte Adolf Hitler mit 2.000 Teilnehmern; am 13. Oktober im Rahmen eines breiten Aktionsbündnisses gegen ein Treffen der 4. SS Polizei Panzerdivision in Marktheidenfeld.

1985

5. April: Vertreter der internationalen Initiative des Widerstands und der Opfer des Nazismus und Faschismus aus 12 europäischen Ländern verabschieden den "Appell von Dortmund", der zum Handeln für Abrüstung, gegen Revanchismus und Neofaschismus aufruft.

23. April: Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag Alfred Dregger, erklärt, er sei "stolz darauf, noch am letzten Kriegstag gegen die Rote Armee gekämpft zu haben".

4. Mai: An Großkundgebungen und Demonstrationen in Hamburg, Köln und Frankfurt/Main beteiligen sich 90.000 Menschen. Zu den Kundgebungen hat die Initiative "40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens" aufgerufen. Deren Aufruf haben 4.000 Persönlichkeiten aus Gewerkschaften, Jugendverbänden, der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und antifaschistischen Verbänden unterzeichnet.

1986

11. Oktober: 180.000 Menschen demonstrieren in Hasselbach (Hunsrück) gegen die Aufstellung US-amerikanischer atomarer Erstschlagwaffen.

1987

13. Juni: Großkundgebung der Friedensbewegung fordert den "Nachrüstungsbeschluss" zur Aufstellung von Mittelstreckenraketen wieder aufzuheben.

8. Dezember: Abschluss eines Vertrages zwischen der UdSSR und den USA über die Liquidierung ihrer Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite.

1988

30. Juni: Zahlreiche Persönlichkeiten rufen dazu auf, Aktionen zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht (9.11.1938) vorzubereiten.

1990

3. Oktober: Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes.

23. September: Unter Berücksichtigung des Einigungsvertrages DDR-BRD vom 31. 8. 1990 wird das Grundgesetz in mehreren Punkten neugefasst. Erhalten bleibt der Artikel 139 des Grundgesetzes über "Fortgeltung der Entnazifizierungsvorschriften", der seit 1949 gilt: "Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt."

1991

17. Januar: Beginn Militärationen der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak zur "Befreiung" des vom Irak besetzten Kuwait. Der Kampf um die Beherrschung der Ölgebiete stößt in der BRD auf starke Proteste der Friedensbewegung. Der Krieg wird am 3. Mai 1991 beendet; die Bundesrepublik beteiligt sich mit 6,6 Milliarden Dollar an den Kosten.

25. Dezember: Die UdSSR wird offiziell aufgelöst. Die neue Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) wird proklamiert, kann aber weder militärische Auseinandersetzungen zwischen den Nachfolgestaaten noch innerhalb Russlands (Tschetschenien) verhindern.

1992

29. September: Außenminister Kinkel kündigt vor der 47. Vollversammlung der UN an, die Bundesregierung wird die verfassungsmäßigen Voraussetzungen dafür schaffen, "dass unsere Streitkräfte den Vereinten Nationen für friedensbewahrende Aktionen zur Verfügung gestellt werden können."

26. November: Verteidigungsminister Rühle erlässt neue verteidigungspolitische Richtlinien, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die neuen, "weltweiten Aufgaben" der Bundeswehr umreißen.

1993

2. April: Das Bundeskabinett stimmt dem Einsatz deutscher Offiziere bei der Durchsetzung des Flugverbots über Jugoslawien zu. FDP und SPD beantragen dagegen eine einstweilige Verfügung, weil das Grundgesetz keine Einsätze außerhalb des NATO-Gebiets erlaubt. Das Bundesverfassungsgericht lehnt den Erlass einer einstweiligen Verfügung ab.

20. April: Das Bundeskabinett stimmt zu, 1.600 deutsche Soldaten zu einer "Friedenssichernden Aktion" nach Somalia zu entsenden.

1994

12. Juli: Das Bundesverfassungsgericht erklärt die Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets für zulässig, verlangt aber die vorherige Zustimmung des Bundestags.

1995 26. Juni: Der Bundestag beschließt mit 386 zu 258 Stimmen bei 11 Enthaltungen dem Einsatz deutscher Truppen in Jugoslawien zuzustimmen. Erstmals stimmen auch 45 SPD und 4 Grüne Abgeordnete für den Einsatz "Out of Area".

1995 - 2010

Die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich an Kriegen gegen Jugoslawien, an Kriegseinsätzen vor der libanesischen Küste und am Horn von Afrika, im Kongo und ab 2001 in Afghanistan.

Alle diese Kriegsbeteiligungen verstoßen gegen das Völkerrecht, gegen das Potsdamer Abkommen und das Grundgesetz

Ein Kommentar aus der Süddeutschen Zeitung vom 25. Januar 2010 lautet auszugsweise: "Zu den Grundfragen, die der Afghanistan-Krieg aufwirft gehört die Frage nach der verfassungsrechtlichen Grundlage solcher Einsätze. Das Grundgesetz ist der blinde Spiegel der Bundeswehr. Die deutsche Armee schaut hinein, sie sieht sich aber nicht mehr. Die Bundeswehr im Sinn des Grundgesetzes ist Vergangenheit, es gibt sie nicht mehr. Von der neuen Bundeswehr aber findet sich in der Verfassung kein Wort. Die Bundeswehr steht nicht mehr auf dem Boden des geschriebenen Grundgesetzes - die Panzer im Auslandseinsatz rollen an der Verfassung vorbei, die Flugzeuge donnern darüber hinweg. Der Verteidigungsminister müsste heute, streng genommen, Kriseninterventionsminister heißen. Das Grundgesetz sollte aber doch,

ja es muss ein Vademecum sein für alle Staatsbürger in Uniform. Die Antworten auf fundamentale Fragen der Nation, die Antwort auf die Fragen, in denen es um die Staatsgewalt im Wortsinn, um Leben und Tod geht, die müssen in der Verfassung stehen." (Heribert Prantl SZ, 25. 01.10)

Die Zentralstelle für Kriegsdienstverweigerung schreibt am 28. September 2009: "Der Ausstieg aus der Wehrpflicht hat Rückenwind bekommen. ... Die Wehrpflicht stellt einen so tiefen und nachhaltigen Eingriff in die individuelle Freiheit der jungen Bürger dar, dass der demokratische Rechtsstaat ihn nur fordern darf, wenn dieser Eingriff unabweislich geboten ist und gerecht ausgestaltet werden kann. Beide Voraussetzungen sind nicht gegeben." Pflichtdienste wie Wehrpflicht und damit auch der Ersatzdienst, sind jedoch für den Staat - weniger für die Bürger - sehr sinnvoll, weil damit billig Arbeitskräfte und Söldner beschafft werden können. Aus dem Kreis der Wehrpflichtigen und der ehemaligen Wehrpflichtigen (Reservisten im Alter bis zu 60 Jahren) kann der Staat je nach Bedarf schnell und billig Kader für Krieg und Heimatfront rekrutieren. Zum Abbau des Militarismus kommt daher der Beseitigung der Wehrpflicht große Bedeutung zu.

Wehrpflicht und Kriegsdienst

Kürzlich stand hingegen auf der Leserbriefseite der UZ etwas Merkwürdiges: Die Abschaffung der bis 1956 heftig von der KPD bekämpften Wehrpflicht würde keinen Fortschritt bedeuten. Eine mit der Bevölkerung verbundene Wehrpflichtigenarmee sei nicht so effektiv wie eine Berufsarmee, mit der man viel besser imperialistische Kriege führen könne. (Anmerkung: Wir haben de facto eine Berufsarmee, die bequem per Wehrpflichtsgesetz aufgestockt werden kann und in den Wehrpflichtigen eine Reserve hat.) Sodann las man in einer Bilanz von 60 Jahren Grundgesetz im Neuen Deutschland: Diese Wehrpflicht und die Bundeswehr wären mit ihrem Verteidigungsauftrag schon seit 1949 Bestandteil des Grundgesetzes gewesen, was mit nichten zutrifft. Das schrieb ein prominenter Vertreter der Friedensbewegung. Und ein Professor und Historiker schrieb in der Jungen Welt, die erste tiefgreifende Einschränkung des Grundgesetzes sei 1968 mit der Einführung der Notstandsgesetze erfolgt - von der Zäsur 1956 mit der Einführung der Bundeswehr und mit der entsprechenden Änderung des Grundgesetzes hatte der Historiker wohl noch nichts gehört. Und schließlich fanden wir im Internet größere Betrachtungen von "Linken", in denen der antimilitaristische und antifaschistische Konsens von 1945 einfach geleugnet wird - und auch die Tatsache, daß dieser 1949 durchaus Eingang ins Grundgesetz fand, und zwar in den Artikeln für Sozialisierung, für Grundrechte, gegen Angriffskriege, für die Rechtsvorschriften gegen Militarismus und Nationalsozialismus.

Es geht im www besonders gegen Max Reimann (Widerstandskämpfer, VVN-Mitbegründer und Ex-MdB wie auch KPD-Vorsitzender). Der habe sich gar nicht um einen antifaschistischen Konsens gekümmert, dem das Grundgesetz auch nicht zugrunde liege. Erst nach dem KPD-Verbot hätten er und KPD/DKP sich zum GG bekannt und die PDS, heute DieLinke, noch viel später.

Wir fanden nun Texte, die die Wahrheit über Reimanns Position enthalten und auch aus der Zeit seiner Jugend Schlüssiges bieten: Was alles geschehen kann, wenn die Arbeiterbewegung nicht die Wehrpflicht bekämpft. (Siehe Extra-Datei mit Auszügen

aus der Max Reimann-Biografie "Streiflichter aus dem Leben eines Kommunisten" von Franz Ahrens, Hamburg 1968)

KPD und Grundgesetz

In www.forum-recht-online.de/hp/pdf/Hefte/FoR0902_043_pueschel.pdf wird behauptet: "Dass die Behauptung, im Grundgesetz werde ein zur Zeit seiner Erarbeitung bestehender antifaschistischer (und sozialistischer) Konsens aufbewahrt, eine rückwärtige Projektion politischer Wünsche ist, macht nichts so deutlich wie die Sichtung kommunistischer Quellen aus der Zeit zwischen 1945 und 1955. Die KPD, die wie keine andere Partei daran interessiert gewesen sein müsste, Antifaschismus und zumindest optionalen Sozialismus zu Verfassungsprinzipien der BRD zu machen, bekämpfte das GG auf das erbitterteste. Max Reimann, für die KPD Mitglied im Parlamentarische Rat, erwähnt in seinen Schriften nicht einmal, dass das GG antifaschistisch und sozialismusfreundlich gestaltet wurde. Er wirft dem Parlamentarischen Rat vor, nicht eine demokratischen Verfassung, sondern die "Restauration der monopolkapitalistischen Gesellschaftsordnung" zu besiegeln. Angesichts des oben skizzierten Antifaschismus-Verständnisses schließt dies einen antifaschistischen Charakter des GG explizit aus. Erst das weitere Schicksal der KPD gab den Anstoß für die Entwicklung der hier kritisierten GG-Interpretationen. 1956 proklamierte die KPdSU das Prinzip der ‚friedlichen Koexistenz‘ zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten. Für die KPD bedeutete dies, dass der Übergang zum Sozialismus nun durch den parlamentarischen Kampf um Abgeordnetenmandate anzustreben war, was eine grundlegende Akzeptanz der Verfassungsordnung voraussetzte. Am 17. August 1956 schließlich wurde die KPD vom Bundesverfassungsgericht verboten. Die Legalisierung einer kommunistischen Partei in der BRD war nur unter der Bedingung eines Bekenntnisses zur verfassungsmäßigen Ordnung möglich. So wandelte sich unter dem Druck des Parteiverbotes das Verhältnis der KPD zur Verfassung grundlegend, sie bekannte sich schließlich zu einem in ihrem Sinne interpretierten GG, was die legale Neukonstituierung der DKP 1968 mit ermöglichte."

Was sagte Max Reimann im Parlamentarischen Rat?

Er sagte dies bei der Verabschiedung des Grundgesetzentwurfes:

"Sie meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben!" (aus: Max Reimann, Aus Reden und Aufsätzen 1946-1963, Berlin 1963, S. 147)

Im oben zitierten Webdokument des „Forum Recht“ heißt es weiter:

"Neben dem Interesse der PDS, sich als legitimer Teil des demokratischen politischen Spektrums zu präsentieren, gibt es einen weiteren Grund für die Renaissance der Theorie vom antifaschistischen GG. Nämlich die im Rahmen des ‚Kampfes um die Straße‘ durchgeführten Nazi-Aufmärsche, vor allem im Osten Deutschlands. Bemühungen, diese zu verbieten scheitern regelmäßig am Grundrecht der Versammlungsfreiheit, auf das sich auch Neonazis (sofern es sich nicht um verbotene Strukturen handelt) berufen können."

Hier bot die ‚antifaschistische‘ Auslegung des GG, die der radikalen Rechten den Schutz verfassungsmäßiger Grundrechte abspricht, scheinbar einen Ausweg an. Doch dass die Theorie vom antifaschistischen GG praktisch-taktisch unbrauchbar für juristische Auseinandersetzungen ist, weil sie zwar allgemeine Bekenntnisse bietet, aber zu konkreten juristischen Analysen nichts beitragen kann, weil sie auf einer hohen Abstraktionsebene alle Wünsche erfüllt, aber nicht einmal konkrete Fragestellungen zu konkreten verfassungsrechtlichen Problemen liefert, ist schon früh kritisiert worden. Dies ist auch in der PDS/Linkspartei erkannt worden. Zu diesem Erkenntnisgewinn dürfte eine höchstrichterliche Auseinandersetzung über die Frage beigetragen haben, inwieweit sich Nazis auf Grundrechte aus der Verfassung berufen können. Das OVG Münster hatte 2000/2001 das Verbot von Naziaufmärschen durch lokale Versammlungsbehörden mit der Begründung bestätigt, dass diese Demonstrationen die ‚öffentliche Ordnung‘ gefährdeten. Dabei sei die ‚öffentliche Ordnung‘ von der Werteordnung des Grundgesetzes geprägt, die eine Absage an auf Rassismus, Kollektivismus und Führerprinzip gründende Ideologien beinhalte, welche deshalb nicht unter den Schutz der Demonstrationsfreiheit fielen. Das Bundesverfassungsgericht verwarf diese Rechtsprechung wiederholt unter Rückgriff auf eine liberale Interpretation des Versammlungsrechtes, wonach neonazistische Auffassungen nicht von vornherein aus dem Schutzbereich der Versammlungs- und Meinungsfreiheit herausfielen und eine dem Grundgesetz immanente Schranke gegen neonazistische Meinungsäußerungen nicht existiere, denn solange Rechtsgüter anderer nicht gefährdet werden, seien die Bürger frei, auch grundlegende Wertungen der Verfassung in Frage zu stellen. Damit ist eine ‚antifaschistische Auslegung‘ des Grundgesetzes höchstrichterlich verworfen worden. Wer tatsächlich NPD und Kameradschaften den Schutz der Versammlungsfreiheit entziehen will, und nicht nur hilf- und folgenlos eine nicht-durchsetzbare Grundgesetzauslegung predigen möchte, ist somit gezwungen, eine auf Verfassungsänderungen hin orientierte Politik zu verfolgen, wozu sich die PDS/Linkspartei schließlich auch entschloss."

Seine Gegner können nicht auskommen, ohne Max Reimann zu verfälschen (siehe dort) oder das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) und seinen Präsidenten Michael Bertrams zu verbiegen. Was Bertrams meint:

Höchste Gerichte entscheiden: Der Nazismus ist keine Meinung, sondern ihm wird vom Grundgesetz eine entschiedene Absage erteilt.

Der Vorsitzende des Landesverfassungsgerichtes und des obersten Verwaltungsgerichts OVG Münster, Dr. Michael Bertrams, schreibt in der "Neuen Juristischen Wochenschrift" Nr. 44/2004 (siehe www.nrw.vvn-bda.de/texte/0103_njw.htm) in einer Polemik gegen den ehem. Bundesverfassungsrichter Hoffmann-Riem: "Das Grundgesetz ist ein Gegenentwurf zur Barbarei der Nazis. Nazismus ist keine missliebige Meinung, sondern ihm wird vom Grundgesetz eine entschiedene Absage erteilt."

Die VVN-BdA NRW hatte sich zu dem vom höchsten Verwaltungsgericht von NRW dringend befürworteten entschiedenen Vorgehen gegen Neonazis bekannt, und sie begrüßte es, daß dies auch der Petitionsausschuß des Landtags tat. Der Petitionsausschuß wies zugleich zustimmend auf die umfangreiche Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Münster - u.a. vom 2. März und 30. April 2001 - hin, nach der sich eine rechtsextremistische Ideologie auch nicht mit den Mitteln des Demonst-

rationsrechts legitimieren lässt (Beschluss des OVG NRW, Az 5 B 585/01; siehe auch Briefe des Petitionsausschusses des Landtages vom 11. 10. 02 und 28.09.01 an die VVN-BdA NRW).

Bild: www.echo-muenster.de



Michael Bertrams (Münster), höchster Richter von NRW (r.). Er bekam mit seiner antifaschistischen Grundgesetzauslegung nun Recht beim Bundesverfassungsgericht. Seine Auslegung stimmt mit der Losung überein: „Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen.“

Jetzt trat eine Wandlung ein. Das BVerfG trat auf die Position des OVG Münster über. Am 18. 11. 2009 berichtet das Neue Deutschland laut dpa über das Wunsiedel-Urteil des BVerfG:

Wegen der besonderen Geschichte Deutschlands gilt laut Gericht hier - in der Frage der Meinungsfreiheit für Nazis - eine Ausnahme. "Angesichts des Unrechts und des Schreckens, den die Naziherrschaft über Europa und weite Teile der Welt gebracht habe", enthalte das Grundgesetz in diesem Punkt eine Ausnahme vom Verbot, ein Sonderrecht gegen bestimmte Meinungen zu schaffen. "Das Grundgesetz kann weit hin geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des national-sozialistischen Regimes gedeutet werden." siehe www.bundesverfassungsgericht.de

Max Reimann und das Grundgesetz

Frage (aus einem Interview im Jahre 1968, Quelle: Auszüge aus der Max Reimann-Biografie "Streiflichter aus dem Leben eines Kommunisten" von Franz Ahrens, Hamburg 1968):

Ihr KPD-Programm zielt also auf eine grundlegende demokratische und antimonopolistische Umgestaltung der Bundesrepublik und letztlich auf den Sozialismus. Wie verhalten sich diese Zielsetzung und ihre Politik zum Grundgesetz?

Frage (aus einem Interview im Jahre 1968, Quelle: Auszüge aus der Max Reimann-Biografie "Streiflichter aus dem Leben eines Kommunisten" von Franz Ahrens, Hamburg 1968):

Reimann: Ich kann hier nur wiederholen, was im Entwurf unseres Programms zu lesen ist, und was ich zu verschiedenen Gelegenheiten in Interviews mit Zeitungen der Bundesrepublik und des Auslands erklärt habe. Unsere Partei entwickelt ihre Politik und kämpft auf dem Boden des Grundgesetzes. Wir haben nie verhehlt, daß wir uns eine bessere, demokratischere Verfassung gewünscht hätten, besonders was die reale Garantie der demokratischen

Grundrechte und Freiheiten im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben betrifft, oder solche für das arbeitende Volk lebenswichtigen Rechte wie, das Recht auf Arbeit.

Mein verstorbener Freund Heinz Renner und ich haben seinerzeit im Parlamentarischen Rat entsprechende Vorschläge unterbreitet, die allerdings von der Mehrheit abgelehnt wurden. Wir haben gegen das Grundgesetz gestimmt, weil es die Urkunde der Spaltung Deutschlands war, weil, wenn auch nur im Widerstand gegen die Ziele der USA und der anderen Westmächte, eine gesamtdeutsche Verfassung für ein friedliches und demokratisches Deutschland durchaus im Bereich der Möglichkeit lag. (Die CSU, seit langem Regierungspartei, stimmte ja übrigens aus partikularistischen Beweggründen gegen das Grundgesetz.) Es ist bekannt, daß wir Kommunisten damals bereits voraussagten, wir würden eines Tages in die Lage kommen, die im Grundgesetz verkündeten demokratischen Rechte gegen die Urheber dieser Verfassung verteidigen zu müssen. Genau das ist heute der Fall, denn nicht wir oder die oppositionellen Kräfte bedrohen die Verfassung, sondern die regierungsoffiziellen Notstandspläne.

Der Innenminister Lücke hat jetzt einen Sprecher seines Ministeriums erklären lassen, wir Kommunisten seien in Wirklichkeit nicht bereit, das Grundgesetz anzuerkennen. Wir sagen in unserem Programmentwurf offen, daß wir für demokratische Veränderungen und Verbesserungen des Grundgesetzes, z. B. für die Möglichkeit einer Volksabstimmung über grundlegende Fragen und für die öffentliche Diskussion wichtiger Gesetzesentwürfe eintreten. Wir sind aber der Meinung, daß das Grundgesetz von den verfassungsrechtlichen Grundlagen her dem arbeitenden Volk und allen Demokraten durchaus Raum bietet für die Realisierung sowohl ihrer demokratischen Vorstellungen wie ihrer gesellschaftspolitischen Ziele.

Es sind die herrschenden Kreise, die die Gebote des Grundgesetzes auf Schritt und Tritt verletzen, ob es sich nun um die Friedenspflicht, um die Verhinderung von Völkerhetze und Nazismus, um den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, um die Beschneidung der Bürgerrechte usw. usf. handelt.

Wir Kommunisten sind der Meinung, daß das Wort "Verfassungsfragen sind Machtfragen" absolut richtig ist. Bekanntlich wurde dieses Wort ja von dem Sozialistentöter Bismarck geprägt, den die bürgerliche Reaktion noch heute abgöttisch verehrt, vielleicht weil sie sich bei dem schändlichen KPD-Verbot doch lieber auf das Erbe Bismarcks als auf das Erbe Hitlers berufen möchte.

Aber wie gesagt, Verfassungsfragen sind Machtfragen. Was Verfassungen verkünden, ist eine Sache, was die gesellschaftlichen und politischen Kräfte daraus machen, eine andere. Das, was die Gewerkschaften in ihrem Programm als "Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse" bezeichnet haben, hat aus der Bundesrepublik ein reaktionäres, von großkapitalistischen Profit und Rüstungsinteressen beherrschtes Land gemacht. Das ist, wenn man von der Forderung des Grundgesetzes nach, dem "sozialen und demokratischen Bundesstaat" ausgeht, verfassungswidrig. Wir Kommunisten sind der Meinung, daß durch grundlegende demokratische Veränderungen die Arbeiter und Angestellten, die Geistesschaffenden, Bauern, die städtischen Mittelschichten, also die gewaltige arbeitende Mehrheit des Volkes, den bestimmenden Einfluß auf unser Land haben soll. Das entspräche dem Gebot des Grundgesetzes.

Max Reimann: "Streiflichter aus dem Leben eines Kommunisten" (vor 1933)

Auszüge aus der Max Reimann-Biografie von Franz Ahrens, Hamburg 1968

Es kamen das Jahr 1914 und der Krieg

Ich sehe noch heute das Bild, wie aus der Kommandantur Offiziere mit ihren Pickelhauben herausstraten und verkündeten, daß Mobilmachung sei.

Ich arbeitete noch immer auf der Werft. Wir hatten den Krieg schon dadurch kommen sehen, daß wir merkten, mit welchem Hochdruck die Rüstung vorangetrieben wurde.

Mit Ausbruch des Krieges wurde mittels Greuelpropaganda die Stimmung angeheizt, der Chauvinismus im Volke entfacht. So meldeten die Zeitungen, es seien französische Agenten nach Deutschland gekommen, die das Trinkwasser vergiftet hätten, um so ein Massensterben unter dem deutschen Volke zu verursachen. Das war nach dem Westen hin.

Nach dem Osten hin wurde bei uns folgende Behauptung verbreitet: Kosakenverbände seien in Ost- und Westpreußen eingebrochen, hätten Kinder auf ihre Lanzen gespießt und Frauen die Brüste abgeschnitten. Eine unwahrscheinliche Haßpropaganda - wie wir heute sagen würden. So wurde der Nationalismus entfacht.

Was uns aber als schwerstes traf, war folgendes: man hatte uns gelehrt, wenn es Krieg gibt, werden wir gegen diesen Krieg sein. Es gab internationale Beschlüsse, dazu, denen die sozialdemokratische Parteiführung zugestimmt hatte.(1)

Nun kam der Kriegsausbruch und wir warteten auf eine Entscheidung der Parteiführung: setzt euch zur Wehr, bekämpft diesen Krieg! Stattdessen kam: "Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich." Das ermöglichte Kaiser Wilhelm 11., in Berlin pathetisch zu erklären:

"Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche."

Das war der größte Schlag, den die sozialdemokratische Parteiführung dieser stolzen Partei und der gewaltigen deutschen Gewerkschaftsbewegung versetzte. Wir waren niedergeschlagen, wir wußten nicht mehr, was wir machen sollten. Vor allem Karl Liebknecht hat uns dann Halt und Zuversicht gegeben.

Die Mehrzahl der Kollegen wurde sofort eingezogen. Wir Lehrlinge und die älteren Arbeiter blieben.

Ich war damals 16 Jahre alt. Wir fanden uns zusammen und beratschlagten, was zu tun sei. Dieses Zusammenkommen war in unserer reaktionären Gegend gar nicht so einfach. Überall in Deutschland war zum Beispiel eine politische Jugendorganisation

der Sozialdemokratischen Partei erlaubt, nur bei uns nicht. In Westpreußen war sie verboten.

Wir hatten uns deshalb auf die Gewerkschaftsarbeit verlegt und so war ich in der Gewerkschaftsjugend tätig geworden. Voll wirksam eigentlich ab 1914. Ich war zwar schon vorher Mitglied, hatte mich auch an allem beteiligt. Aber als dieser Verrat kam und der Krieg da war, wurden ja auch viele Gewerkschaftsfunktionäre eingezogen und wir mußten nun natürlich in Funktionen einspringen. Wir haben das gerne getan. Wir haben verstärkt in den Gewerkschaften gearbeitet und gegen den Krieg agitiert.

Das mußte man mit der gebotenen Vorsicht tun, denn es war Kriegsrecht, Standrecht. Wir wurden von führenden Funktionären im Sinne Karl Liebknechts informiert und unterstützt, und wir haben uns bemüht, antiimperialistische Arbeit zu leisten, für den Frieden tätig zu werden.

Ich muß aber gleich sagen: die Möglichkeiten waren zunächst gering, Unsere Arbeit wurde durch die Kriegshysterie, die die Massen ergriffen hatte, außerordentlich erschwert, Viele Menschen kannten einfach nicht mehr klar denken. Sie waren durch die Hurra-Propaganda der kaisertreuen Zeitungen, der Heimatblätter und Generalanzeigen in einen nationalistischen Begeisterungstaumel versetzt worden. Die Manipulierung der öffentlichen Meinung, wie man heute zu sagen pflegt, ist ja nicht erst eine Erfindung des Axel Cäsar Springer.

"In 14 Tagen ist alles vorbei! Dann haben wir Paris, dann haben wir Petersburg. Weihnachten spätestens sind wir wieder zu Hause!"

Das waren die allgemeinen Parolen und Ansichten. Wie anders es gekommen ist, wissen wir alle.

Im ersten Kriegsjahr war von einer größeren Wirkung unserer Tätigkeit gegen den imperialistischen Krieg nicht viel zu spüren. Die Menschen sahen die furchtbaren Auswirkungen des Krieges noch nicht. Dadurch, daß der Parteivorstand der SPD die Kriegführung des Kaisers und seiner Generale unterstützte, wurden selbstverständlich auch in der Sozialdemokratischen Partei große Teile, ja die Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre von nationalistischer Verblendung erfaßt.

Ich will damit zeigen, wie gefährlich Nationalismus und Chauvinismus sind. Den meisten Menschen wurde gar nicht bewußt, daß sie ins Unglück hineinschritten. Sie glaubten, daß es hier um Deutschland gehe, um's Vaterland, und daß alles rasch mit einem glorreichen Sieg beendet werde.

In ihrer Auffassung wurden sie dadurch bestärkt, daß es so schien, als ob alle Reichstagsparteien geschlossen und einstimmig für den Krieg seien.

Karl Liebknechts Kampf gegen den Krieg

Dabei hatte es sofort leidenschaftlich warnende Stimmen von verantwortungsbewußten Politikern und hervorragenden Arbeiterfunktionären gegeben, vor allem von dem SPD-Reichstagsabgeordneten und Berliner Rechtsanwalt Dr. *Karl Liebknecht*, von *Rosa Luxemburg*, *Clara Zetkin* und *Franz Mehring*.

Selbst in der SPD-Reichstagsfraktion gab es am Vorabend des 4. August 1914 - dem Tag, an dem im Reichstag tatsächlich ohne Gegenstimme die ersten Kriegskredite bewilligt wurden - heftige Auseinandersetzungen. Eine einflußreiche Gruppe der Rechtsopportunisten trat *für* die Bewilligung ein und war entschlossen, es über diese Frage sogar zur Spaltung der Partei kommen zu lassen. 14 Abgeordnete entschieden sich in der Fraktionssitzung *gegen* eine Bewilligung und Karl Liebknecht forderte mit Nachdruck, die Fraktion solle zu Kampfaktionen gegen den Krieg aufrufen, Doch dann wurde die Debatte abgewürgt, die Gegner der Kreditbewilligung wurden mit allen Mitteln in der Diskussion gehindert, und durch Fraktionszwang wurde erreicht, daß am nächsten Tag in der Reichstagsitzung niemand gegen die Kriegskredite stimmte.

Für oder gegen die Kriegskredite

Über diese komplizierte Situation schrieb Liebknecht 1916 In seinen "Betrachtungen und Erinnerungen aus ‚größter Zeit“ schon damals:

"Heute ist es nur bei Anspannung aller Gedächtniskraft möglich, sich in die taktische Lage zurückzusetzen, die am 4. August 1914 für die Fraktionsmitglieder von der Minderheit bestand.

Der Abfall der Fraktionsmehrheit kam selbst für den Pessimisten überraschend; die Atomisierung des bisher überwiegenden radikalen Flügels nicht minder. Die Tragweite der Kreditbewilligung für die Umschwenkung der gesamten Fraktionspolitik in's Regierungslager lag nicht auf der Hand: Noch bestand die Hoffnung, der Beschluß vom 3. August 1914 sei das Ergebnis einer vorübergehenden Panik und werde alsbald korrigiert, jedenfalls nicht wiederholt und gar übertrumpft werden. Aus diesen und ähnlichen Erwägungen, allerdings auch aus Unsicherheit und Schwäche, erklärte sich das Mislingen des Versuchs, die Minderheit für ein öffentliches Separatvotum zu gewinnen.

Nicht übersehen werden darf dabei aber auch, welche heilige Verehrung damals noch der Fraktionsdisziplin entgegengebracht wurde, und zwar am meisten vom radikalen Flügel, der sich bis dahin in immer zugespitzterer Form gegen Disziplinbrüche oder Disziplinbruchsneigungen revisionistischer Fraktionsmitglieder hatte wehren müssen ...

Nach aller Überlieferung gab es nur ein Mittel, seine von der Mehrheit abweichende Meinung zu vertreten und nach Kräften zur Geltung zu bringen: den Kampf in der Fraktion. Daß deren Mehrheitsentscheidung zu respektieren sei, galt als ausgemacht. Und diese Disziplin wurde rein formell organisatorisch aufgefaßt. Das praktische Verständnis für ihre notwendigen Grenzen war völlig unentwickelt...

So kam es, daß die Fraktionsopponenten am 4. August 1914 im Plenum Fraktionsdisziplin übten.

Die Vorgänge in der Partei, die sich nach dem 4. August abspielten, klärten die Situation gründlich und wiesen den einzig möglichen Kurs der Opposition.

Auch ich beschränkte mich unter diesen Umständen bei der ersten Kreditvorlage auf ihre Bekämpfung in der Fraktion, ohne zunächst - aus vielen Gründen, noch war der innere Zusammenbruch der Partei nicht klar zutage getreten, noch schien ein Einzelfall der Verirrung vorzuliegen, die Fraktionsdisziplin wurde damals auch von mir noch hochgestellt - den Kampf auch ins Plenum des Reichstags zu tragen. Im Dezember ging ich dann, die programmzerstörende Fraktionsdisziplin zum Teufel jagend, zur öffentlichen Ablehnung der Kredite im Plenum des Reichstags über.'

Soweit Karl Liebknecht in seinen Nachbetrachtungen. Gestützt auf oppositionelle Stimmungen in Partei- und Gewerkschaftsorganisationen sowie in der Arbeiterjugendbewegung, gelang es den Linken, die Basis 'ihres revolutionären antiimperialistischen Kampfes zu erweitern.

In zahlreichen Versammlungen setzten sie sich mit den Auffassungen der Fraktionsmehrheit auseinander. Am 21. September 1914 zog Karl Liebknecht vor den sozialdemokratischen Funktionären Stuttgarts aus dem Verrat vom 4. August die Schlußfolgerung, daß die Partei "von der Haut bis zum Mark regeneriert werden muß, wenn sie das Recht nicht verwirken will, sich sozialdemokratisch zu nennen". Leidenschaftlich rief er zum Kampf gegen den Krieg, gegen die herrschenden Klassen und gegen die offiziellen Parteinstanzen auf, die die Partei zu einem Instrument der kaiserlichen Regierung erniedrigt hatten.

In solchen Diskussionen mit den Arbeitern festigte Karl Liebknecht seinen revolutionären Standpunkt. Es zeugt von der einem echten Sozialisten eigenen Selbstkritik, daß er die Kritik der Genossen in seinem Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland und in Stuttgart an seiner Haltung vom 4. August 1914 annahm und versprach, fortan "einen kompromißlosen Kampf gegen den Wilhelminischen Krieg und die Kaisersozialisten" zu führen.

Am 2. Dezember 1914 stimmte Karl Liebknecht dann als einziger Abgeordneter im Deutschen Reichstag gegen die zweite Kriegskreditvorlage der kaiserlichen Regierung. Er durfte dazu in der Abstimmungsdebatte nicht sprechen. Seine Ablehnungsbegründung wurde auf Geheiß des Reichstagspräsidenten nicht einmal, in das amtliche Protokoll aufgenommen!

Nach dieser Abstimmung veranstalteten die Rechten in der Sozialdemokratie ein wahres Kesseltreiben gegen Karl Liebknecht. Vom 2. bis 4. Februar 1915 tagte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Eigentlich sollte auf dieser Tagung nach dem Willen ihres Initiators Ledebour eine Entscheidung über das Verhalten des SPD-Abgeordneten Albert *Südekum* herbeigeführt werden. Dieser hatte kurz zuvor im ausdrücklichen Auftrage der kaiserlichen Regierung eine Reise nach Rumänien unternommen und dort für die deutsche Kriegspartei um Unterstützung geworben (!). Außerdem war er, gleichfalls im Regierungsauftrag, in deutschen Kriegsgefangenenlagern vor gefangenen Franzosen mit politischen Reden zugunsten der kaiserlichen Kriegspolitik aufgetreten.

SPD auf Kriegskurs

Die Fraktionsmehrheit betrachtete jedoch diesen bis dahin wohl offensichtlichsten Akt der Zusammenarbeit zwischen der kaiserlichen Regierung und den Spitzen der SPD sehr wohlwollend und - verwandelte die Tagung in ein Verdammungsgericht

gegen den entschiedensten Fürsprecher des Kampfes für den Frieden, Karl Liebknecht! Carl Legien versuchte sogar, den Ausschluß Karl Liebknechts aus der Fraktion durchzusetzen. Das gelang ihm zwar nicht, aber mit 65 gegen 26 Stimmen beschloß die Fraktion einen Antrag Karl Frohmes, in dem Karl Liebknechts Abstimmung vom 2. Dezember 1914 verurteilt und seine Abstimmungsbegründung als "unvereinbar mit den Interessen der deutschen Sozialdemokratie" bezeichnet wurde. Drei Tage nach dieser Tagung, am 7. Februar 1915, wurde Liebknecht von den Militärbehörden als Armierungssoldat zum Kriegsdienst eingezogen. Ein bezeichnendes Beispiel, was von der angeblich verbürgten "Unabhängigkeit" und dem Gerede, ein Abgeordneter sei "nur seinem Gewissen verantwortlich", in einem kapitalistischen Staat zu halten ist. Liebknecht wurde verboten, an Versammlungen teilzunehmen sowie mündliche und schriftliche Agitation zu treiben. Und um das Maß der Unterdrückung für die Sprecher der Linken vollzumachen, wurde am 13. Februar 1915 Rosa Luxemburg ins Gefängnis geworfen, um eine einjährige Gefängnisstrafe zu verbüßen, die gegen sie im Februar 1914 verhängt worden war.

Es scheint mir nötig, bevor ich in der Schilderung der persönlichen Erlebnisse in Elbing fortfahre, noch einiges aus den von Karl Liebknecht im November 1914 aufgestellten Thesen aufzuführen, um zu zeigen, wie inmitten des allgemein verbreiteten nationalistischen Kriegstaumels von seiten der Linken in der deutschen Arbeiterbewegung eine glasklare, nüchterne Analyse der wirklichen Situation gegeben wurde, in der sich das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse in den ersten Kriegsmontaten des ersten Weltkrieges befand.

Liebknecht schrieb damals u. a.:

"Dieser Krieg ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen Volkes entbrannt. Er ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Er ist kein Krieg für eine höhere Kultur', die größten Staaten gleicher Kultur' bekämpfen einander, und zwar gerade, weil sie Staaten der gleichen, d. h. der kapitalistischen Kultur' sind ... Einen Wesenszug des Imperialismus, dessen Hauptträger auf dem europäischen Festland Deutschland ist, bildet das wirtschaftliche und politische Expansionsstreben, das immer stärkere politische Spannungen erzeugt.

Die unter dein Vortritt Deutschlands vollzogene militaristische Entwicklung Europas, in der die Mächte einander in zunehmendem Tempo zu überflügeln suchten, hatte einen Grad erreicht, der einer Steigerung nicht mehr fähig schien. Zur Durchsetzung der immer gewaltigeren Rüstungsvorlagen wurde der Völkerhass systematisch genährt. Jede Anregung zur Verständigung über eine internationale Rüstungseinschränkung wurde vor allem von dem vorantreibenden deutschen Imperialismus abgelehnt. Eine verhängnisvolle Rolle bei der Zuspitzung der Konflikte spielte das international versippte Rüstungskapital, das im Zeichen des bewaffneten Friedens glänzend gediehen war, das bei einem Krieg ohne Rücksicht auf den Ausgang goldene Ernten erwarten durfte.

Der Militarismus erzeugte aus sich selbst noch andere mächtige Kriegsinteressenten, eine Offizierskamarilla, die besonders in Deutschland ungeniert auf einen kriegerischen Konflikt hinarbeitete und selbstherrlich ihre Nebenregierung etablierte.

Die innerpolitischen Zustände hatten infolge der Zuspitzung der nationalen und vor allem der Klassengegensätze für die herrschenden Klassen ein immer bedenklicheres Gesicht angenommen. In Deutschland entlockte ihnen das rapide Wachstum der Sozialdemokratie, die ihren politischen und wirtschaftlichen Besitzstand bedrohte, bereits vor einem halben Jahrzehnt den Ruf nach einem Kriege als dem einzigen Mittel zur Vernichtung der Arbeiterbewegung.

Dies en Treibereien, für die es auch in den übrigen Staaten vielfach Gegenstücke gibt, wurde in Deutschland Vorschub geleistet durch halbabsolutistische Verfassungszustände, die die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Einfluß der breiten Masse entzogen und in der auswärtigen Politik ein durch keine Kontrolle des Volkes begrenztes, um so mehr aber den Einwirkungen der herrschenden Klassen unterworfenes persönliches Regiment ermöglichten ... Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg reinsten Wassers, und zwar vor allem auf deutscher Seite, mit dein von mächtigsten Kreisen beharrlich verfolgten Ziel von Eroberungen großen Stils. Es handelt sich - vom Gesichtspunkt des Wettrüstens aus - bestenfalls um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam hervorgerufenen Präventivkrieg, zu dem die Gelegenheit günstig erschien, als die große Wehrvorlage verabschiedet und ein technischer Vorsprung gewonnen war. Das Attentat von Sarajevo wurde als demagogischer Vorwand ausersehen.

Der Krieg wurde in Deutschland in einer Weise inszeniert, die die schärfste Verurteilung herausfordert. Eine überaus raffinierte Regie setzte ein, die unter rücksichtsloser Ausnutzung des amtlichen Apparates die öffentliche Meinung beeinflusste, verwirrte, aufpeitschte. Das deutsche Volk wurde durch ein sentimentales Friedenskaiserspiel düpirt. Der Belagerungszustand folgte. Die verfassungsmäßigen Grundrechte wurden aufgehoben, jede Kritik gewaltsam und unnachsichtlich unterdrückt. Russische Invasionen und französische Angriffe wurden vorgespielt.

Den unsinnigsten Gerüchten ließ die Regierung freien Lauf. Halbamtlich und amtlich wurde eine schnöde Ausländerhetze betrieben und eine wilde Spionenfurcht entfesselt, die Mißhandlungen harmloser Menschen, wirklicher oder vermeintlicher Ausländer veranlaßten ...

Unter dem Schrecken des hereingebrochenen Weltkrieges und dem Druck der Militärdiktatur wurde der Anschein einer vollständigen Einmütigkeit des deutschen Volkes vorgegaukelt. Die Verletzung der luxemburgischen Neutralität wurde verschleiert; die diplomatische Vorbereitung des Überfalls auf das neutrale Belgien - einschließlich des Ultimatums - wurde dem deutschen Volk und dem Reichstag (!) über den 4. August hinaus verschwiegen. Unter solchen Umständen kamen die Beschlüsse des Reichstages vom 4. August zustande.

Die Parole ‚gegen den Zarismus‘ diente nur dem Zweck, die edelsten Instinkte des deutschen Volkes für den Kriegszweck, für den Völkerhaß zu mobilisieren, nicht aber einem Befreiungsfeldzug für das russische Volk oder die Fremdvölker Rußlands. Deutsches Kapital hat Rußlands Rüstungen auf ihre jetzige Höhe gebracht. Deutschland hat die äußere Politik Rußlands in wichtigsten Momenten unterstützt ... Kein Staat der Welt hat das zaristische Schreckensregiment gegen das geknechtete russische Volk so gestützt wie Deutschland. Die deutsche Regierung stand bereit selbst zur militärischen Hilfe für den Blutzaren gegen die große russische Revolution.' (2)

Krieg nach außen bedeutet Unrecht im Innern

Deutschland, in dem die Masse des Volkes wirtschaftlich ausgebeutet, politisch unterdrückt, rechtlos ist, wo fremde Nationalitäten durch Ausnahmegesetze drangsaliert werden, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen Volkes muß dessen eigene Sache sein; die Befreierrolle Deutschlands wird von ihm voll Mißtrauen abgelehnt.

In der inneren Politik wurde sofort nach Kriegsausbruch unter Verhängung des Belagerungszustandes mit den äußersten Mitteln der Unterdrückung vorgegangen. Scheinbare Erleichterungen, die man der Arbeiterbewegung zuteil werden ließ, sind nur die Kehrseite ihrer Wehrlosmachung und verfolgen den Zweck, sie in den Dienst des Militarismus zu stellen.

Die Parteien wurden für aufgehoben erklärt - die politische Unterdrückung, Wahlrecht und Ausnahmegesetz blieben bestehen. Vom Klassenkampf zu sprechen wurde verboten - die Klassengegensätze blieben bestehen. Der Befreiungskampf des Proletariats wurde entwaffnet - an der politischen Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung wurde nichts geändert. Der höchst einseitige Burgfrieden, den man verkündete, ist nichts als eine stilistische Umschreibung der Worte Belagerungszustand und politische Kirchhofsruhe. Das Postulat 'Es gibt keine Parteien mehr!' bedeutet nur: Anerkennung des Proletariats als gleichberechtigtes Kanonenfutter. . .

Dem Regierungsprogramm einer Fortsetzung des Krieges bis zu einem durch Eroberung gesicherten Frieden stellen wir entgegen die Forderung eines schleunigen, für keines der Länder demütigenden Friedens.

Wir rufen das deutsche Volk und die Völker der anderen kriegführenden Staaten auf, sich zu erheben gegen den Wahnsinn, in dem sie ihr bestes Blut für ihre Ausbeuter und Unterdrücker verspritzen.

Im Namen der Ausgebeuteten und Entrechteten fordern wir ein Ende dem Völkermord.

Wir hoffen, daß der Tag bald kommen wird, an dem die Proletarier im Felde erklären werden, wir schießen nicht mehr aufeinander! Wo sie sich über die blutgetränkten Schlachtfelder die Hände reichen und die Macht des mordgebietenden Militarismus an dem Felsen der internationalen Brüderlichkeit zerschellt.

Indem wir Protest erheben gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen Neutralität, gegen die Unmenschlichkeit der Kriegsführung, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die herrschenden Klassen auch und gerade jetzt schuldig machen, lehnen wir die geforderten Kredite ab."

Diese zwar etwas lang geratenen Zitate aus den Thesen Liebknechts vom November 1914 scheinen mir nicht nur von historischem Wert. Sie haben durchaus auch einen aktuellen Bezug zum Erkennen der heutigen imperialistischen Kriegsvorbereitungen.

Der schwere Kampf der Linken

Rosa Luxemburg wandte sich in dieser Zeit gegen die Beschönigungsversuche sozialdemokratischer "Theoretiker" wie Kautsky, daß zwischen der Kriegspraxis der SPD und ihrer Vergangenheit kein Widerspruch sei, sondern schönste Harmonie obwalte. Die Internationale - so hatte man sich die Theorie zurechtgelegt - hätte nur die Frage der *Verhütung* des Krieges besprochen; nun aber, da "der Krieg da sei", gelte für jedes Proletariat nur noch die Frage: ob Sieg oder Niederlage.

"Auf gut deutsch heißt das", so stellte Rosa Luxemburg mit beißender Ironie fest, "es gibt für das Proletariat nicht eine Lebensregel, wie es der wissenschaftliche Sozialismus bisher verkündete, sondern es gibt deren zwei: eine für den Frieden und eine für den Krieg. Im Frieden gelte im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach außen die internationale Solidarität; im Kriege gelte im Innern die Klassensolidarität, nach außen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder. Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifestes erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach Kautskys Korrektur: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege!"

Die Internationale wie ein Friede, der dem Interesse der proletarischen Sache entspricht", so schloß damals Rosa Luxemburg, "können nur aus der Selbstkritik des Proletariats geboren werden, aus seiner Besinnung auf die eigene Macht..."

Und Clara Zetkin mahnte ebenfalls in dieser Zeit:

"Die politischen Ziele des deutschen Imperialismus und die strategischen Maßstäbe seiner Militärs können nicht unsere Aktionen als internationale Sozialisten bestimmen. Mit jedem Tag, den das verderbenschwere Völkerringen länger dauert, wächst die Notwendigkeit, ihm Halt zu gebieten um der Gegenwart und Zukunft des Proletariats halber, die in diesem Falle geradezu handgreiflich mit den höchsten Menschheitsinteressen zusammenfallen ..."

"So halten wir eine: sofortige kraftvolle Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie, der deutschen Arbeiter für die vornehmste Pflicht. Mit den Führern, wenn diese sich endlich entscheiden; ohne sie, wenn sie noch weiter unentschlossen zögern; gegen sie, wenn sie bremsen wollen."

Man wird nun geneigt sein zu fragen, warum denn solch klare Einsichten wie die von Liebknecht, Luxemburg und Zetkin sich nicht durchzusetzen vermochten in jener schweren Zeit. Die Antwort ist: sie erreichten zunächst kaum das Ohr der Massen. Oder doch nur sehr schwer und auf großen Umwegen.

War es angesichts der starken Verwirrung der Arbeiterklasse ohnehin schwer, wirksame Antikriegsarbeit zu leisten, so kam hinzu, daß die deutschen Linken fast keine Gelegenheit mehr hatten, vor den Massen der Bevölkerung, ja nicht einmal vor den Massen der SPD-Mitglieder gegen die Lügen der herrschenden Kreise und die Verdrehungen der SPD-Spitze im Reichstag aufzutreten,

Ein eigenes Presseorgan besaßen sie nicht und die Möglichkeit, ihre Auffassungen in den legalen Parteiorganen darzulegen, war ihnen von den Rechten weitgehend genommen worden; nur wenige lokale Parteiblätter wagten den Abdruck von Artikeln

und Zuschriften der Linken. Das "Gothaer Volksblatt" zum Beispiel, das Artikel von Rosa Luxemburg und Franz Mehring veröffentlichte, wurde Anfang 1915 von den Militärbehörden verboten.

Ja, da selbst der Parteivorstand der SPD fast alle Bemühungen der Linken durchkreuzte, in der sozialdemokratischen Parteipresse die wahren Vorgänge bei der Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten darzulegen und gegen die Lüge von der "Einmütigkeit" aufzutreten, mußten die führenden Linken ausländische Zeitungen in Anspruch nehmen. In Briefen an sie protestierten Liebknecht, Luxemburg, Mehring und Zetkin entschieden gegen die nationalistische Verhetzung und gegen die Einmütigkeitslegende über den 4. August in Deutschland. Durch die in der Schweiz erscheinende "Berner Tagwacht" zum Beispiel erhielten auch deutsche Leser von diesen Briefen und von anderen Stellungnahmen der Linken Kenntnis. So bahnten sich die Linken trotz aller Schwierigkeiten Wege, um zu den deutschen Arbeitern zu sprechen und so wurden über lange Umwege überhaupt erst einmal Einzelheiten über die Vorgänge in der entscheidenden Sitzung der SPD Reichstagsfraktion bei Kriegsbeginn der SPD Mitgliedschaft selbst bekannt, während die propagandistische Trommelfeuer der Bourgeoisie und der opportunistischen Hilfspresse pausenlos weiter auf die Massen einhämmerte.

Illegale und halblegale Tätigkeit

Unter solchen erschwerten Bedingungen setzten die Linken ihre Arbeit nach Kriegsausbruch fort. Dabei wurde die oppositionelle, revolutionäre Arbeiterjugend in Gemeinschaft mit älteren und erfahrenen revolutionären Sozialdemokraten zur wichtigen Stütze.

Sie hatten zumeist nur die Möglichkeit der halblegalen und illegalen Arbeit. Aber die nutzten sie nach Kräften, auf Parteiversammlungen, auf Zahlabenden, in Frauenleseabenden, in Jugendsektionsversammlungen und anderen Zusammenkünften. Man begann auch damit, Exemplare der wenigen sozialdemokratischen Zeitungen, in denen noch oppositionelle Stimmen zu Worte kamen, an die Front zu versenden.

So entwickelte sich auf den verschiedensten Ebenen in der damaligen SPD die Auseinandersetzung zwischen den auf die Position des kaiserlichen Reiches und seiner Kriegspolitik übergegangenen SPD-Führern und der zunächst kleinen Schar aufrecht gebliebener revolutionärer Sozialdemokraten, die am Ideal der Völkerverständigung, am Kampf für die Freiheit von Ausbeutung und gegen den Krieg unerschütterlich festhielten und dafür eine sich verbreiternde Basis in der deutschen Arbeiterschaft zu schaffen suchten.

Angesichts der schwindenden Aussicht auf ein baldiges Kriegsende, der schweren Opfer, die der Krieg von fast allen Familien forderte, und der besonders einschneidenden Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen, begann im Verlaufe der ersten Kriegsjahre eine gewisse Desillusionierung der Volksmassen.

Die ersten Antikriegsaktionen in Elbing

Die erste größere Aktion gegen den Krieg, für den Frieden, erfolgte bei uns in Elbing im Jahre 1916. Ausgangspunkt war die Werft. Daß neben Wilhelmshaven auch Elbing in die erste Welle der großen Antikriegsdemonstrationen einbezogen war, ist wohl als ein Zeichen dafür zu werten, daß die Elbinger Arbeiterschaft stark sozialistisch beeinflusst und daß das Klassenbewußtsein der Schichauer Werftarbeiter recht hoch war. Dazu beigetragen hatte, daß eine Reihe von Soldaten - von der Werft als Facharbeiter angefordert - wieder zurückgekommen waren. Sie hatten "Urlaub bis auf weiteres" bekommen und konnten dort auf der Werft arbeiten, weil diese ausschließlich Torpedoboote baute, die berüchtigten S-Boote. Die Lebensmittel waren immer knapper geworden, die Arbeitszeit immer länger, 12 Stunden, 14 Stunden, Sonntagsarbeit noch dazu. Das war die Lage auch bei uns im dritten Kriegsjahr.

Es geschah an einem Samstag, es war Markt. Wir hatten uns vorgenommen, den Versuch zu unternehmen, eine Aktion zu starten. Allerdings hatten wir wirklich nicht das im Sinn gehabt, was dann gekommen ist.

Wir wollten den Werftarbeitern sagen: So geht das nicht mehr mit unseren Lebensmittelzuteilungen. Wir arbeiten und arbeiten von morgens bis abends, und wenn wir nach Hause kommen, haben die Mütter und Frauen immer weniger zum Essen kochen. Dagegen müssen wir etwas tun.

Wir machten eine Versammlung auf der Werft, auf den einzelnen Torpedobooten, in den Montagehallen und es wurde beantragt: Wir demonstrieren zum Marktplatz! Gesagt, getan!

Auf dem Marktplatz waren die Bauern und boten ihre Sachen an, wie das so üblich war. Gegen die Bauern ging es gar nicht. Es ging einfach für mehr Essen und für die Beendigung des Krieges. Diese Parolen wurden herausgegeben. Wir kamen zum Marktplatz, Polizei trat uns entgegen und Elbing hatte eine ziemlich starke Polizei, eben wegen der Werftarbeiter und der Bauarbeiter, die so revolutionär waren. Diese Polizeibeamten stammten in der Mehrheit aus den Garderegimentern, ausgesucht große Kerle.

Nicht mehr bekannt dürfte heute sein, daß zur Polizei damals auch die sogenannten "Zwölfender" kamen, das heißt diejenigen, die sich beim Militär für 12 Jahre verpflichtet hatten und dann als Sergeant oder Feldwebel abgingen. Sie bekamen heute würden wir sagen einen Zivilversorgungsschein, kamen zur Polizei oder als Beamte in die Gefängnisse und in die Zuchthäuser.

Am Marktplatz war ein riesiges Polizeiaufgebot, das sofort versuchte, die Demonstranten auseinanderzutreiben. Je mehr aber die Polizisten mit ihren blanken Säbeln auf uns einschlugen, desto stärker wurden wir in der Abwehr. So blieb es dann nicht nur bei der Demonstration auf dem Marktplatz, sondern die Demonstranten zogen jetzt in die großen Geschäftsstraßen, vor das Rathaus. Und immer wieder schlug die Polizei dazwischen.

Es entwickelte sich daraus eine regelrechte Straßenschlacht. Sie hat sich den ganzen Tag hingezogen. Es gab Verletzte und viele Verhaftungen.

Aber wir haben auch etwas erreicht. Jedenfalls bekamen wir eine Sonderzulage für Lebensmittel. Das war schon etwas!

Bald danach wurden alle jungen Männer im Alter von 17 Jahren gemustert. Ich mußte auch hin. Unsere Einstellung war klar: Wir waren gegen den Militarismus, gegen das System. Aber wenn wir schon Soldaten werden mußten, so dachten wir, dann ist es für uns Elbinger "Ehrensache", bei der Marine zu sein. Ich wurde also auch gemustert und für die Marine eingeschrieben, für die Werftdivision. Die erste Division bestand aus den Matrosen, die zu den Panzerkreuzern gingen, und bei der Werftdivision waren die Spezialeinheiten auf den Torpedobooten und technische Einheiten.

Gemustert und dennoch gewerkschaftlich tätig

Ganz kurze Zeit danach gab es wieder eine Demonstration. Ich, war inzwischen in die Gewerkschaftsjugendleitung gewählt worden und kraft dieser Funktion nun stärker beteiligt an der Führung, dieser Demonstration.

Seit der ersten Demonstration war die Lage noch schlechter geworden. Überall griff der Krieg in das Schicksal der Familien ein; dort war einer gefallen und hier gab's eine Vermißten-Nachricht. Die Zeitungen veröffentlichten eine jeden Tag größer werdende Verlustliste, Kreuze, Kreuze, Kreuze!

All das wirkte natürlich auf uns. Für wen sterben diese Menschen alle? - haben wir gefragt. Für die Generaldirektoren?, für den Kaiser Wilhelm? Warum und weshalb? Zu diesen bohrenden Fragen als Ausgangspunkt kam der Hunger hinzu.

Es war wiederum ein Markttag. Die Losung war ausgegeben worden: Demonstration!

Die Beteiligung war sehr groß seitens der Arbeiterschaft; denn ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht - alle waren wir in Not.

Auch viele Frauen beteiligten sich wieder und man weiß ja - wenn Frauen einmal mitmachen, sind sie oft viel beharrlicher und energischer bei der Sache als die Männer. Es waren alles arme Frauen, die die Not mit auf die Straße trieb. Die Kinder kamen hungrig nach Hause und die Mütter konnten ihnen manchmal nichts als ein bißchen aufgekochtes Korn geben,

Bei dieser Demonstration ging es einen Schritt weiter als bei der ersten. Die ganze Erbitterung der Bevölkerung hatte sich gegen die Werft-Direktion aufgestaut. Sie war für uns das Symbol für die Ausbeuterherrschaft, für die Kriegsgewinnler. Gegen sie richtete sich aller Hass.

Damals gab es noch kaum Autos. Üblich waren riesige Rollwagen mit zwei oder vier Pferden davor. Wir nahmen uns solch einen Rollwagen, trabten zur Direktion, packten die ganze Sippschaft - fast alles Marineoffiziere, nur einige Zivilisten - auf den Wagen und ab ging's mit Hurra und Karacho, hin zum Marktplatz, Dort wurde der Wagen umgekippt und die Direktoren flogen der Länge nach hin. Das war nicht gerade glimpflich, aber der ganze Zorn der Bevölkerung entlud sich ja gegen diese Ausbeuter Direktion.

Inzwischen war folgendes geschehen. Als die russischen Kriegsgefangenen, von denen etwa 10.000 auf der Werft im Arbeitseinsatz waren und schon die erste Demonstration gesehen hatten, das Spektakel auf der Werftdirektion miterlebten, schlossen sich viele unserem Demonstrationzug an.

Friedensdemonstration zusammen mit den Kriegsgefangenen

Das war meines Wissens einer der ersten Fälle, daß russische Kriegsgefangene sich an solch einer Antikriegsaktion beteiligten. Man muß sich vor Augen halten: als Kriegsgefangene! Für sie galt Standrecht! Trotzdem haben sie mitgemacht!

Nachdem die Demonstration beendet war, hatten wir Sorge, was jetzt mit den russischen Kriegsgefangenen würde. Unsere erste spontane Reaktion auf der Werft war:

"Wenn euch etwas geschieht, steht die Bude still, dann werden wir streiken!"

Doch nichts geschah. Keinem passierte etwas. Zu kraftvoll war die Demonstration der Einigkeit gewesen!

Auch in meiner Kolonne - ich war damals schon Nieter - waren zwei russische Kriegsgefangene. Ich habe leider die Namen vergessen. Der eine war Leningrader - Petersburg hieß es ja damals noch -, ein Schlosser, der die Nietten warmmachen mußte. Der andere war Bauer, er hat die warmen Nietten zugereicht.

Nun war es so, daß in der Sozialdemokratischen Partei, aber auch in den Gewerkschaften nicht alle Mitglieder mit den Antikriegs-Aktionen einverstanden waren, denn die Haltung der Parteiführung, die die Kriegskredite bewilligt hatte, übte ihre verhängnisvolle Wirkung aus. Die damalige Gewerkschaftsführung stand noch weiter rechts als der Parteivorstand der SPD, ganz im Gegensatz zu heute.

Es war also gar nicht so einfach bei der SPD und den Gewerkschaften. Hier konnten wir uns nur mit Beharrlichkeit, mit Ruhe und mit besserer Überzeugungskraft durchsetzen.

Die Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften und in der SPD blieben natürlich nicht unter uns. Sie kamen auch jenen Arbeitern zu Ohren, die nicht Mitglieder der SPD waren, die nicht in den Gewerkschaften waren.

Sie kamen auch zu den russischen Kriegsgefangenen, Einige hatten in der Zwischenzeit schon ein bißchen Deutsch gelernt. Es gab auch viele, vor allem jüdische Menschen, qualifizierte Arbeiter, die sprachen schon von der Schule her deutsch, und die hatten natürlich erfahren, was los war.

Wir diskutierten eifrig mit ihnen und bei einer dieser Diskussionen sagte auf einmal der von mir erwähnte Schlosser aus Petersburg zu mir:

"Weißt du, besser ist, deutsche Genossen machen so wie Bolschewiki in Rußland. Bolschewiki in Rußland die Rechten an Wand gedrückt, haben Mehrheit."

Da hörte ich das erste Mal das Wort Bolschewiki, das in meiner späteren Parteiarbeit für mich und für alle Kommunisten eine solch große Bedeutung bekommen sollte. Damals haben wir erst erfahren, was in der Sozialdemokratischen Russischen Partei

los war, daß die "Bolschewik!" -die dortigen Linken - über die "Menschewiki", die den Rechten in unserer SPD entsprachen, gesiegt hatten, während es in der deutschen Sozialdemokratie andersherum ging - die Rechten hatten die Mehrheit und drückten die Linken raus.

Prompt kam der Gestellungsbefehl

Etwa vier Wochen nach unserer letzten Demonstration bekam ich den Gestellungsbefehl. Das war damals so üblich: jeder, der nicht den Willen der Direktion oder des Unternehmers durchführen wollte, wurde einfach zu den Soldaten abkommandiert. So wir auch - mit 60 Mann von der Werft, junge und ältere.

In Marienburg lag das Bezirkskommando, Dort mußten wir uns melden. Ein Feldwebel, ein Hauptmann und ein Arzt saßen da. Die haben uns aber gar nicht untersucht; wir wurden einfach eingezogen.

Ich kam ran, legte meinen Musterungsbeschluß auf den Tisch. Der Hauptmann guckte sich das an, zog die Stirne kraus und sagte: "Was, Du sollst zur Marine?"

Ich sagte: "Jawohl, Herr Hauptmann!" Daraufhin er zu mir: "Ich will Dir mal was sagen, von der Marine kannst Du von Deiner Sorte noch einige abholen."

Bei der Marine waren seiner Meinung nach schon genug Revolutionäre, Sozialisten und Gewerkschafter.

Er schnarrte also nur noch: "Kv 1, Infanterie!"(3)

Wie ich so bin, hab' ich natürlich protestiert. Na, hat der mich da angebrüllt! Hinter mir schubsten sich schon die Genossen und die anderen, die dort mit eingezogen waren, weil sie der Meinung waren, wenn der den Zorn jetzt von dem da erweckt, dann kriegen sie auch noch was ab.

Mein Krachschlagen nützte natürlich nichts. Ich bekam einen Tritt dorthin, wo ich keine Nase habe, und schon befand ich mich bei der Infanterie.

Ich kam zum Infanterie-Regiment 148, von dem ein Bataillon in meiner Heimatstadt Elbing lag. Dort erfolgte die Ausbildung. Doch nicht nur diese allein. Es geschahen auch andere Dinge, bössere.

"Max, wir schießen nicht!"

Eines Tages waren wir auf dem Truppenübungsplatz und auf einmal gab es Alarm. Die Kompanie mußte zusammentreten und wir bekamen den Marschbefehl in die Kaserne. Zunächst haben wir uns dabei nichts Besonderes gedacht. Kaum waren wir in der Kaserne, hieß es: scharfe Munition empfangen, Sturmgepäck fertigmachen.

Dies geschah alles in wenigen Minuten. Die Kompanien traten wieder auf dem Kasernenhof an und marschierten aus der Kaserne. Zunächst dachten wir, daß an der Ostfront irgendein Durchbruch gewesen wäre, der abgestoppt werden sollte durch

den Einsatz neuer Soldaten. Aber wir marschierten nicht zum Bahnhof, sondern wir nahmen Kurs auf die Stadt. Das machte uns stutzig.

Wir kamen in die Stadt und sahen riesige Polizeiaufgebote und große Massendemonstrationen. In meiner Gruppe war ich der einzige Preuße; alle anderen waren Elsässer und Lothringer. Es war bewußt so organisiert in der kaiserlichen Armee, daß die Elsässer und Lothringer möglichst weit von ihrer Heimat Militärdienst machen mußten. Denen traute man nicht. Man bezeichnete sie als "unsichere Kantonisten".

Als wir sahen, was in der Stadt los war, - ich selbst hatte das ja nun, als ich noch gearbeitet hatte, zweimal miterlebt und wußte natürlich, daß die Werftarbeiter wieder gegen den Krieg und für mehr Essen demonstrierten - da geschah etwas, was mich auch später immer wieder sehr, sehr beeindruckt hat. Die Elsässer sagten zu mir:

"Max, wir schießen nicht." Ich habe darauf gesagt:

"Ich auch nicht."

Wir rückten näher und kamen in die Menschenmassen. Nun geschah etwas für den deutschen Militarismus Ungewöhnliches. Der Hauptmann, der zu Pferde war, wurde von uns abgedrängt, wir sahen nur noch, wie er vom Pferd herunterstürzte. Das Kommando ging an den ältesten Chargierten und das war ein Feldwebel.

Doch nun kommt das Außergewöhnliche. Dieser Feldwebel kommandierte: "Kompanie halt! Setzt die Gewehre zusammen! Links von den Gewehren wegtreten!"

Das Kommando war kaum ausgeführt, da brachen die Werftarbeiter und die Frauen in die Gewehrpyramiden ein und hatten somit die Waffen in der Hand. Und wir als Soldaten standen da, umringt von einer tobenden und wütenden Menge, die immer wieder rief: "Essen! Essen!" und "Frieden!"

Da ich geborener Elbinger war, auf der Schichau Werft gearbeitet und dort gewerkschaftliche Funktionen, vor allem in der Jugendorganisation, bekleidet hatte, erkannten mich natürlich auch viele der Demonstranten. Sie tiefen mir zu: "Max, das ist richtig, daß ihr nicht schießt!" Gut und schön, aber wir wußten doch auch genau, was kommen würde, wenn wir ohne Gewehre dastehen. Natürlich, das Kommando war vom Feldwebel gegeben worden, aber letztendlich war ja jeder Soldat selbst für sein Gewehr verantwortlich. Es war ein geflügeltes Wort: "Das Gewehr ist die Braut des Soldaten", und so sollte er auch auf sie aufpassen.

Wir haben deshalb mit den Arbeitern und mit den Frauen - soweit wir konnten - verhandelt, ihnen gut zugeredet. Einen Teil der Gewehre haben wir auch wieder bekommen, einen Teil aber auch nicht.

Der Krawall wurde immer größer und wir machtloser. Gegen Abend trat dann Ruhe ein und wir marschierten wieder in die Kaserne, ein Teil mit und ein Teil ohne Gewehre.

Nun kam, was bei den Preußen unweigerlich kommen mußte: der Feldwebel wurde eingesperrt und die Soldaten ohne Gewehre auch. Ich war mit dem größten Teil der

Elsässer unter den Glücklichen, die nicht eingesperrt wurden, weil wir unsere Braut im Arm hatten.

Das war am Samstag gewesen. Am Sonntag gab es wieder Alarm. Wir marschierten hinaus und natürlich stand bei uns fest: es wird nicht geschossen.

Wir hatten andere Offiziere, andere Feldwebel bekommen, die Unteroffiziere waren geblieben. Wir marschierten aber nicht auf den Marktplatz, sondern zu einer Gasanstalt. Dort lagerte Kohle und Koks. Das Werk hatte ein Eingangstor, auf das eine Straße zuführte, die von Häusern flankiert war, etwa 400 Meter lang.

Dorthin kamen wir und sahen Schreckliches. Hunderte von Frauen, Kindern, vereinzelt auch ältere Männer drängten sich in dieser Sackgasse und wollten das Tor aufbrechen, um Kohle und Koks zu holen, weil es bitter kalt war. Das Tor hielt stand.

Wir Soldaten riefen: Frieden Frieden!

Es wurde weiter gedrängt, immer weiter und immer fester. Frauen schrien auf vor Schmerzen und einige, auch Schwangere sind in diesem furchtbaren Gedränge sogar zu Tode gedrückt worden.

Wir jungen Soldaten standen ratlos da. Wir waren ja alle kaum 17 18 Jahre alt. Immer wieder riefen die Frauen: "Gebt uns zu essen, gebt uns Feuerung, damit wir nicht erfrieren! Macht Schluß mit dem Krieg, wir wollen Frieden!" und: "Gebt uns unsere Männer zurück!" Uns Soldaten riß es mit und auch wir riefen: "Frieden! Frieden!" Schließlich gab das Tor doch nach, die Frauen stürzten auf die Kohle- und Kokshaufen, machten sich soviel sie tragen konnten - ihre Säcke voll und gingen ruhig nach Hause.

Bei uns Soldaten wuchs der Haß gegen diesen Krieg, gegen die, die ihn angezettelt und auch gegen jene, die ihn unterstützten.

Es kam der Tag heran, da es an die Front ging. Ich kam zuerst nach Belgien auf einen großen Truppenübungsplatz, wo die Einheiten zusammengefaßt und dann in die Regimenter geschickt wurden. Ich kam in das Infanterieregiment 455.

Längere Zeit habe ich den Stellungskrieg mitmachen müssen. Dann wurde ich abkommandiert zur Eisenbahn, zum Transportdienst im rückwärtigen Gebiet.

Ich bekam Typhus. Man brachte mich ins Lazarett nach Malmedy und von dort aus in ein großes Seuchenlazarett an der Maas. Dort erreichte uns die Nachricht von der russischen Oktoberrevolution.

Erster Funkspruch der Oktoberrevolution: "Frieden! Frieden!"

Nach nun schon drei Jahre währendem imperialistischen Völkermorden hatten sich die Arbeiter und Bauern Rußlands gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker erhoben und selbst die Macht und die Geschicke des Landes in die Hand genommen. Ihr erster Funkspruch an die Welt hieß: Frieden! Frieden! Frieden!

Was dieses welthistorische Ereignis auch für den Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse bedeutete, wurde von den Linken in Deutschland sofort erkannt. Schon am 11. November 1917 schrieb Karl Liebknecht, daß der "ungeheure Prozeß der sozialen und wirtschaftlichen Revolutionierung Rußlands" bereits "im Beginn vor unbegrenzten Möglichkeiten" stehe, "weit größer als die große französische Revolution."

Rosa Luxemburg nannte in einem Brief aus dem Gefängnis die Oktoberrevolution "eine weltgeschichtliche Tat, deren Spur in Äonen nicht untergehen wird". Und in einem Artikel in der "Leipziger Volkszeitung" schrieb Clara Zetkin schon am 16. November 1917: "Das Friedenswerk der russischen Revolution hat für die Völker eine neue, entscheidungsschwere Situation geschaffen. Der Friede ist in greifbare Nähe gerückt, wenn die heiße Friedenssehnsucht der Völker sich zum bewußten Friedenswillen zusammenballt, der Geschichte macht, wie er sie machen muß."

Die "Leipziger Volkszeitung" gab übrigens bereits in ihrer Ausgabe vom 9. November 1917 - also schon zwei Tage nach dem Sturm auf das Winterpalais in Petrograd, der das Tor zur Macht des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf dieser Erde aufstieß das folgende erste Echo in Deutschland mit den Worten wieder:

"Mit fiebernder Spannung wird das Proletariat Deutschlands die weitere Entwicklung der Dinge in Rußland verfolgen. Mit all seinen Sympathien wird es auf der Seite der kämpfenden Klassengenossen des großen Osterreiches stehen."

Der Sieg des Proletariats in Rußland wäre ein gewaltiger Erfolg, der die Arbeiterbewegung der ganzen Welt befruchten müßte. Und dieser Erfolg wäre zugleich ein gewaltiger Fortschritt der Friedensarbeit."

Aber natürlich kann der Frieden nicht das Werk der russischen Arbeiter allein sein. Die neue Phase der russischen Revolution bedeutet eine erneute ernste Verpflichtung der deutschen Arbeiterklasse wie der aller anderen am Krieg beteiligten Länder."

Und am 14. November schrieb die gleiche Zeitung: *"Mit unserem ganzen Herzen sind wir deutschen Proletarier in dieser Stunde mit unseren kämpfenden russischen Genossen."*

Damit wurden wohl auch genau die Gefühle ausgedrückt, die der junge, eben neunzehnjährig gewordene Soldat Max Reimann empfand, als ihn und seine kranken und verwundeten Kameraden im Lazarett die Nachricht von der Oktoberrevolution erreichte.

Was ist zu tun? war sein Gedanke wie der aller linken Sozialdemokraten in Deutschland, das sich Ende 1917 in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise befand. Die militärische Lage hatte sich - trotz der Erfolge gegen die zerfallende russische Armee und an der italienischen Front - immer aussichtsloser gestaltet. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg, der den schnellen Sieg über England bringen sollte, war gescheitert. Die ökonomische und militärische Überlegenheit der gegnerischen Verbündeten, vor allem seit dem Kriegseintritt der USA im April 1917, trat immer deutlicher in Erscheinung. Deutschland und seine Verbündeten hingegen befanden sich

schon im Zustand großer Erschöpfung. Der Krieg hatte bereits Millionen Tote, Verwundete und Krüppel gefordert.

Im Geiste des Spartakus

In ihren "Spartakusbriefen" und in illegalen Flugblättern rief die Spartakusgruppe, zu der sich die führenden Linken um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Leo Jogiches und Wilhelm Pieck zusammengeschlossen hatten, die deutschen Arbeiter und Soldaten auf, dem Beispiel der russischen Oktoberrevolution zu folgen, denn "der allgemeine Friede läßt sich ohne Umsturz der herrschenden Macht in Deutschland nicht erreichen."

Über diese Zeit berichtet Max Reimann:

Wir haben bei jeder sich bietenden Gelegenheit den anderen Soldaten vor Augen geführt, daß es doch besser für alle wäre, dieses sinnlose Morden einzustellen und den Frieden herbeizuführen.

In unsere Agitation und Propaganda in der Armee vor allem wirkte sehr stark die Revolution in Rußland hinein. Durch sie wurde unsere Aktivität sehr angespornt.

Nun darf man sich keineswegs vorstellen, daß in einer kaiserlichen Armee dies alles so einfach war.

Freunde zu finden, Gesinnungsgenossen zu finden, schon das war schwer. Jeder suchte, doch Vorsicht war geboten. Denn wenn die Offiziere einen Spartakisten oder Sympathisierenden ausfindig machten, wurde der unweigerlich festgesetzt. Ihm drohte Festungshaft, wenn nicht gar mehr. Ich hatte in meiner Einheit solch einen Freund gefunden. Er war ein Berliner und von Beruf Stukkateur. Regelmäßig bekam er kleine Feldpostpäckchen. Darin waren getarnt Spartakusbriefe und andere Agitationsmaterialien von der Leitung des Spartakusbundes eingebaut.

Begierig haben wir dies alles im Unterstand bei einer kleinen Talgfunzel gelesen.

Diese Gedanken haben wir vorsichtig an andere Soldaten weitergegeben. So kam's, daß wir nach geraumer Zeit mehrere Kameraden für unsere Ideen gewannen.

Es handelte sich dabei nicht etwa um eine Organisation des Spartakusbundes. Wir fühlten uns einfach als Spartakisten, weil das, was in den Spartakusbriefen und in den anderen Agitationsmaterialien geschrieben war, unsere Auffassung war.

Die Disziplin in der Armee ließ nach.

1918 haben wir an der Westfront erfahren, wie es vor der Oktoberrevolution 1917 an der Ostfront zur Verbrüderung von deutschen und russischen Soldaten gekommen war.

Im Laufe des Jahres 1918, vor allem im Sommer und im Herbst, gab es dann auch Verbrüderungsszenarien an der Westfront; zunächst kleinere, dann größere.

Auch zwischen Soldaten und der Zivilbevölkerung in der Etappe, in die ich versetzt worden war, gab es so etwas.

In der November-Revolution von 1918

Dann kam die November Revolution 1918 in Deutschland, die sich schon in den großen Streiks - vor allem in der Rüstungsindustrie - und bei den Lebensmittelunruhen während der Jahre 1917 und 1918 in fast allen deutschen Industriezentren angekündigt hatte.

Es gibt Ereignisse in der Geschichte unseres Volkes, die von großer Tragweite für die ganze nachfolgende Entwicklung sind. Zu ihnen zählen die Novemberrevolution von 1918 - die größte revolutionäre Massenbewegung in Deutschland nach dem deutschen Bauernkrieg - und die in ihrem Verlauf erfolgte Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands, die eine grundlegende Wende in der deutschen Arbeiterbewegung einleitete.

Die in Deutschland seit der Jahrhundertwende zur Lösung drängenden Widersprüche hatten sich durch den Verlauf des Krieges noch mehr verschärft. Je länger der Krieg dauerte und je aussichtsloser er wurde, desto mehr nahmen die Kriegsmüdigkeit und die Friedenssehnsucht großer Teile des deutschen Volkes zu. Unter dem Einfluß der Februarrevolution und der Oktoberrevolution in Rußland entwickelte sich in Deutschland eine revolutionäre Massenbewegung.

Besonders die Oktoberrevolution, die die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus einleitete, übte auf die weitere Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland einen großen Einfluß aus, da in Deutschland die gleichen Widersprüche zur Lösung drängten, die in der Oktoberrevolution gelöst wurden.

Für die Linken hatte sich im Verlaufe der Entwicklung in den Kriegsjahren das Fehlen einer eigenen Parteiorganisation immer stärker fühlbar gemacht, Sie schlossen sich zur Gruppe Internationale zusammen, die sich später zur Spartakusgruppe entwickelte. Karl, Liebknecht formulierte die Kampflosung der revolutionären Vereinigung: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

Auf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe am 7. Oktober 1918 wurde das Programm für die sich entwickelnde Volksrevolution in Deutschland beschlossen. Das Programm war das Ergebnis einer gründlichen Analyse der politischen Situation in Deutschland und orientierte die Arbeiterklasse auf die sofortige Beendigung des Krieges, auf den revolutionären Kampf für demokratische Rechte und Freiheiten und auf den Sturz des deutschen Imperialismus und Militarismus. Es war geeignet, mit seinen konsequenten antiimperialistischen, demokratischen Forderungen große Teile der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen für seine Verwirklichung in Bewegung zu bringen.

Den Entwicklungsbedingungen entsprechend und angesichts des bestehenden Kräfteverhältnisses der Klassen, mußte zunächst die demokratische Revolution zum Siege geführt werden; das hieß, den Militarismus zu vernichten, den Staatsapparat zu säubern und die für den Krieg verantwortlichen Kräfte des Monopolkapitals und des Junkertums zu enteignen. Erst nach Erfüllung dieser Aufgaben hätte man zur sozialistischen Revolution übergehen können.

Die Revolution, die am 3. November 1918 mit dem bewaffneten Aufstand der Matrosen und Arbeiter in Kiel ausgebrochen war, hatte sich - übrigens gegen den Willen und den Widerstand der Führung der SPD - in wenigen Tagen über den größten Teil Deutschlands ausgebreitet und Kaiser, Könige und Fürsten hinweggefegt.

Es war eingetreten, was Friedrich Engels bereits 1887 vorausgesagt hatte: "Ein von Preußen-Deutschland entfesselter Weltkrieg könne nur enden mit dem Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt."

Millionen deutscher Arbeiter und andere Werktätige bildeten Arbeiter- und Soldatenräte. Diese nahmen in vielen Orten die Macht in ihre Hände.

Die Haupttriebkraft der Revolution war die Arbeiterklasse; zahlreiche Angehörige anderer Schichten schlossen sich dem Kampf für sofortigen Frieden, für die Beseitigung der Monarchie und des Militarismus an.

Wie sah die November Revolution nun bei uns in der Truppe aus? Die Armee weigerte sich einfach weiterzukämpfen. Große Teile jedenfalls. Wir wurden von dieser Welle mitgerissen. Für uns gab es nur ein Streben: die Offiziere absetzen, Soldatenräte schaffen und nach Hause! Ein kleines Erlebnis: Ich war stationiert in Longwy. Dort war ein Feldflugplatz, auf dem etliche Landezeichen aus Stoff ausgelegt waren, rote, weiße usw.

Unsere Abteilung kam auf dem Rückmarsch an diesen Flugplatz. Wir standen alle noch unter militärischem Kommando. In meiner Freude, ein bißchen unbedacht zwar, habe ich von dieser roten Fliegerleinwand Streifen abgerissen und den Pferden der Bagagewagen rote Schleifen am Halfter eingebunden und auch kleine rote Fahnen zurechtgeschnitten, an einem Stock befestigt und auf die Bagagewagen gesetzt.

Die Soldaten und auch die Unteroffiziere haben dazu nichts gesagt. Zum Teil freuten sie sich, zum anderen Teil sagten sie: Ach, blast uns doch den Buckel lang, endlich ist Schluß, wir gehen nach Hause.

Das gefiel aber den Offizieren nicht und auf einmal hieß es: Halt! Die Soldaten wurden zusammengenommen und der Offizier - es war ein Major - fragte: "Wer hat diese roten Schleifen den Pferden angebunden und die roten Fahnen gemacht?"

Zunächst Stillschweigen. Wir waren ja im Felde, wir unterstanden dem Standrecht. Alles schwieg. Ich natürlich auch. Nach langem Hin und Her meldete sich ein Unteroffizier und sagte: "Er, der Soldat Max Reimann."

Ich mußte vortreten, dann wurde mir von dem Major eine fürchterliche Standpauke gehalten. Zum Schluß sagte er: "Wenn wir auch jetzt eine Regierung der Volksbeauftragten haben, die Volksbeauftragten haben festgelegt, daß das Kommando in den Händen der Generale und Offiziere bleibt!" (Die obersten von allen waren v. Ludendorff und v. Hindenburg!) Weiter donnerte er: "Hier ist Kriegsrecht! Standrecht! Ich habe den Befehl und auch die Möglichkeit, Sie auf der Stelle erschießen zu lassen!"

Aber ich sehe davon ab, Sie sind noch sehr jung, unerfahren. Ich werde Sie nicht erschießen lassen, aber Sie werden von der Truppe abgesetzt und dürfen sich hier nicht mehr sehen lassen!"

Jetzt stand ich da. Die Truppe marschierte ab und ich war allein. Na, ich bin dann ein paar Stunden alleine gewandert, das Gewehr hatten sie mir abgenommen. Nach einer Weile kam eine Pionierkompanie anmarschiert.

Ich dachte, wartest mal ein bißchen, setzte mich in's Gras und ließ die Pionierkompanie an mich herankommen. Auf einmal riefen Soldaten: "Na, Landser, was machst du denn da? Hast du schlappgemacht? Komm mal, es geht jetzt nach Hause, der Krieg ist zu Ende! Komm!" Sanitäter kamen gelaufen.

Ich sagte, mir fehle gar nichts.

"Ja, was hast du denn, warum sitzt du hier?" Ich erzählte ihnen, wie es mir ergangen ist.

"Ach", sagten sie, "komm mal her!" Jetzt kam ich zu deren Kompanie. Die Offiziere hatten keine Achselstücke mehr, die Eisernen Kreuze, hatten die Soldaten am Stock, die Kokarden der Offiziere waren weg und die Kokarden der Unteroffiziere und Soldaten auch. Prima, dachte ich, da gehst du mit. Was ich dann auch tat. Es hat mir sehr gut gefallen. Wir haben gesungen, damit das Marschieren leichter wird, keine Soldatenlieder mehr, sondern Volkslieder. Wir marschierten bis zum Bahnhof. Von dort wollten wir nach Hause fahren. Doch das war leichter gedacht als getan.

Auffällig auf dem Bahnhof war, daß ein Kommando Marine dort die Befehlsgewalt hatte. Gewöhnlich hatten die Matrosen ein schwarzes Mützenband, auf dem die Einheit zu lesen war, zu der sie gehörten, SMS soundso. Dieses SMS aber war mit einem roten Tuch verdeckt. Für mich war klar: das waren rote Matrosen, die in Kiel, Wilhelmshaven, Hamburg und anderen Städten die Revolution durchgeführt hatten¹ Diese Matrosen waren wohl von der Heimat in die großen französischen Eisenbahnzentren geschickt worden und nach Belgien, um dort die Revolution bei den Soldaten nicht nur zu propagieren, sondern sie auch durchzuführen.

Mir schoß ein Gedanke durch den Kopf: du wirst zu einem dieser Matrosen hingehen und wirst sagen: Ich bin ein Spartakist und ich möchte so schnell wie möglich nach Hause, um bei der Revolution zu helfen.

Ich überlegte. Überlegte hin und her, und dann faßte ich Mut und ging zu einem Matrosen, der an der Bahnsteigkante stand und sagte:

Arbeiter- und Soldatenräte wurden gebildet

"Hör' mal, Kamerad", - und stotterte, ich sei der und der und wolle dort und dort hin. Er guckte mich an und sagte: "Das ist ja großartig, Genosse! In zwei Stunden geht ein Zug ab nach Berlin, mit diesem Zug fährst du mit!"

So geschah es auch. Ich fuhr nach Berlin und von dort weiter nach Elbing. Dort war schon ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet worden. Viele kannten mich. Ich reihte mich ein und half mit, in Elbing die Revolution durchzuführen und für die Macht der

Arbeiter- und Soldatenräte zu sorgen. Das war in Elbing nicht allzu schwer, denn Elbing hatte, wie ich schon sagte, eine revolutionäre Arbeiterschaft. Schnell beherrschten wir die Stadt. Wir setzten ein vorläufiges Parlament ein und eine richtige Kommunalverwaltung, die für Verpflegung und Arbeit sorgte, damit das Leben weitergehen konnte.

In Berlin waren inzwischen verhängnisvolle Entscheidungen gefallen. Das Schlimmste war, daß die Ebert-Regierung, die erste aus den November-Ereignissen hervorgegangene Regierung der Republik, der sogenannte "Rat der Volksbeauftragten", schon in den Novembertagen ihren Pakt mit dem intakt gebliebenen kaiserlichen Generalstab schloß, den imperialistischen Staatsapparat und die kapitalistische Eigentumsordnung unangetastet ließ.

Schon am 10. November, keine vierundzwanzig Stunden nach der Ausrufung der Republik, vereinbarte Ebert mit General Groener, dem Vertreter der Obersten Heeresleitung, ein gemeinsames Vorgehen gegen die Revolution. Das Ziel dieses Bündnisses war, wie der General 1925 im Münchener Dolchstoßprozeß aussagte, "die restlose Bekämpfung der Revolution, Wiedereinsetzung einer geordneten Regierungsgewalt, Stützung dieser Regierungsgewalt durch die Macht einer Truppe und baldigste Einberufung einer Nationalversammlung." Zu diesem Zweck sollten zehn zuverlässige Divisionen aufgestellt und mit voller militärischer Ausrüstung nach Berlin in Marsch gesetzt werden, um zunächst in der Hauptstadt die Arbeiter und Soldatenräte, die wirklichen Vertreter des Volkes, und die revolutionären Kräfte niederzuwerfen.

Hindenburg setzt auf Ebert: Gegen den "Terrorismus"

Noch am selben Tag, dem 10. November 1918, gab Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, des abgedankten Kaisers oberster Feldherr, telegrafisch an alle Heeresgruppen und Armeeoberkommandos bekannt, daß die Oberste Heeresleitung mit Friedrich Ebert zusammengehen werde, "um die Ausbreitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern".

Auf Verlangen der Obersten Heeresleitung ordnete die Regierung bereits am 12. November an, daß die Befehlsgewalt der kaiserlichen Offiziere in der Armee wiederherzustellen sei. Die Soldatenräte sollten nur noch beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verhängung von Disziplinarstrafen haben (!).

So war schon von Anbeginn an der Keim zum Stopp der Revolution gelegt worden.

Dadurch, daß die Ebert Regierung dem Volk als die Regierung erscheinen konnte, die mit dem Sturz der Hohenzollern Monarchie dem deutschen Volke den Frieden gebracht hatte, war für die breiten Massen die Hauptfrage, die sie zu Beginn der Revolution in Bewegung gebracht hatte, die Beendigung des Krieges, gelöst. Die Mehrzahl der Arbeiter glaubte den Versicherungen der rechten Führer der SPD, die weiteren - vor allem sozialen - Aufgaben könnten nun ohne revolutionäre Kämpfe auf dem Weg parlamentarischer Wahlen gelöst werden.

In den Fragen der Staatsmacht, der Grundfrage jeder Revolution, gab es die größten Unklarheiten in den Reihen der deutschen Arbeiterklasse und der Räte. Sie glaubten, daß mit dem Sturz der Monarchie, der Errichtung der Republik und mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts bereits die politische Macht erobert und die Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen waren.

Wenn wir also einmal rückschauend zusammenfassen, dann müssen wir feststellen: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland brachte wichtige Ergebnisse. Die Hohenzollern-Monarchie und die zahlreichen Dynastien in den Einzelstaaten wurden gestürzt, die Republik wurde errichtet. Der Achtstundentag wurde durchgesetzt. Wichtige demokratische Rechte und Freiheiten, wie die Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, wurden erkämpft. Obwohl günstige Bedingungen dafür vorhanden waren, wurde die Revolution nicht zu einer grundlegenden Wende, in der Geschichte der deutschen Nation. Die Arbeiterklasse erlitt eine Niederlage und konnte nicht einmal die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende führen, geschweige denn diese in die sozialistische Revolution hinüberleiten.

Die auf die Tagesordnung der Geschichte gestellten großen Aufgaben, der Sturz des Imperialismus und Militarismus und die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen und sozialistischen Deutschlands blieben unerfüllt. Ihrem Charakter nach blieb die Novemberrevolution eine bürgerlich-demokratische Revolution, die im gewissen Umfange mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde. Nicht zerschlagen wurde der kapitalistische Staatsapparat, unangetastet blieben die ökonomischen Machtpositionen des Industrie- und Finanzkapitals wie auch des feudalen Junkertums auf den Rittergütern. Nicht ausgerottet wurden die Wurzeln des erobungslüsternen deutschen Imperialismus. Der Kaiser war wohl gegangen worden, aber die Krupp, Siemens, Stinnes und die Generale waren geblieben.

Der durch das Abkommen Ebert/Groener intakt gelassene Generalstab hatte bereits Anfang Dezember 1918 mit der Aufstellung von Freiwilligenverbänden - den sogenannten Freikorps - begonnen, um wieder "zuverlässige Truppen" gegen die Revolution einsetzen zu können.

Bei uns wurden die "Baltikumer" mit Freikorpsleuten aufgefüllt. Sie sollten die Revolution in Estland, Lettland, Litauen zerschlagen. Gegen sie setzte nun in Elbing unser Kampf ein. Es kam aber noch etwas hinzu. Nach einem Erlaß des Rates der Volksbeauftragten sollten zwar alle Soldaten, Unteroffiziere, Feldwebel und auch Offiziere aus der alten Armee entlassen werden, nur die Jahrgänge 1898 und 1899 nicht. Sie sollten - unter ihren alten Offizieren - in den Kasernen bleiben.

Nun setzte von uns ein Kampf an zwei Fronten ein. Einmal mit aller Kraft gegen die Freikorps, die gegen die junge Sowjetunion in Marsch gesetzt wurden, und das andere Mal der Kampf um unsere Entlassung.

Spartakusgruppen in allen Kompanien

In der Kaserne hatten wir als Freunde und dann schon als Mitglieder des Spartakusbundes eine erfolgreiche Aktion gemacht. In allen Kompanien waren nicht nur Räte, sondern waren auch Gruppen - wenn auch kleine - vom Spartakus. Hinzu kam, daß ja die SPD da war und nun auch die USPD(4) entstanden war. Genossen aus diesen Parteien halfen uns. Ein ganzes Netz von Zellen des Spartakusbundes gab es und

viele Verbindungen zu den USPD-Leuten, die genau unserer Meinung waren: Gegen die Baltikumer und für die Entlassung.

So setzte eine Bewegung ein, wie ich sie noch nie erlebt hatte. Viele Soldaten verließen die Kaserne, störten sich nicht an dem Erlaß der Volkskommissare und der Generale.

Wir aber blieben zunächst dort, erfüllt von unserem Auftrag, dahin zu wirken, daß niemals wieder eine imperialistische Armee entstünde.

Doch dann geschah etwas Neues: Durch den in Vorbereitung befindlichen Versailler Vertrag sollte Danzig zum Freistaat gemacht werden. Ein Korridor sollte Ostpreußen vom übrigen Reichsgebiet abtrennen.

Unser Regimentsstab kam nun auf die Idee, uns an die geplante Grenze dieses Korridors zu schicken. Wir haben zunächst - scheinbar - mitgemacht. Doch am Zug angekommen, haben wir zu den Offizieren gesagt: "Auf Wiedersehen, meine Herren, das machen wir nicht mit!" Fast alle gingen wir nach Hause, nur die wenigsten blieben bei den Offizieren.

Im Feuer der Revolution wurde die KPD gegründet

Der Spartakusbund unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hatte sich in der Novemberrevolution als die konsequenteste Kraft der deutschen Arbeiterklasse und der gesamten Nation erwiesen. Jedoch konnte der heldenhafte Kampf der deutschen Linken die Kraft einer selbständigen marxistischen Partei nicht ersetzen. Das Fehlen einer revolutionären Partei war neben der Paktiererpolitik der rechten Führer der SPD Lind USPD die entscheidende Ursache dafür, daß die deutsche Arbeiterklasse in der Novemberrevolution ihre historische Mission nicht erfüllen und der deutsche Imperialismus und Militarismus seine Herrschaft retten konnte.

Erst im Feuer der Novemberrevolution um die Jahreswende 1918/19 wurde von solchen hervorragenden Führern der deutschen Arbeiterbewegung wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Leo Jogiches, Wilhelm Pieck und Fritz Heckert die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet.

Die Gründung der KPD war das wichtigste Ergebnis der Novemberrevolution und zugleich die Krönung des langjährigen heroischen Kampfes der revolutionären Linken in der deutschen Arbeiterbewegung gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, gegen den Opportunismus, für die Klasseninteressen der deutschen Arbeiterklasse und die nationalen Lebensinteressen unseres Volkes.

Die Gründung der KPD war ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des ganzen deutschen Volkes. Es gab jetzt in Deutschland wieder eine revolutionäre Partei, deren Programm auf den Lehren von Marx und Engels beruhte, in der die großen revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, die von den rechten sozialdemokratischen Führern preisgegeben worden waren, fortgeführt wurden.

Das Tragische war, daß die KPD schon gleich nach ihrer Gründung ihre besten Führer verlor.

Der Terror der kaiserlichen Polizei, Justiz und Militärbehörden gegen den Spartakusbund wurde von den Noske-Banden gegen die junge KPD und alle revolutionären Kämpfer der Arbeiterklasse fortgesetzt und zum offenen Mordpogrom gesteigert. Am 15. Januar 1919, nur 16 Tage nach der Gründung der KPD, wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von konterrevolutionären Söldnern verhaftet und meuchlings ermordet.

Ihr Tod war ein schwerer Verlust für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung. In vielen Orten Deutschlands kam es in den darauffolgenden Tagen zu großen Protestversammlungen, -Kundgebungen und -Demonstrationen gegen den konterrevolutionären Terror. Man forderte die strenge Bestrafung der Mörder und ihrer Hintermänner, häufig auch die Beseitigung der mit den kaiserlichen Generalen paktierenden Ebert-Scheidemann-Regierung.

Am 29. Januar 1919, vier Tage nach der Beisetzung Karl Liebknechts und 31 ermordeter Januarkämpfer, die sich zu einer Massendemonstration der Berliner Arbeiterschaft unter Teilnahme von Arbeiter Delegationen aus ganz Deutschland gestaltete, traf die junge KPD ein neuer herber Verlust: Franz Mehring starb.

Ein Jahr in Festungshaft

Ich war also nach Hause gekommen. Da erschien eines Morgens - es war Anfang Januar 1919 - ein Polizist und fragte meine Mutter, ob ihr Sohn da sei.

"Welcher Sohn?" hat sie gefragt, "ich habe vier; welchen meinen Sie?"

"Den Max."

"Ja, der ist zu Hause."

"Könnte ich den mal sprechen?" "Ja."

Meine Mutter holte mich und der Polizist sagte: "Mein lieber Freund, Du bist verhaftet."

Ich fragte: "Warum? Ich habe doch gar nichts Unrechtes getan. Was ich gemacht habe, das ist im Sinne der Revolution, der Novemberrevolution."

"Ja, Du und viele andere, Ihr habt Fahnenflucht begangen. "

Ich sagte: "Vor welcher Fahne sind wir denn geflohen, vor welcher? Zeigen Sie uns die Fahne!"

Er konnte mir keine Antwort geben. Er murmelte nur etwas von "unerlaubter Entfernung von der Truppe", das wären spartakistische Umtriebe. Also hin und her, er packte mich schließlich am Schlafittchen und zerrte mich aus der Wohnung heraus. Unten standen ein paar Freikorpsleute, die mich in ihre Mitte nahmen, mit aufgefplantem Bajonett. Es gab ein Riesentheater und empörte Rufe der Menschen. Aber

mit gefälltem Gewehr haben sie sich freie Bahn geschaffen und mich zur Kaserne gebracht.

Da half kein Protestieren des Arbeiter- und Soldatenrates der Stadt, der mich ja kannte. Die Offiziere gaben mich nicht frei.

Der Arbeiter- und Soldatenrat kam sogar mit allen Mitgliedern zur Kaserne und verlangte, mich freizulassen, weil ich nichts Unrechtes getan hätte und weil das, was ich getan hätte, durchaus in ihrem Sinne gewesen wäre. Sie seien der Arbeiter- und Soldatenrat, der hier die Verantwortung hätte.

Doch der Gerichtsoffizier sagte nur:

"Arbeiter- und Soldatenrat? Die Verantwortung habe ich! Ich bin Offizier und ich bekomme meine Befehle von meinen höheren Dienststellen und letztendlich vom General!"

Hier war der beste Beweis, wer schon wieder die Macht in den Händen hatte. Nicht der Arbeiter und Soldatenrat! Und das zwei Monate nach der Revolution!

So war die Novemberrevolution durch rechte Führer der SPD abgewürgt worden. In Verhandlungen zwischen ihnen und den Monopolherren und in Ost- und Westpreußen mit den Rittergutsbesitzern, den Grafen und Baronen, die nicht nur ihre Güter, sondern auch ihre Macht behielten.

Ich wurde zu einem Jahr Festungshaft verurteilt. Man höre und staune: vom Feldkriegsgericht der 41. Infanterie-Division in Marienburg. Das war alles noch intakt, der ganze militärische Apparat. Er war nie entmachtet worden!

Ich kam nach Königsberg ins Festungsgefängnis Vorstein und habe dort das Jahr Festung abgemacht.

Dort waren ungefähr 400 Gefangene. Zum Teil politische, zum Teil auch andere, aber es war eine verhältnismäßig starke Spartakusgruppe dort, die aus gleichen oder ähnlichen Gründen wie ich verurteilt worden war. Auch Sozialdemokraten, die als Soldaten im Arbeiter- und Soldatenrat wirksam waren. Sie waren wegen "Plündererei" (!) angeklagt worden, weil sie in einem Betrieb zum Generaldirektor gesagt hatten: "Jetzt wird so produziert, wie wir es für richtig halten!"

Der Leiter unserer Spartakusgruppe war ein Maat. Er war von der "Goeben". (Dieses Schiff hatte im Ozean Kaperfahrten gemacht.) Er war auch wegen solcher Geschichten wie wir angeklagt und verurteilt worden. Drei Jahre hatte er bekommen.

Damals war - wie gesagt - die KPD schon gegründet und wir hatten unsere Mitgliedskarten erhalten. Natürlich im Festungsgefängnis illegal. Diese Mitgliedskarte war unser ganzer Stolz. Schön sah sie aus: eine steife Karte, und darauf stand: Kommunistische Partei Deutschlands, dahinter in Klammern: Spartakusbund und darunter: Mitgliedskarte. Ich habe sie in der Nazizeit leider nicht retten können.

Im November des Jahres 1919 beschloß die Parteileitung auf der Festung unter Leitung dieses Maats von der "Goeben" die Verbindung nach außen aufzunehmen. Ich bekam den Auftrag, mich krank zu melden, um so nach Königsberg zu kommen. Dort sollte ich eine Adresse erhalten, an die ich mich wenden könnte, um die Verbindung herzustellen.

„Ja, welche Krankheit sollte ich mir aussuchen, welche? Das Nächstliegende: Zahnschmerzen. Ich hatte aber ein wirklich prachtvolles Gebiß!

Morgens beim Appell trat ich vor, sagte, daß ich Zahnschmerzen hätte. Der Festungskommandant entschied, ein Gefreiter vom Freikorps, das die Wache stellte, sollte mich hinausbringen.

Im November lag dort schon hoher Schnee. Wir stampften vom Fort bis nach Königsberg. Eine Stunde. Wie das so ist, die Disziplin selbst in diesem Freikorps war nicht die einer regulären Armee. Ich sprach mit dem Gefreiten und bat ihn, daß ich auf dem Rückweg einen Freund aufsuchen könnte. Der Gefreite sagte: "Na gut, das machen wir."

Ich kam nach Königsberg. Die Zahnstation war in der Kaserne des 1. Grenadier-Regiments. Dieses Regiment war berüchtigt wegen seines kaisertreuen Offizierskorps.

Ein Offizier, der Zahnarzt war, sagte: "Platznehmen, wo tut's weh?" Ich antwortete: "Hier und da unten."

Er guckte mich an. Wir Festungsgefangenen hatten eine Uniform ohne Abzeichen, wir waren ja Soldaten zweiter Klasse. Wir trugen so ein marineähnliches Jäckchen mit weißen Schulterklappen und blaue Hosen. Er erkannte natürlich sofort, daß ich aus der Festung kam.

Dann besah er sich meine Zähne, holte sich ein Instrument und - ohne daß ich wußte wie mir geschah - kniff er mir auf jeder Seite zwei Kronen der Zähne ab! Ohne Betäubung! Ich habe natürlich aufgeschrien wie ein Stier.

Jetzt saß ich da. Auf jeder Seite unten zwei Kronen abgekniffen.

Ganz benommen ging ich hinaus und erfüllte meinen Auftrag, die Verbindung herzustellen. Wir beratschlagten noch dieses und jenes, verständigten uns, wie und wo wir uns weiter treffen könnten. Der Freikorps-Gefreite saß in einem anderen Zimmer und sagte nichts. Als ich meine Sache erledigt hatte, brach ich mit ihm auf.

Eine Stunde zurück im Schnee. Das Natürlichste geschah, ich bekam eine Kiefernvereiterung. Im Festungsgefängnis lagen wir in Katakomben unterhalb des Wasserspiegels. Alles feucht. Das wirkte auf die Entzündung und ich bekam wahnsinnige Schmerzen.

Da konnte ich nun die rührende Fürsorge von Genossen kennenlernen. Unser Maat, der Leiter der Parteigruppe war, nahm mich auf seine Pritsche und legte meinen Kopf an seine Brust. Seine Körperwärme linderte die Schmerzen der Entzündungs-herde.

Wir hatten mit den Königsberger Genossen einen Ausbruchversuch verabredet. Dieser wurde auch durchgeführt. Im Handumdrehen war die ganze Festungswache entwaffnet. Doch es gab einen Beschluß, daß alle, die nur noch bis zu drei Monate abzusetzen hatten, sich nicht aktiv an der Aktion beteiligen sollten, damit, wenn es schiefgehen würde, nicht noch ein paar Jahre dazu kämen. Zu dieser Gruppe gehörte auch ich, denn es war November und ich sollte im Januar entlassen werden. Wir hatten dafür zu sorgen, daß die Schließer, die entwaffnet waren, nicht wieder hinaus kämen.

Die Aktion mißlang aber. Viele hatten zwar fliehen können, wurden jedoch wieder eingefangen, denn es war Kavallerie eingesetzt worden. Es hagelte sehr hohe Strafen, nicht unter fünf Jahren.

(.....)

(1) So hieß es im Manifest des Außerordentlichen Internationalen Sozialistenkongresses Basel vom 24./25. November 1912: "Die Internationale hat auf ihren Kongressen von Stuttgart und Kopenhagen für, das Proletariat aller Länder als leitende Grundsätze für den Kampf gegen den Krieg festgestellt: ‚Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.' "

(2) Von 1905, d. Verf.

(3) Kriegsverwendungsfähig

(4) USPD = die im April 1917 gegründete "Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschland". Den Hauptanteil an der Mitgliedschaft stellten ehemalige Mitglieder der SPD, die für den sofortigen Frieden eintraten und sich deshalb von der den Krieg unterstützenden Politik des SPD-Führung abgewandt hatten.

Max Reimann: "Streiflichter aus dem Leben eines Kommunisten" (nach 1945)

Auszüge aus der Max Reimann-Biografie von Franz Ahrens, Hamburg 1968

(....)

Der Polizei ein Schnippchen geschlagen

Josef Ledwohn erinnert sich gut der Anfangszeit 1945:

Überall fanden sich sofort Genossen, die die Parteiarbeit neu zu organisieren begannen. Ich wurde wieder in meiner alten Heimatstadt Ahlen und im Unterbezirk Hamm tätig und ab Ende April auf Bezirksebene in Essen. Dort hörten wir - Adolf Prinz, Walter Jarreck, Max Schäfer, Heinz Renner, ich und viele andere -, daß Max Reimann zur Führung der Partei ins Ruhrgebiet kommen werde. Natürlich freute ich mich sehr, meinen alten Freund und Genossen Max wiederzusehen. In Gelsenkirchen-Buer, in einem improvisierten Büro einer Privatwohnung, begegnete ich ihm. Viel hatten wir uns zu sagen. Auf langen Spaziergängen erzählte ich Max meine Geschichte, und ich erfuhr viele Einzelheiten seines antifaschistischen Kampfes.

Aber das war doch nicht die Hauptsache, obwohl wir mit Max immer wieder im persönlichen Kreis Ahlener und Hammer Genossen, u. a. Alfred Zeidler, Kurt Goldstein, Hanna Meltzer, auch unsere persönlichen Erfahrungen austauschten. Max war erfüllt von den Grundgedanken des Aufrufes des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945. Es ging darum, die Partei auf dieser Grundlage aufzubauen und zu entwickeln. Max war tief durchdrungen von der Aufgabe, einen neuen demokratischen Anfang zu machen und dafür Sorge zu tragen, daß die Partei, die Kommunisten auf allen Ebenen in den Betrieben, Gemeinden, Regierungsbezirken und im Land mitarbeiten mußten, um zunächst das Leben wieder in Gang zu bringen und zu normalisieren.

Eine Hauptsorge Max Reimanns galt dem Aufbau kampfkraftiger Einheitsgewerkschaften. Im Ruhrgebiet handelte es sich hauptsächlich um die Gewerkschaft der Bergarbeiter. Um was es auch immer ging in den damaligen ersten Jahren, um Lohn, Lebensmittelversorgung oder um die Mitbestimmung - immer hat Max Reimann mit der Leitung im Ruhrgebiet und mit den Genossen, die damals führend in der IG Bergbau tätig waren, wie Willi Agatz, Hans Schiwon und Walter Jarreck, gründlich beraten, was getan werden muß.

Im Landtag: Es ging um die vier Ds

Ich erlebte Max Reimann als Mitglied des Landtages in Nordrhein Westfalen, in dem er in den großen Debatten um die Dekartellisierung, Denazifizierung, Demilitarisierung und Demokratisierung - die vier großen D des Potsdamer Abkommens - der Wortführer war. Maßgeblichen Anteil hat Max Reimann auch bei der Ausarbeitung des eigenen Verfassungsentwurfs der KPD für das Land Nordrhein Westfalen und des Gesetzes zur Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum gehabt.

Als Marxist und Leninist war Max Reimann damals schon von tiefem Mißtrauen gegenüber den imperialistischen Besatzungsmächten erfüllt. Er warnte vor Leichtgläubigkeit ihnen gegenüber, er zeigte das Komplott auf zwischen den imperialistischen Generalen und den geschlagenen Monopolherren, die um ihrer ökonomischen und politischen Macht willen die nationalen Interessen Deutschlands verrieten und Kurs auf Restauration und die Spaltung Deutschlands nahmen.

Im Jahre 1948, als bereits ein auf Anordnung der britischen Besatzungsmacht erlassener Haftbefehl gegen Max Reimann vorlag, starb einer seiner Brüder. Er wurde in Ahlen beerdigt. Max wollte natürlich seinem Bruder die letzte Ehre erweisen. Die Parteileitung stimmte zu mit der Festlegung, alles zu tun, um eine Verhaftung zu verhindern.

Max erschien mit einer kleinen, zuverlässigen Begleitung am Grab seines Bruders. Auf dem Ostfriedhof waren, wie vermutet, zahlreiche Kriminalbeamte und Militärpolizisten der britischen Armee anwesend.

Die Trauerfeier selbst ging ohne Eingriff zu Ende. Wie aber sollte Max wegkommen? Unsere Genossen hatten die Lage gut geprüft. Auf dem Friedhof waren alle Hauptwege und alle Eingänge zum Friedhof von der Polizei besetzt. An der dichten Hecke, die den Friedhof umschloß, gab es in der Nähe der Grabstelle einen schmalen, für den Uneingeweihten unbekanntem Durchschluß. An dieser Stelle wurde auf der anderen Seite, auf der Straße, ein schnelles Auto mit laufendem Motor postiert.

Als die Trauerfeier zu Ende war, drängte Max in der Menge zur Hecke, schlüpfte durch und fuhr in schnellem Tempo ab. Ehe sich die verdutzte Polizei - die deutsche und die britische - ebenfalls in die Autos stürzte, hatte Max schon einen guten Vorsprung.

Es begann dann im ganzen Land eine militärisch geleitete Hetzjagd. Schwerebewaffneter Militärpolizei gelang es nach drei Tagen, Max Reimann festzusetzen.

Wieder inhaftiert

Als Max Reimann im Gefängnislazarett in Werl lag, besuchte ich ihn. Welche Erinnerung! Das erste Mal war ich in Werl im Dezember 1933 gewesen, nach meinem Urteil über zweieinhalb Jahre Zuchthaus. Dann kam ich später ins Moor - nach Neusustrum und Aschendorf. 1936 kam ich das zweite Mal nach Werl - und jetzt zum dritten Mal, zum Besuch bei Max. Ihm ging es gesundheitlich nicht gut. Trotzdem hielten die britischen Besatzer ihn in Haft.

Max Reimanns Kerkerhaft im britischen Militärgefängnis war ein sichtbarer Ausdruck dafür, daß die Anti-Hitler-Koalition zerbrochen war. Die USA und Großbritannien hatten den kalten Krieg begonnen.

Statt des Bündnisses mit der Sowjetunion gegen den deutschen Faschismus hatten die Imperialisten eine neue Koalition geknüpft: die Allianz zwischen den deutschen faschistischen Konzernherren, ehemaligen faschistischen Generalen und den impe-

rialistischen Befehlsgebern, mit deren Monopolherren, besonders denen der USA, im Rücken. Damit begann ein neuer Zeitabschnitt.

Die kurze Zeit eines Versuchs der Volkskräfte, einen demokratischen Anfang zu machen, wurde brutal beendet. Die Macht des Großkapitals wurde aufgerichtet und ein neuer Abschnitt der Verfolgung der KPD begann. Der Antikommunismus wurde erneut, wie bei den Faschisten, hochgepeitscht.

Es ist das große Verdienst Max Reimanns, wesentlich dazu beigetragen zu haben, daß die Partei fest geschmiedet wurde, die Mitglieder und Funktionäre im Geiste des Marxismus Leninismus erzogen wurden. Seine Analysen auf den Konferenzen, Parteivorstandssitzungen und auf dem Münchener Parteitag 1951 orientierten die Partei auf die wichtigsten Aufgaben jener Zeit, auf den Kampf um die Einheit der Nation, den Kampf um Frieden, um die Demokratisierung, wobei Max Reimann immer und mit besonderer Anteilnahme die Sorge der Partei um den materiellen Lebensstandard des werktätigen Volkes betonte.

In diesem Geist erzogen, hat die Partei allen Angriffen standgehalten, ging sie gerüstet nach dem Verbot 1956 erneut in die Illegalität, in der nach wiederum 12 Jahren jetzt stärker denn je bewiesen wird, daß in der Bundesrepublik die Arbeiterbewegung und das Volk eine legale marxistisch leninistische Partei brauchen.

Es sei mir gestattet, diesen Erinnerungen an frühe Begegnungen und ernste Erlebnisse wohl auch ein Wort über persönliche Eindrücke und Neigungen anzufügen.

Max Reimann ist ein angenehmer Mensch. Er liebt die Geselligkeit. Wenn er Freunde um sich hat, fühlt er sich am wohlsten. Das Gespräch ist für ihn ein Lebensbedürfnis.

Er selbst ist dabei unerschöpflich in der Argumentation.

Obwohl zu jeder Zeit von seinen Aufgaben erfüllt, die er als Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPD hat, kann er abschalten und sich ganz dem familiären Kreis widmen. Er besitzt viele Bücher über alle Wissensgebiete, mit denen er auch zeit seines Lebens gearbeitet hat. Er ist ein typischer Autodidakt.

Seine Neigung gilt der Musik. Ich glaube, er liebt nicht nur die Musik, sondern er ist auch selbst sehr musikalisch. Zur Überraschung vieler Genossen zeigt sich Max Reimann bei entsprechenden Gelegenheiten als flotter, eleganter Tänzer.

Er liebt - so er die Zeit dazu hat - das Pilzesammeln und das Angeln. Im letztgenannten Sport hat er sich sogar einen beachtlichen Ruf erworben.

Ich habe das selbst erlebt. Einmal waren wir zufällig zusammen an einem See im Urlaub. Max natürlich mit voller Angelausrüstung. In aller Ruhe - wie nützlich für die Erholung - wurde die Angelrute vorbereitet. Maiskörner an die Haken, mit gekonntem Schwung 30 bis 40 m die Haken in den See geworfen. So, alles war klar.

Eine Reihe Ruten stehen schön nebeneinander. Die Schnur an der Spitze jeweils ein wenig eingezogen und ein geknicktes Schilfrohr drangehängt, die Aufpasser. Ich sehe Max im Halbdunkel, wie er auf seinem Stühlchen sitzt. Nichts rührt sich. Es wird

dunkel. Es ist bald Mitternacht. Trotz der Mücken ein schöner Abend. Auch wenn nichts gefangen wurde.

Aber Max ist hartnäckig. Er versucht es morgens wieder. Um 4.00 Uhr ist er wieder da. Wieder die drei Ruten, wieder vier Stunden, aber die Fische verschmähen den Köder.

Doch dann, am anderen Abend, gerade, als wir uns schon damit abgefunden und getröstet hatten, daß Angeln auch ohne Ergebnis ein schöner Sport sei, beginnt plötzlich der Aufpasser zu hüpfen. Nicht den Bruchteil einer Sekunde zu spät hat Max die Rute in der Hand. Sie biegt sich fast um 90 Grad. Es muß ein schwerer Brocken sein. Tatsächlich, als der Karpfen im Käscher landet, erweist er sich als ein Prachtexemplar von etwa sechs Pfund.

Ein Mosaikstein für seinen Anglerruf. Aber es ist wahr, außer diesem Karpfen hat Max in diesem Urlaub noch einige andere dazu gefangen.

Mit Heinz Renner im Parlamentarischen Rat

Über Max Reimanns Tätigkeit im Parlamentarischen Rat hatte sein Fraktionskollege Heinz Renner in seinen leider durch seinen Tod nicht mehr vollendeten Memoiren die folgende Episode festgehalten:

Am 1. September 1948 trat in Bonn der Parlamentarische Rat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Als Alterspräsident fungierte der Hamburger Senator Adolf Schönfelder.

Er begrüßte "in erster Linie die Vertreter der Militärregierung". Dabei sprach er aus, daß deren Vollmachten die Abgeordneten in den Stand gesetzt hätten, hier als Parlamentarischer Rat zu tagen.

Er begrüßte weiter "hohe Würdenträger der Kirche", die Vertreter der Regierungen und Verwaltungen und insbesondere die Herren Ministerpräsidenten der Tri-Zone, die "in monatelangen Verhandlungen die Mittler zwischen dem deutschen Volk und den Militärregierungen gewesen sind und die auch diese Tagung vorbereitet haben".

An die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates gerichtet, stellte er fest, daß "diese Körperschaft in ihrer Eigenschaft kein Beispiel und kein Vorbild in der Geschichte hat. Wir sind weder nach der Art unserer Wahl noch nach der uns gestellten Aufgabe ein Parlament im üblichen Sinne ... Wir sind von den Landtagen, der Länder gewählt, aber, wie ich meine, nicht als Vertreter der Länder und ihrer Interessen, sondern als Vertreter des ganzen deutschen Volkes, wenigstens des Teiles, der in der Tri-Zone lebt."

Dann kam der sattsam bekannte Höhepunkt:

"In unserem Bekenntnis zur Einheit Deutschlands sind wir in den Westzonen unerschütterter. Wir lassen uns in dem heißen Willen, diese Einheit zu errichten,

von niemand übertreffen, und von diesem Willen werden wir uns auch bei unserer Arbeit leiten lassen."

Anschließend erfolgte die eigentliche Konstituierung des Parlamentarischen Rates durch Namensaufruf der einzelnen Abgeordneten. Dann wurde das Präsidium gewählt.

Im Namen der CDU/CSU-Fraktion schlug der Abgeordnete Dr. Pfeiffer dem Hohen Haus zur Wahl als Präsidenten des Parlamentarischen Rates den Abgeordneten Dr. Konrad Adenauer vor. Als 1. stellvertretenden Vorsitzenden schlug der Abgeordnete Dr. Schmid (SPD) seinen Fraktionskollegen Schönfelder vor.

Als 2. Stellvertreter schlug Dr. Heuß von der FDP den Abgeordneten Dr. Schäfer vor.

Alterspräsident Schönfelder ließ abstimmen, nicht mit verdeckten Stimmzetteln, wie das vorgeschlagen war, sondern durch Akklamation. Er stellte die einstimmige Annahme fest. Der Abgeordnete Max Reimann mußte ihn darauf aufmerksam machen: Zwei Stimmen Enthaltungen. Dann kam der erste "Berlin-Vorstoß".

Abgeordneter Dr. Schmid erbat das Wort:

"Ein Parlament, das den Auftrag hat, in dem Teil Deutschlands, in dem das deutsche Volk in wenigstens relativer Freiheit und Selbstbestimmung von dem Rechte Gebrauch machen kann, die Ausübung seiner Hoheitsbefugnisse selbst zu organisieren, wäre unvollständig, wenn darin nicht Berlin vertreten wäre.

Wir haben hier miteinander ein gesamtdeutsches Anliegen zu erfüllen, wenngleich vorläufig auf beschränktem Raum und mit beschränkter sachlicher Reichweite. Darum sollte hier das gesamte deutsche Volk vertreten sein, soweit es die Möglichkeit hat, Vertreter aufzustellen und hierher zu senden. Umstände, die zu ändern außerhalb unseres Vermögens steht, machen es heute noch unmöglich, andere als die hier vertretenen deutschen Länder und Berlin mit vollberechtigten Vertretern an unseren Arbeiten zu beteiligen. Uns aber von den Berlinern wenigstens beraten zu lassen, von diesem Teil des deutschen Volkes, der mehr als irgendein anderer gezeigt hat, daß man für die Freiheit Opfer bringen muß, wenn man sie verdienen will, wird uns niemand verwehren können. Ich bitte Sie daher namens der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, folgendem Antrag ihre Zustimmung zu geben:

Der Parlamentarische Rat wolle beschließen, die Delegierten Berlins, nämlich die Herren Jakob Kaiser, Paul Löbe, Ernst Reuter, Hans Reif, Otto Suhr einzuladen, an den Arbeiten des Parlamentarischen Rates als Gäste mit beratender Stimme teilzunehmen."

Der Abgeordnete Max Reimann gab Dr. Schmid auf diesen Versuch, die Geschichte des Zustandekommens des Parlamentarischen Rates und die ihm gestellte Aufgabe der Spaltung Deutschlands und den tatsächlichen Status Berlins zu verfälschen, sofort eine treffende Antwort. Laut Protokoll über die erste Plenarsitzung des Parlamentarischen Rates vom 1. September 1948 erklärte er unter anderem:

"...Der Parlamentarische Rat ist auf Grund der Londoner Empfehlungen zusammengesetzt worden, um einen westdeutschen Staat zu schaffen und diesem westdeutschen Staat eine Verfassung zu geben. Somit wird Deutschland gespalten. Wir sind der Auffassung, daß gerade was die Stadt Berlin anbelangt, wir in der jetzigen Situation äußerste Vorsicht beobachten müssen. Es hat keinen Zweck, wenn wir als Deutsche die sich anbahnenden Verhandlungen der alliierten Großmächte durch einen solchen Akt stören ...

Ich stelle daher folgenden Antrag:

Der Parlamentarische Rat stellt seine Beratungen über eine separate westdeutsche Verfassung ein.

Begründung:

1. Die Bildung des Parlamentarischen Rates erfolgte auf der Grundlage der Londoner Empfehlungen. Diese aber verstoßen gegen die völkerrechtlich bindenden Verträge von Jalta und Potsdam.

In diesen Verträgen haben die vier Großmächte die Ausübung der staatsrechtlichen Souveränität in Deutschland mit der Verpflichtung übernommen, für die Errichtung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands zu sorgen und dann die Souveränität an das deutsche Volk zurückzugeben. Bis zu diesem Zeitpunkt könnten staatsrechtliche Veränderungen nur durch alle vier Großmächte gemeinsam vorgenommen werden.

2. Der Parlamentarische Rat hat kein Mandat vom deutschen Volk. Er ist sogar gegen den Willen der Mehrheit aller Deutschen errichtet worden. Das deutsche Volk will eine einheitliche demokratische Republik mit einer Verfassung, die von einer durch das ganze deutsche Volk gewählten Nationalversammlung ausgearbeitet und dann dem Volke zur Abstimmung vorgelegt wird..."

Der Abgeordnete Reimann wies dann darauf hin, daß sich in Moskau die Vertreter der vier Großmächte darum bemühen, eine gemeinsame Lösung für ganz Deutschland zu finden. "Die Einigung der Alliierten liegt im Interesse des deutschen Volkes ... Daher sollten die deutschen Politiker es vermeiden, Handlungen zu begehen, die diese Einigung stören. Die gemeinsamen Verhandlungen der Alliierten über Deutschland werden durch die Schaffung einer separaten Verfassung, die das sogenannte Grundgesetz darstellt, torpediert. Es sollen dadurch fertige Tatsachen geschaffen werden."

Abschließend wiederholte Max Reimann den Antrag der Kommunistischen Partei Deutschlands, die Beratungen des Parlamentarischen Rates über eine westdeutsche Verfassung ebenso wie über eine westdeutsche Regierung sofort einzustellen. Er schlug vor, daß die Vertreter aller demokratischen deutschen Parteien in Verbindung mit dem Deutschen Volksrat den Alliierten einen einheitlichen deutschen Vorschlag über die Bildung einer einheitlichen deutschen demokratischen Republik vorlegen.

Mit Berlin, aber ohne den Osten?

Im Anschluß hieran dürfte der folgende Hinweis interessant sein, der klar aussagt, daß West Berlin selbst von den West-Alliierten niemals als ein Teil der Bundesrepublik betrachtet worden ist.

Als Berichterstatter des Hauptausschusses für das Plenum des Parlamentarischen Rates hatte Adenauers späterer Außenminister von Brentano (CDU) an dem Bericht zum Entwurf des Grundgesetzes für die Bundesrepublik (Drucksache Nr. 850 854) mitgearbeitet. In dem von Brentano zusammengestellten Abschnitt Übergangs- und Schlußbestimmungen heißt es auf Seite 103:

"Bezüglich Berlins wurde von den Militärgouverneuren mit Schreiben vom 5. Dezember 1949 erklärt, daß Berlin keine abstimmungsberechtigte Mitgliedschaft im Bundestag oder Bundesrat erhalten und auch nicht durch den Bund regiert werden wird, daß es jedoch eine beschränkte Anzahl Vertreter zur Teilnahme an den Sitzungen dieser gesetzgebenden Körperschaften benennen darf."

Aus diesen Feststellungen geht eindeutig hervor, daß sich bereits die westlichen Militärgouverneure und zumindest seinerzeit auch der Herr Brentano völlig darüber im klaren waren, daß West Berlin "nicht durch den Bund regiert werden wird".

Diese Rechtslage hat sich seit 1949 in keiner Weise geändert.

Wie Deutschland gespalten wurde

Die wenigsten wissen heute noch, wie Deutschland eigentlich gespalten wurde. Interessant dürften deshalb wohl die folgenden Betrachtungen Max Reimanns sein, die er kürzlich niederschrieb. Es handelt sich um Geschehnisse im Parlamentarischen Rat, der auf Geheiß der westlichen Besatzungsmächte Ende 1948 eine Verfassung für die drei damals noch bestehenden Westzonen auszuarbeiten hatte. Max Reimann schrieb darüber:

Auf der im November/Dezember 1947 in London tagenden Außenministerkonferenz der vier Mächte wurden, von den USA, England und Frankreich alle Vorschläge der Sowjetunion abgelehnt, einen Friedensvertrag zu beschließen und entsprechend dem Potsdamer Abkommen gemeinsame zentrale deutsche Verwaltungen zu schaffen.

Jede Einheit im Zeichen einer antifaschistischen Demokratie war offensichtlich für die deutsche Großbourgeoisie und ihre, ausländischen Verbündeten unannehmbar. Darum betrieben sie im Bunde mit den imperialistischen Besatzungsmächten, besonders den USA, über die Bi- und Tri-Zone die Schaffung eines separaten westdeutschen Staates als Barriere gegen den gesellschaftlichen Fortschritt. Der heutige Minister für Bundesangelegenheiten, Carlo Schmid, erklärte zu dieser Zeit aufschlußreich: Die Amerikaner wollen lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb." Damit spielte Carlo Schmid auf die, demokratischen Veränderungen an, die in der damaligen sowjetischen Besatzungszone im Geist und Buchstaben des Potsdamer Abkommens erfolgreich vollzogen wurden.

Der bizonale Wirtschaftsrat, bereits am 11. September 1946 in Frankfurt am Main auf Betreiben der Amerikaner gebildet, wurde als Wirtschaftsinstrument getarnt. Aber sein Verwaltungsrat hatte die Funktion einer Exekutive, der aus 16 Mitgliedern gebildete Rat der Länder, die einer föderativen zweiten Kammer. Das war schon im Keim die heutige staatliche Konstruktion des westdeutschen Staates, zunächst ohne Verfassung und ohne jedes Souveränitätsrecht. Die Rechte lagen ausschließlich bei den westlichen Besatzungsmächten. Hier war der erste Kreuzweg, an dem die deutsche Großbourgeoisie in Übereinstimmung mit den Westmächten sich für die Spaltung entschied.

Als am 2. März 1948 die Wahl des Vorsitzenden des Verwaltungsrates Dr. Pünder (CDU) und der Verwaltungsdirektoren, darunter Prof. Erhard, vollzogen wurde, stellte ich im Namen unserer kommunistischen Fraktion einen Antrag, um die staatsrechtliche Position des Wirtschaftsrates zu klären. Unser Antrag hatte den folgenden Wortlaut:

Gegen die Spaltung Deutschlands

"Die von der amerikanischen und englischen Militärregierung erlassene Proklamation vom 9. Februar 1948 bezweckt eine staatsrechtliche Veränderung Westdeutschlands gegenüber Gesamtdeutschland ... Die Proklamation verhindert eine zukünftige gesamtdeutsche Regelung und, führt zur Abspaltung Westdeutschlands.

Daher erkennen die Abgeordneten die von der amerikanischen und englischen Militärregierung erlassene Proklamation nicht an. Die Abgeordneten erklären sich demgegenüber für die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands und wünschen, daß die Alliierten dem deutschen Volk einen Volksentscheid erlauben, durch den es selbst bestimmt, wie es seinen demokratischen Staat aufbauen will."

Gegen den Antrag sprach der sozialdemokratische Abgeordnete und heutige Vizepräsident des Bundestages, Erwin Schöttle. Er forderte den Übergang zur Tagesordnung und erklärte wörtlich: "Wir sind nie um unsere Zustimmung gefragt worden, und wenn wir gefragt worden wären, hätten wir erklärt: Das zu entscheiden ist eure Sache." Damit wollte, die rechte SPD Führung ihre aktive Mitwirkung beim Akt der Spaltung vertuschen.

Das war damals überhaupt die Methode. Man versteckte sich hinter dem Rücken der Besatzungsmächte und handelte im Auftrage oder, wie es damals treffend im Volksmund für solche Politiker hieß: als alliiertes Hilfspersonal. Am 20. April 1948 wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht eine Gruppe von deutschen Bankspezialisten, unter ihnen Pferdmeiges, Abs, Dr. Blücher, Prof. Erhard, insgeheim nach der amerikanischen Kaserne in Rothwesten bei Kassel gebracht. Diese Kaserne wurde mit hohem Stacheldraht umgeben und von einem starken Aufgebot amerikanischer Militärpolizei bewacht. Sie ging in die Geschichte als Konklave von Rothwesten ein. Entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens wurde dort festgelegt, die einheitliche deutsche Währung zu zerstören. Das war der erste Schritt zur Spaltung Deutschlands.

Hitlers Wehrwirtschaftsführer bereiteten Währungsreform und Spaltung vor

Es waren die ehemaligen Wehrwirtschaftsführer Hitlers, die im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Macht die deutsche Währung und die Wirtschaft spalteten und später mit Hilfe des Parlamentarischen Rates politisch die Spaltung Deutschlands vollzogen. Es waren jene Leute, an deren Händen das Blut von Millionen Menschen aus allen Ländern Europas klebte.

Wie erbärmlich sie handelten, geht auch daraus hervor, daß die Geldscheine der neuen Währung in der Staatsbank Amerikas in Washington gedruckt und - abgesichert durch amerikanische Kriegsschiffe - heimlich nach Bremen gebracht wurden, um dann in die Tresors der Bankherren gelegt zu werden. Dieses neue Geld wurde durch die Festsetzung der Währungsparität 1 Dollar = 4,20 Mark an den amerikanischen Dollar gebunden. Als ich bei einer Gelegenheit Herrn Dr. Blücher fragte, wer diese Milliarden und die Milliarden aus dem Marshallplan einmal bezahlen soll, antwortete er mir: "Darüber machen wir uns jetzt noch keine Sorgen, Herr Reimann. Wenn wir erst einmal mit diesen Geldern unsere ökonomische und politische Macht hergestellt haben, dann werden wir mit den Amerikanern reden."

Für die Konzerne wurde in der amerikanischen Kaserne von Rothwesten ihr Anlagekapital von Reichsmark auf D-Mark ohne Verluste umgestellt. Sie realisierten so ihre gewaltigen Kriegsgewinne aus dem zweiten Weltkrieg. Das Umstellungsverhältnis - die Aufwertung - betrug beispielsweise bei solchen Rüstungskonzernen wie Mannesmann 1 : 2 und bei der Gute-Hoffnungs-Hütte sogar 1 : 3,1. Die Ersparnisse der Bevölkerung aber wurden durch die Währungsreform im Verhältnis 100 : 6,5 abgewertet.

Zu dieser Zeit trat Adenauer als Vollstrecker der Spaltung in Aktion. Am 1. April 1948 erklärte er auf einer Vorstandssitzung der CDU, "daß die deutsche Einheit vom Westen her wieder aufgebaut werden müsse ... Das entscheidende politische Geschehen spiele sich in den Westzonen ab." Sein Plan bestand darin, den Westen Deutschlands abzuspalten, die Herrschaft der deutschen Imperialisten wiederzuerrichten, Westdeutschland wieder aufzurüsten, um im Bündnis mit den USA dann den Osten Deutschlands wiederzuerobern und Osteuropa "neuzuordnen".

Ich erinnere mich noch, wie am 7. April 1948 der konservative britische Militärgouverneur Robertson jene Abgeordneten, unter denen sich auch Dr. Adenauer befand, die zur Spaltung bereit waren, mit den Worten ermunterte: "Wir bieten Ihnen ... unsere Zusammenarbeit an. Lassen Sie sich von Unruhestiftern, die ‚Kollaborateur‘ schreien, nicht einschüchtern." Ich wurde damals, weil ich diese nationalen Verräter als "alliiertes Hilfspersonal" bezeichnet hatte, von einem britischen Militärgericht verurteilt. Das war zu der Zeit, als der sogenannte Parlamentarische Rat, dessen Vorsitzender Dr. Adenauer war, das Grundgesetz beriet, mit dem Deutschland politisch gespalten wurde.

Grundgesetz im Auftrag der Besatzungsmacht geschaffen

Die Ausarbeitung der Verfassung, des Grundgesetzes, ist, wie die wenigsten heute noch, wissen, keineswegs im Auftrag des deutschen Volkes erfolgt. Die Bevölkerung war überhaupt nicht gefragt worden. So konnte später denn auch ein bekannter Staatsrechtler seinen Kommentar zum Grundgesetz mit den Worten beginnen: "Am

Anfang stand die Weisung!" Nämlich der Besatzungsmächte! Die Bevölkerung hatte überhaupt keine Möglichkeit, sich in demokratischer Selbstbestimmung zu diesem tiefen Einschnitt zu äußern. Die Mitglieder des Rates wurden in, den Landtagen der Länder der Trizone bestimmt. Es ist darum eine große Irreführung, wenn es in der Präambel des Grundgesetzes heißt, das deutsche Volk habe diese Verfassung in freier Selbstentscheidung beschlossen. Vielmehr stand am Anfang der Befehl der Besatzungsmächte. Treffend charakterisiert Karl Jaspers die Methoden, mit denen die Entscheidungen vollzogen wurden: "Das Volk wußte gar nicht, was ihm geschah, und wirkte nicht mit."

Der Verfassungsgrundsatz, wonach alle Staatsgewalt vom Volke auszugehen hat, ein Grundsatz, der auch im Artikel 20 des Grundgesetzes enthalten ist, war somit schon in der Geburtsstunde des westdeutschen Staates nur ein Lippenbekenntnis.

Es war überhaupt kennzeichnend, daß der Parlamentarische Rat in seinen Entscheidungen nicht souverän war. Am 30. September 1948 ließen die Militärgouverneure die Katze aus dem Sack. Sie erklärten, daß der Rat keine Ermächtigung hätte, von den ihm kraft Besatzungsrecht übertragenen Aufgaben abzuweichen. Am 19. Oktober 1948 wurden Befehle über die Verteilung der Machtbefugnisse zwischen Bund und Ländern unterbreitet. In einer Denkschrift an Adenauer vom 22. November des gleichen Jahres wurde dem Rat sogar ein ganzer Befehlskatalog übergeben. Die Militärgouverneure erklärten, nur unter diesen Bedingungen ihre Zustimmung zum Grundgesetz zu erteilen.

Zwei Ereignisse im Parlamentarischen Rat waren vor allem bezeichnend für den von der Reaktion vorgezeichneten Weg der Bundesrepublik als eines aggressiven und hochgerüsteten Staates. Es wurde die Tür zur Remilitarisierung geöffnet und es wurde die Spaltung besiegelt.

Ächtung des Krieges und des Kriegsdienstes als Verfassungsgrundsatz gefordert

Im Entwurf des Grundgesetzes gab es keine Festlegung, den Krieg zu ächten und die Rüstung zu untersagen. Es war aber ein Absatz vorhanden, daß zur Kriegführung bestimmte Waffen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden dürfen. Das war für die Schuldigen am zweiten Weltkrieg, deren ökonomische und politische Macht ständig anwuchs, die Öffnung der Tür zur Wiederaufrüstung. Das konnten wir Kommunisten nicht hinnehmen.

Durch unseren Genossen Heinz Renner beantragten wir, den Passus aufzunehmen:

"Der Krieg ist geächtet. Kein Staatsbürger darf zum Kriegsdienst gezwungen werden."

Unser Antrag wurde zunächst zurückgestellt, aber später ganz abgelehnt. Statt dessen wurde eine Formulierung der SPD in das Grundgesetz eingebaut, wonach niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden kann. Der wesentliche Grundsatz, den Krieg zu ächten, wurde unter den Tisch gefegt.

Der Parlamentarische Rat lehnte auch unseren Antrag ab, auf die Verabschiedung, des Grundgesetzes zu verzichten und stattdessen Verhandlungen mit den Vertretern der damaligen sowjetischen Besatzungszone in Braunschweig über die Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung aufzunehmen.

In den entscheidenden Stunden vor der Verabschiedung des Grundgesetzes machte ich damals Adenauer auf die Konsequenzen seiner Handlung nachdrücklich aufmerksam. In einer von Adenauer gewünschten Aussprache und auf seine Frage, wie ich, die Situation sehe, hatte ich Adenauer gesagt: "Wenn Sie noch einen Funken deutschen Nationalgefühls besitzen, dann beenden Sie sofort die Arbeit dieses Parlamentarischen Rates, denn das Grundgesetz, das hier behandelt werden soll, bedeutet die Spaltung Deutschlands!" Adenauer, der von meiner Mahnung betroffen war, versuchte seine separatistische Vergangenheit zu vertuschen, die ich am 8. Mai 1949 mit Tatsachen belegte.

Was Max Reimann bei der Grundgesetzverabschiedung sagte

In dieser entscheidenden 10. Sitzung am 8. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verabschiedet. Ich erklärte namens der KPD, daß wir Kommunisten aus grundsätzlichen Erwägungen das Grundgesetz als eine Urkunde der Spaltung Deutschlands ablehnen. Aber ich fügte sofort hinzu, daß der Tag kommen werde, daß wir Kommunisten das Grundgesetz verteidigen werden gegen jene, die es brechen. Dieser Zeitpunkt ist heute, jedermann sichtbar, da, seitdem die Bundesregierung mit den Notstandsgesetzen das Grundgesetz in seinem Wesensgehalt zerstört hat.

Am 12. September 1951 nahm unsere Partei die Konstituierung des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe zum Anlaß, unser Verhältnis zum Grundgesetz noch einmal zu präzisieren. Wir wiesen darauf hin, daß das Grundgesetz in steigendem Maße von höchsten Bundesstellen mißachtet und durch Maßnahmen durchlöchert wurde, die sich eindeutig gegen den Sinn und den Wortlaut des Grundgesetzes richten. Die Mehrheit des Bundestages verabschiedete ein politisches Strafrecht zur Anheizung des kalten Krieges, das im schärfsten Widerspruch zum Grundgesetz stand, was später selbst vom Bundesverfassungsgericht zugegeben werden mußte.

Unsere Partei erklärte, daß wir Kommunisten unsere Zustimmung zum Grundgesetz verweigerten, weil mit ihm Deutschland gespalten und ein separater Staat gegründet wurde, um aus Westdeutschland die Hauptbasis der USA-Kriegspolitik in Europa zu machen. Unsere Partei unterstrich noch einmal, daß die Gesetzgeber im Lauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Grundgesetz brechen werden. Wörtlich heißt es in der Erklärung: Wir Kommunisten aber werden die im Grundgesetz verankerten wenigen demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes verteidigen.

Aktiv gegen jeden Verfassungsbruch

Eben auch darum, weil die KPD in der Folgezeit gegen jeden Verfassungsbruch auftrat, und um den Widerstand gegen die Remilitarisierung zu brechen, wurde die KPD verfolgt und verboten.

Treu dem proletarischen Internationalismus

Franz Ahrens schreibt: Von der ersten Stunde des Bestehens der Sowjetunion an hat Max Reimann die Bedeutung, die dieser größten geschichtlichen Umwälzung in unserem Jahrhundert zukommt, erkannt.

Während ein Kautsky der jungen Sowjetmacht nur ein paar Wochen Lebensdauer zubilligen wollte (- dann wäre angeblich der ganze Bolschewistenspuk verschwunden -), hatte der 19jährige Soldat Max Reimann schon sofort gespürt: das ist das Ereignis, das unser ganzes Leben und das aller Völker entscheidend umgestaltet!

Nicht eine Minute in seinem ganzen Leben hat er geschwankt in seinem Vertrauen zur sozialistischen Völkergemeinschaft. Zu allen Zeiten ist Max Reimann der Sache des proletarischen Internationalismus, der Völkerverständigung und des Friedens treu geblieben.

Erfüllt von der Überzeugung, daß mit der Oktoberrevolution die Weichen dieses Jahrhunderts ein für allemal auf den Sozialismus und damit auf eine glückliche Zukunft der Menschheit hin gestellt sind, empfindet Max Reimann als Schönstes in seinem Leben, daß diese Überzeugung im Verlauf der Jahrzehnte immer wieder ihre Bestätigung in der Praxis fand.

Unvergeßlich wohl für alle, die das damalige Geschehen in Bonn miterlebten, ist eine Episode, die sich am 22. September 1949 im Bundestag zutrug und in der Max Reimann wie ein Fels in der Schlacht stand, die für eine Politik des Friedens und der Völkerverständigung von den Kommunisten geschlagen wurde.

Dieser Vorfall im Bonner Bundestag verdient der Nachwelt überliefert zu werden. Er ereignete sich in einer der ersten Sitzungen des westdeutschen Bundestages überhaupt. Schon bei dieser Eröffnungssession enthüllte die dominierende Partei des westdeutschen Nachkriegsparlamentarismus, die CDU/CSU, ihre makabre Meisterschaft im antikommunistischen Show-Geschäft und zeigte sich den Verteufelungen eines Goebbels durchaus ebenbürtig.

Adenauer will den Schlusstrich unter die NS-Verbrechen ziehen und die Grenzen von 1937 wiederhaben

Zwei Tage zuvor hatte der am 15. September 1949 mit einer einzigen Stimme Mehrheit (seiner eigenen!) zum ersten Bundeskanzler gewählte Konrad Adenauer seine Regierungserklärung abgegeben. In dieser Rede wurden bereits die Weichen gestellt für den Revanchekurs, der 20 Jahre lang die offizielle Politik bestimmen sollte, wurde der Antikommunismus bereits zur Staatsdoktrin erhoben. Kommende Generationen werden bei der Lektüre dieser Regierungserklärung es sicherlich widerlich finden, wie Adenauer bemüht war, sich Liebkind zu machen bei den USA-Imperialisten.

Besonders gegen die Oder-Neiße-Linie richteten sich Adenauers Ausfälle. Wir werden uns "unter keinen Umständen damit abfinden!" rief er aus und: "Wir werden nicht aufhören, unsere Ansprüche auf diese Gebiete weiter zu verfolgen." Das trug ihm frenetischen Beifall nicht nur von den Bänken der CDU/CSU, sondern auch von Sei-

ten der neonazistischen "Nationalen Rechten"(1) ein, deren Wortführer Richter(2) denn auch - wie im Bundestagsprotokoll nachzulesen - prompt dazwischenkrähte: "Bitte auch das Sudetenland dabei nicht zu vergessen, Herr Bundeskanzler!"

In serviler Weise stattete Adenauer den USA seinen "besonderen Dank" ab und bekannte sich zum Kleineuropa. Es bestehe, so sagte er, "kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Geschichte zur westeuropäischen Welt gehören. Es gibt keinen anderen Weg als das Besatzungsstatut, wieder zur Freiheit und Gleichberechtigung zu kommen", worauf ihm der KPD-Abgeordnete Heinz Renner den Zwischenruf "Friedens-Vertrag" entgegenschleuderte.

Während sich gerade jetzt wieder - im Jahre 1968 - in der Weltöffentlichkeit ein Sturm der Erregung zu erheben beginnt, daß in der Bundesrepublik alle NS-Mordtaten und -Gewaltverbrechen im nächsten Jahr - 1969 - verjähren und tausendfache SS-Mörder straffrei ausgehen sollen, hatte Adenauer schon damals, also vor 20 Jahren!, in seiner Regierungserklärung feierlich erklärt, die Bundesregierung sei entschlossen - ich zitiere wörtlich aus dem Bundestagsprotokoll -, "Vergangenes vergangen sein zu lassen". Er forderte außenpolitisch schon damals die Grenzen von 1937, wettete innenpolitisch schon damals - knapp vier Jahre nach dem Ende der beispiellosen NS-Verbrechen - gegen alle demokratischen und Linkskräfte erneut "gegen den Linksradikalismus", während er die in- und ausländischen Warnungen vor neonazistischen Umtrieben als ganz bestimmt weit übertrieben" abtat. Kein Wunder, daß ihm darauf der Sprecher der neonazistischen "Deutschen Partei" (DP), Ewers, unter "Hört!-Hört"-Rufen den "vollsten und ungeteilten Beifall" seiner Fraktion versicherte.

Adenauer verstieg sich in seiner Regierungserklärung zur maßlosen Verleumdung der von der Hitlerarmee überfallenen Sowjetunion und forderte unter auf die Tränenröhren berechneter Stimmungsmache die Freigabe der Kriegsgefangenen. Als ihm Heinz Renner mit dem Zwischenruf: "Das erreicht man aber nicht durch die verlogene Hetze!" unterbrach, wurde Renner vom Bundestagspräsidenten Köhler ein Ordnungsruf erteilt. Denn, so sagte Köhler, "derartige Bemerkungen während der Erklärung des Bundeskanzlers zu machen, stört die Würde des Hauses".

In der Debatte zur Regierungserklärung sprachen zunächst die Vertreter der CDU/CSU, der SPD, FDP, DP und der Bayernpartei.

Eine Friedensrede führt zu Ausbrüchen des Kalten Krieges

Am 22. September erhielt endlich auch der Vorsitzende der KPD Bundestagsfraktion, Max Reimann, das Wort. Und hierfür hatte sich die CDU/CSU, die das Auftreten eines echten Oppositionssprechers fürchtete, eine schamlose Provokation ausgedacht.

Max Reimann begann mit einer Darlegung der wahren Machtverhältnisse in dem unter Bruch des Potsdamer Abkommens gebildeten westdeutschen Separatstaat. Er hatte noch keine drei Minuten gesprochen, da wurde er auch schon vom CDU-Bundestagspräsidenten Köhler unterbrochen.

Dabei hatte er nur auf das just am Tage nach der Regierungsbildung in Kraft getretene Besatzungsstatut der drei imperialistischen Besatzungsmächte hingewiesen

und die amerikanische Zeitung "New York Herald Tribune" zitiert, die am 16. März 1949 geschrieben hatte:

"Die geplante westdeutsche Regierung ist auf den Status einer kolonialen Verwaltungsstelle reduziert, die nicht unter einem, sondern unter drei Vizekönigen, dem französischen, britischen und USA-Militärgouverneur, oder ihren zivilen Nachfolgern operiert."

"Deutlicher als diese Zeitung kann ich den Charakter dieses Staates nicht ansprechen", hatte Max Reimann ausgerufen, was ihm prompt einen Ordnungsruf eintrug und das strikte Verbot, das Wort Kolonie im Zusammenhang mit der Bundesrepublik zu gebrauchen.

Doch Max Reimann ließ sich nicht beirren und fuhr fort: "Ich möchte ausdrücklich noch einmal darauf aufmerksam machen, daß das Besatzungsstatut in den Händen der drei Hohen Kommissare die eigentliche politische Grundlage des westdeutschen Staates darstellt, einen Friedensvertrag verhindert und die Besatzungsdauer ungeklärt läßt." Und weiter: "Die Begleitmusik bei der Bildung dieser Regierung ist das Geklitze rollender Panzer im Ruhrgebiet und das Dröhnen der Demontagehämmer zur Vernichtung unserer Friedensindustrie, um die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszuschalten."

Max Reimann erinnerte auch an die zynische Bemerkung der "New York Herald Tribune": "Es ist wahr, daß das Schlagwort ‚Exportier oder stirb‘ für Großbritannien und Deutschland gilt. Aber wenn in dem kommenden Kampf um die Weltmärkte schon jemand sterben muß, so sollen es die Deutschen sein."

Reimann erklärte dazu: "Wir wollen nicht, daß diese Fragestellung Wirklichkeit wird. Wir Deutschen wollen nicht sterben, wir wollen leben. Deshalb treten wir für eine Verständigung zwischen Ost und West ein, für die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsausschusses zwischen den bestehenden Organen und für eine gesamtdeutsche Wirtschaftspolitik." Er sprach sich für den Handel mit dem Osten aus, wies auf den krisenerfüllten Kapitalismus und die Krisenfestigkeit der Wirtschaft der UdSSR hin.

In seiner Rede würdigte Max Reimann - immer wieder von wütenden Hassausbrüchen seitens der Regierungsparteien unterbrochen - die geschichtlich so bedeutsamen Industrie-, Boden- und Schulreformen in der damaligen deutschen Ostzone. Er zeigte die Schwierigkeiten auf, unter denen sie vollbracht werden mußten, aus eigener Kraft, ohne Hilfe von außen, ohne vorhandene Schwerindustrie.

Um ein sichtbares Zeichen zu geben, daß die KPD es mit ihrem Bekenntnis zur Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse ernst meine, hatte die KPD in der Bundesversammlung bei der Wahl des Bundespräsidenten am 12. September 1949 dem SPD-Kandidaten Dr. Kurt Schumacher ihre Stimme gegeben. In der Debatte zur Regierungserklärung unterstrich Max Reimann dies Bemühen um das Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten noch einmal mit den Worten:

"Wir sind in den Betrieben, in den Parlamenten und auch sonst wo immer zu gemeinsamen Absprachen mit den Sozialdemokraten bereit, um den Ansturm der Reaktion auf die Positionen und Rechte der werktätigen Bevölkerung abzuwehren."

Als ihn auch hier wieder die CDU/CSU-Abgeordneten mit Grölen und Zwischenrufen zu unterbrechen suchten, konterte er scharf: "Ja, das tut Ihnen weh, was?!"

Dann kam der Punkt, an dem die Erzreaktionäre in Regierung und Bundestag zur gemeinsten Provokation griffen: die Oder-Neiße-Linie.

Max Reimann enthüllte die Scheinheiligkeit, mit der die Bundesregierung und Regierungsparteien und deren neonazistische Claqueure im Bundestag über die Aussiedlung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße jammerten. Er wies auf die geschichtliche Tatsache hin, daß es in Jalta und Potsdam die Westalliierten waren, die die Aussiedlung forderten, während die Sowjetunion den Standpunkt vertrat, dies sei eine innere Angelegenheit der betroffenen Staaten selbst.

Nie auch, so rief Max Reimann aus, wären die Westalliierten plötzlich umgeschwenkt und hätten die Revision der Oder-Neiße-Grenze gefordert, wenn es nicht zu einer volksdemokratischen Regierung in Polen gekommen wäre. Ja, wäre das alte kapitalistische Polen unter Pilsudski geblieben, dann wäre ein Churchill und jede antikommunistische englandhörige Regierung sogar bereit gewesen, die polnische Westgrenze ganz bis an die Spree zu verlegen.

"Aber weil es anders gekommen ist (die Polen und Tschechoslowaken sich vom angloamerikanischen Einfluß befreit hatten), deshalb will man revidieren, deshalb hetzt man das deutsche Volk erneut gegen die Völker des Ostens auf! Man gibt dem deutschen Volk ein Kriegsziel! Um die deutsche Grenze bis hinter die Weichsel ostwärts zu verlegen! Das hat Hitler schon probiert!"

(Zuruf von der Mitte: "Wir fordern die alten Grenzen wieder!")

"Gerade die Revision stört nicht nur unser Verhältnis gegenüber Polen, sondern bedeutet, in der endgültigen Konsequenz, den Krieg. Das darf nicht sein! Unser Volk darf nicht in einem dritten Weltkrieg vernichtet werden!"

Besonders der CSU-Abgeordnete Strauß unterbrach den Redner immer wieder mit wütenden Zwischenrufen. Max Reimann aber fuhr fort:

"Wir wollen in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern leben und besonders mit den Völkern des Ostens und Südostens. - Die Oder-Neiße-Grenze ist die Grenze des Friedens!"

(An dieser Stelle verzeichnet das Bundestagsprotokoll: "Andauernd erregte Zwischenrufe: Pfui, pfui!, Lärm Glocke des Präsidenten. - Erregte Zurufe: Abtreten! Abtreten!")

Max Reimann in diesen Tumult hinein: "Ich trete nicht ab, bis ich nicht alles gesagt habe."

(Fortgesetzter Lärm - Glocke des Präsidenten.)

Bundestagsabgeordneter Köhler: "Herr Abgeordneter Reimann, ich habe seit gestern..."

(Andauernd große Unruhe und Rufe: Pfui, pfui! Abgeordneter Strauß: "Schickt ihn nach Moskau! Ziehen Sie die Uniform an." - Abgeordneter Reimann: "Ich werde hier nicht gehen!")

Köhler: "Meine Damen und Herren..."

(Andauernd große Unruhe - Zurufe - "Moskauer Agent", "Bezahlter Provokateur." - Abgeordneter Reimann: "Das sind Sie!" - Lärm.)

Köhler: "Abgeordneter Reimann, Sie haben eben ausgesprochen, daß die Oder-Neiße-Linie die Friedenslinie ist."

(Anhaltend große Unruhe).

Köhler weiter: "Seitdem gestern hier sämtliche Parteien gesprochen haben, haben sie übereinstimmend die Oder-Neiße-Linie als die deutsche Grenzlinie abgelehnt. Das muß ich hier einmal feststellen."

(Händeklatschen in der Mitte und rechts.)

Köhler: "Es ist eine Provokation der überwältigenden Mehrheit dieses Hauses, wenn Sie derartige Ausführungen machen. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung."

(Bravo-Rufe und Händeklatschen in der Mitte und rechts - Strauß: "Treten Sie ab! Aufhören!" - Lärm)

Max Reimann: "Ich gehe hier nicht fort!" (Abgeordneter Strauß: "Aufhören! Abtreten!")

Die CDU zieht eine antikommunistische Schau gegen Max Reimann ab

Und hier folgt nun die Provokations-Szene, die in der Sprache des Bundestagsprotokolls ganz harmlos wie folgt geschildert wird:

"Ein Zuhörer, seinem Aussehen nach ein Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft, begibt sich unter erregten Zurufen und Hinweis auf seine Kleidung und seine Schuhe durch die Reihen der Abgeordneten zum Rednerpult. - Ein Teil der Abgeordneten der CDU verläßt den Saal. - Der Zuhörer wird aus dem Saal gewiesen."

In Wirklichkeit waren diese Strolche - es waren zwei - auf Max Reimann gehetzt, um ihn vom Rednerpult herunterzuprügeln. Die kommunistischen Abgeordneten werfen sich dazwischen, es entsteht ein ungeheurer Tumult und Handgemenge.

Abgeordneter Fritz Rische (KPD): "Das ist eine unerhörte Provokation!"

Abgeordneter Heinz Renner: "Der junge Mann war gestern den ganzen Abend hier. Diese Provokation ist seit gestern Abend vorbereitet!"

Als die beiden "Heimkehrer"-Provokateure von den kommunistischen Abgeordneten aus dem Saal gedrängt worden waren, versuchte Max Reimann seine Rede fortzusetzen. Doch CDU-Präsident Köhler gab ihm nur noch eine einzige Minute Redezeit und entzog ihm dann das Wort, während die Lärmszenen noch und noch andauerten. Sie schlugen in frenetischen Beifall seitens der CDU/CSU und der Neonazis um, als Adenauer ans Rednerpult eilte und "im Namen der Bundesregierung" mit geheuchelter Entrüstung emphatisch verkündete: "Wir bedauern, daß dieser Saal und diese Rednertribüne durch eine solche Rede des Abgeordneten Reimann, die den deutschen Interessen absolut zuwiderläuft, entweiht worden sind."

Die "Heimkehrer" setzten unterdessen ihre Provokationen draußen in der Vorhalle des Plenarsaales unbekümmert fort. Das wurde selbst der SPD zu viel. Das Bundestagsprotokoll vermerkt an dieser Stelle:

Zuruf von der SPD: "Herr Präsident, gebieten Sie mal Ruhe! Die Demonstrationen nehmen ja kein Ende!" Weiterer Zuruf: "Ich bitte festzustellen, wer da hinten sitzt!" - Abgeordneter Renner: "Ich bitte festzustellen, wer den Mann hierher organisiert hat! Gestern Abend ist alles besprochen worden, daß dieser Mann hier dieses Theater vorzuspielen hat! Dieses Schauspiel ist famos gespielt worden!" - Abgeordneter Strauß: "Ihr sollt die Erfolge eurer Politik sehen." Glocke des Präsidenten. - Abg. Renner: "Gebt den Leuten lieber Brot!" - Anhaltender Lärm. - Glocke des Präsidenten.

Blättert man heute in den Bundestagsprotokollen zurück, dann fällt einem auf, daß schon gleich zu Anfang der Rede Max Reimanns ein Zwischenruf "Haben Sie die Heimkehrer gesehen?" erfolgte. Und zwar an der Stelle, als Köhler Reimann "mit entsprechenden Maßnahmen" drohte, falls er die Bundesrepublik noch einmal als Kolonie oder Kolonialland bezeichnen würde. Der Zwischenrufer konnte wohl kaum den vorgesehenen Show-Auftritt der "Heimkehrer" abwarten.

Das Echo in der Welt über diese Provokationsszenen blieb nicht aus. "Eisiges Entsetzen in Skandinavien über die Zusammenstöße im Bundestag" - so überschrieb damals die "Frankfurter Rundschau" in ihrer Ausgabe vom 24. September 1949 ihren dreispaltigen Bericht ihres Skandinavien Korrespondenten Kurt Neumann über diese Bundestagssitzung. Er ist wert, hier im vollen Wortlaut wiedergegeben zu werden:

Entsetzen über Nationalismus der CDU/CSU im Ausland

"Stockholm, 23. September. Ohne alle Umschweife kann gesagt werden: Die Auftritte, die am Donnerstag in Bonn erfolgten, sind nicht nur ein schwarzer Tag der Deutschen Bundesrepublik, sondern kommen in ihrer Wirkung auf das Ausland einer Katastrophe gleich, die länger und tiefer nachklingen wird, als ihre Urheber überhaupt zu ahnen vermögen. Die günstige Stimmung des Auslandes hat sich über Nacht in eisiges Entsetzen verwandelt. Der zuerst freigebig gewährte moralische Kredit ist in ein Mißtrauen umgeschlagen, das nun nicht mehr am Ausbruch des Parlaments haltmacht, sondern zugleich das bereits überwundene Thema von der deutschen Mentalität wieder in voller Wucht in den Vordergrund geschleudert hat.

Der Korrespondent von ‚Svenska Dagbladet‘, einem streng konservativen und bekannt deutschfreundlichen Organ, spricht von Orgien des großdeutschen Nationalismus. Die große Majorität des westdeutschen Parlaments, so heißt es hier, sei von einer Mentalität besessen, die es äußerst schwer machen wird, die deutsche Bundesrepublik als eine Feste des Friedens und der Demokratie zu bezeichnen. Nach Ton und Geist der meisten Reden zu urteilen, würde ein nichtokkupiertes Westdeutschland sehr rasch in einen blutigen Bürgerkrieg gestürzt werden. Man frage sich heute unter den ausländischen Beobachtern in Bonn, ob das Kabinett Adenauer nicht überhaupt so etwas wie ein Gegenstück zum Papen Kabinett der Weimarer Republik sei.

Der gleiche Korrespondent, ein ausgezeichnete Kenner Deutschlands, dessen Berichte nicht nur objektiv zu sein pflegen, sondern stets auch von unleugbarer Sympathie für Deutschland getragen sind, sieht es nun als höchst fragwürdig an, ob es im Bonn Parlament überhaupt irgendeine faktische Opposition gegen den neuen undemokratischen und für den Frieden gefährlichen Nationalismus gebe. Es ist bezeichnend für das streng konservative ‚Svenska Dagbladet‘, das ja den Sozialdemokraten im eigenen Lande scharf oppositionell gegenübersteht, daß sein eigener Korrespondent schreibt: Soweit diese Opposition (gegen den Nationalismus) existiert, findet man sie in der SPD.‘ Aber‘, so wird sofort hinzugefügt, ‚leider glaubt die Leitung dieser Partei, sich am Wettlauf der nationalistischen Schlagworte beteiligen zu müssen.‘ Auf der anderen Seite hätten aber mehrere der alten und erfahrenen Politiker innerhalb der SPD mit Rücksicht auf die Ereignisse der letzten Tage offen und ehrlich ihrer Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Westdeutsche Bundesrepublik bereits von Beginn an auf einen verhängnisvollen Weg geraten sei, der zum genauen Gegenteil von Demokratie und Frieden führe.

Die gesamte Presse verurteilt einstimmig und ohne jegliche Einschränkung die Amtsführung des Präsidenten des Bundestages, Dr. Köhler. Außerdem wird hinzugefügt, daß sich weder der Bundeskanzler noch die Minister als fähig erwiesen hätten, die Lage zu meistern. Es wird als zweifelhaft bezeichnet, ob Dr. Köhler seinen Posten weiter behalten könne.

Das bürgerliche Blatt ‚Stockholm Tidningen‘, das ein radikal antikommunistisches Blatt par excellence ist, spricht nicht nur wörtlich von Pöbelauftritten der hypernationalistischen Rechtsparteien‘, sondern gibt zugleich dem größten Teil seines heutigen Leitartikels die Form einer beißenden Kritik. Das Verhalten Dr. Köhlers gegenüber Reimann, das aus grundsätzlichen parlamentarischen Erwägungen in der schärfsten Form verworfen wird, die Auftritte, die sich während der Ausführungen Reimanns abspielten, so heißt es im Leitartikel, seien weder mit mangelnder parlamentarischer Schulung, noch mit verzeihlicher patriotischer Indignation zu entschuldigen. ‚Alles‘, so heißt es wörtlich, deutet darauf hin, daß sie einer Mentalität entspringen, der der Sinn für das Grundlegende im Begriff der Demokratie fehlt.‘

Das Echo der bürgerlichen Presse Schwedens, die ja gegenüber der deutschen Frage kaum von Ressentiments beseelt ist, muß als Ausdruck tiefsten Entsetzens gewertet werden.“ Soweit die Frankfurter Rundschau.

Die von Heinz Renner noch während der skandalösen Vorfälle im Bundestag ausgesprochene Vermutung, daß es sich bei diesem "Auftritt" der "Rußland-Heimkehrer" um eine Provokation, um bestellte Arbeit der Reaktion handelte, sollte sich schnell als richtig erweisen. Nur wußte er in dem Augenblick noch nicht, a) wie hoch der Auftraggeber saß und b) daß selbst die Anzüge der angeblichen "Heimkehrer" Lüge und Verleumdung waren. Sie waren nämlich, wie bald danach sogar gerichtsnotorisch wurde, überhaupt keine Rußland-Heimkehrer, sondern abgefeymte, wegen krimineller Delikte vom Staatsanwalt lang gesuchte Schurken und Betrüger. Und den Auftrag zu dieser Schmierenkomödie hatte ihnen niemand anders als Bundeskanzler Adenauer und sein CDU- und Busenfreund Bundestagspräsident Köhler selbst gegeben.

Es mußte schon stutzig machen, daß Bundestagspräsident Köhler am Ende des Tumults, als Heinz Renner immer wieder forderte, zu untersuchen, wer die Provokation angestiftet hätte, auf einmal seine Glocke schwang und scheinheilig erklärte:

"Es ist mir mitgeteilt worden, daß sowohl auf der Tribüne wie außerhalb des Plenums sich Personen an den Kundgebungen beteiligten. Ich weise darauf hin, daß ich, wenn ich noch einmal derartige Kundgebungen außerhalb des Plenums dieses Saales beobachte, sofort die Tribüne räumen lassen werde."

(Zwischenruf des Abgeordneten Renner: "Das kommt reichlich post festum.")

Wollte Köhler hier schon seine Spuren verwischen, so trug er nach der Mittagspause noch dicker auf, als er zu Beginn diese seltsame "Erklärung" abgab: Die Logen, die sich im Hintergrund des Hauses unterhalb (!) der Balustrade befinden, sind lediglich Angehörigen der Bundesregierung bzw. Beamten der Länderregierung zugänglich. Ich muß darum bitten, daß Mitglieder des Hauses davon absehen, etwa Bekannte oder Verwandte aufgrund irgendeines Ausweises in diese Logen zu placieren. Für Damen und Herren, die weder dem Hause angehören noch Vertreter der Bundesregierung oder des Bundesrates sind, ist lediglich die Tribüne oberhalb des Saales zur Verfügung gestellt."

Der Heuchler: Niemand anders als er selbst hatte die Gauner durch eben diese Loge in den Plenarsaal einschleusen lassen! Es ist das Verdienst des bekannten kommunistischen Journalisten und Publizisten Emil Carlebach, des früheren hessischen Landtagsabgeordneten, die ganze Schmierenkomödie und ihre Drahtzieher entlarvt zu haben.

In einer Gerichtsverhandlung vor dem Karlsruher Schöffengericht - freilich erst ein halbes Jahr später wurde dieser ganze Gaunerfilm noch einmal abgespult. Lassen wir auch hierzu den Zelt Chronisten sprechen. Das "Badische Volksecho" schrieb darüber am 18. März 1950 unter der Schlagzeile: "Geht mal vor, ihr Heimkehrer!" und mit den Unterzeilen: "Der Fall der beiden falschen Rußland-Heimkehrer' - ein Skandal der Bonner politischen Prominenz. Politische Skrupellosigkeit und abgefeymtes Gaunertum paarten sich zur Antisowjet- und -Kommunistenhetze" wie folgt:

"Gestern standen die beiden Gauner Thilo Wagner und Siegfried Kluge, die falschen Rußland Heimkehrer, die im Bonner Bundestag die Rede des kommunistischen Parteivorsitzenden unterbrachen, vor dem Karlsruher Schöffengericht. Im Verlauf der vierstündigen Verhandlung ergab sich eindeutig das Bild, daß die beiden Gauner ihre Schmierenkomödie im Bonner Bundesparlament unter politischer Regie einer gan-

zen Anzahl, vorwiegend CDU-Abgeordneter, des Bundestags-Präsidenten Dr. Köhler und des Bundeskanzlers, Dr. Adenauer, durchführten. Die kürzlich von der richterlichen Untersuchungsbehörde der Öffentlichkeit übergebene Erklärung, daß die Voruntersuchung mit dem Ergebnis abgeschlossen habe, daß das erbärmliche Schauspiel der beiden falschen Rußland Heimkehrer nicht in Verbindung mit Abgeordneten und Ministern gestanden habe, also ohne politischen Hintergrund gewesen sei, wurde in jedem Punkt Lügen gestraft. Die Feststellungen in dem offenen Brief, den deshalb der bekannte Frankfurter Journalist und Landtagsabgeordneter, Emil Carlebach, an den Karlsruher Staatsanwalt schrieb, wurden im Prozeßverlauf Punkt um Punkt bestätigt. Mit zwei ganz gewöhnlichen Gaunern hatten damals in der Bundestags-Sitzung prominente Mitglieder des Bundestages und der Regierung eine abgefärbte politische Intrige gegen die Kommunistische Partei inszeniert.

Aus den Aussagen der Angeklagten Wagner und Kluge ergab sich folgendes Bild über ihre politische Rolle in Bonn: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Höfele hatte die beiden als Rußland Heimkehrer verkleideten Halunken am Bahnhof angesprochen und sie nach reichlicher Bewirtung im Bahnhofs-Restaurant aufgefordert, mit in das Bundestagsgebäude zu kommen. Gleich bei ihrem Eintreffen wurden sie vom Bundestagspräsidenten, Dr Köhler, und dem Bundeskanzler Adenauer empfangen, die sie, als wären sie Fürsten, einluden, an der Sitzung des Bundestages teilzunehmen. Anschließend an diese Sitzung waren sie im Bundestags-Restaurant gefeierte Gäste des Bundeskanzlers und vieler Abgeordneter.

In ihren Aussagen vor Gericht sonnten sich die beiden Gauner geradezu bei der Schilderung, wie sehr man sich um sie von höchster Stelle aus dabei gekümmert und gedient habe. Im Bundestags-Restaurant unter Abgeordneten, Ministern und selbst dem Kanzler, erfolgte die Aufforderung an Wagner und Kluge, am nächsten Tag ja pünktlich wieder in der Plenarsitzung des Bundestages in der Maskerade der Rußland-Heimkehrer zu erscheinen. Das haben sie getan. Die Polizei erwies sich als im ‚Bilde‘. Sie waren auch bereits vorher unterrichtet, daß Max Reimann sprechen werde und ihr Erscheinen bedeutungsvoll sei.

Als Max Reimann sprach, tauchten die beiden Gauner am Rednerpult auf, ermutigt durch den Ruf ‚Geht mal vor, ihr Heimkehrer!‘, um dann unter wohlwollender Duldung‘ des Bundestagspräsidenten Dr. Köhler, als ob sie nicht im Bundestag, sondern in einer Vorstadt-Schmiere wären, ihre Rolle vorzuspielen.

Um das Maß voll zu machen, wurden sie anschließend von Glückwünschen nur so überschüttet. Dr. Adenauer versicherte ihnen, sie seien jetzt Ehrengäste des Bundestages, sie erhielten von ihm die Anweisung, ihre Gage‘ von je 50 DM im Bundeskanzleramt abzuholen. Nach Papieren seien sie während ihres Bonner Gastspiels nicht gefragt worden, war das letzte, was die Gauner aussagten, als die Gerichtssitzung unterbrochen wurde.

Die Verhandlung gegen die beiden ‚Lieblinge von Bonn‘ erfuhr einen überraschenden Abschluß. Das Schöffengericht erklärte sich für nicht zuständig, da bei dem eminenten Vorstrafenregister der beiden für Bonn engagierten Gauner mit einer Strafhöhe zu rechnen sei, die in den Zuständigkeitsbereich der nächst höheren Instanz falle. Der Prozeß wurde an das Landgericht überwiesen.

Das Karlsruher Schöffengericht ist damit den skandalösen Fall, der weniger ein Fall der beiden Schwindler, dafür aber umso mehr der obersten Prominenz des westdeutschen Separatstaates ist, los. Für das Landgericht in Karlsruhe, das nun die ‚Ehre‘ hat, ihn zu bearbeiten, besteht die nicht zu umgehende Konsequenz, den Kanzler Dr. Adenauer, den Bundestagspräsidenten Dr. Köhler, den CDU-Abgeordneten Dr. Höfele und eine Reihe weiterer Bonner Politiker als Zeugen zu zitieren, wenn vor ihren Schranken die Schmierenkommödie von Bonn erneut zur Verhandlung steht.

Die Verhandlung vor dem Karlsruher Schöffengericht hat in grellem Licht gezeigt, wie sich Skrupellosigkeit mit niedriger Erbärmlichkeit und Gaunerei paart, um in Antisowjet- und Kommunistenhetze machen zu können. YM."

Doch wer sich Hoffnung machte, daß nunmehr vor dem höheren Gericht der Fall noch geklärt und nach allen Seiten und Hintergründen durchleuchtet würde, kennt die bundesdeutsche Justiz nicht. Sie zog sich und die CDU-Prominenz elegant aus der Affäre. Lakonisch meldete darüber die "Welt" vom 25. April 1950 nur:

"Das Landgericht in Karlsruhe fällt am Montag das Urteil gegen die beiden falschen Heimkehrer von Bonn, den 23jährigen Siegfried Kluge und den 42jährigen Thilo Wagner. Kluge erhielt wegen Diebstahls und fortgesetzten Betrugs sieben Monate, Wagner wegen schweren Diebstahls im Rückfall und gemeinschaftlichen Betrugs in zwei Fällen zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde ihnen angerechnet.

Das Gericht hatte absichtlich die Möglichkeit politischer Hintergründe für das Auftreten der beiden bei der Reimann-Rede am 22. September 1949 im Bonner Plenarsaal unberücksichtigt gelassen, da es sich nur um die juristische Seite des Falles zu kümmern hatte."

So einfach ist das also. In jedem anderen demokratischen Staat hätte ein Regierungschef, der in solcher kriminellen Affäre verwickelt gewesen war, den Hut nehmen müssen. Damals, in der Geburtsstunde des neuen Parlaments, konnte man noch mit ein wenig Naivität den Kopf schütteln und fragen: Was muß eigentlich in Bonn passieren, damit etwas passiert? Seitdem wir erlebt haben, daß ein Minister wie Franz Josef Strauß das Parlament belügen und betrügen und trotzdem - nach kurzer Kaltstellung wieder ins Kabinett einsteigen, ja zum Kanzlermacher avancieren kann, stellt man solche, naiven Fragen nicht mehr. Man legt die Betonung eben auf das: "in jedem anderen demokratischen Staat".

Mutiges Bekenntnis zur Oder-Neiße-Grenze

Die westdeutsche Bundesrepublik wurde - wie der Korrespondent des streng konservativen schwedischen "Svenska Dagbladet" damals schon befürchtete - "zum genauem Gegenteil von Demokratie und Frieden". Der kommunistische Abgeordnete Max Reimann aber ging in die Parlamentsgeschichte ein als der Mann, der in schwierigster Zeit sich mutig der antikommunistischen Massenhysterie und der Revanchehetze entgegenwarf und mit dem Bekenntnis zur Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze der Sache des proletarischen Internationalismus wie den wahrhaften nationalen Belangen des deutschen Volkes einen großen Dienst erwies.

(1) "Nationale Rechte" = Zusammenschluß der Deutschen Rechtspartei (DRP) und der Deutschen Konservativen Partei im 1. Bundestag.

(2) Richter entpuppte sich übrigens später als ein alter waschechter hoher Nazifunktionär, der unter anderem Namen (1) in den Bundestag eingezogen war! Das alles war schon 4 Jahre nach dem Ende der Hitler Ära wieder im westlichen Teil Deutschlands möglich! Erst am 20. 2. 1952 wurde dieser "Franz Richter" im Bundeshaus verhaftet. Es war der ehemalige Gauhauptstellenleiter der NSDAP Fritz Rößler. Obwohl schon 1949 wegen Verhetzung der Jugend" im Schuldienst und im gleichen Jahr im Wilton" Park Lager in England aufgefallen, weil er Verbindung zum britischen Faschistenführer Mosley suchte, ließ man ihn bis 1952 Im Bundestag sein Unwesen treiben!

(...)

Anhang

Beschluss des Bundeskongresses 2008 der VVN-BdA

Der 3. Bundeskongress der VVN-BdA beschließt am 25.05.08:

Für die Wiederherstellung des antifaschistischen und antimilitaristischen Konsenses

Wir engagieren uns für eine friedliche Welt. Das bedeutet die Absage an alle Versuche, Konflikte militärisch zu lösen. Es bedeutet das Nein zur aktuellen Entwicklung neuer, kostspieliger Waffensysteme und zum Export von Waffen in alle Welt. Ein dauerhafter Frieden ist vor allem ohne das Völkerrecht als Grundlage nicht zu erreichen.

Dabei ist die Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen unverzichtbar.

Der Einstieg der deutschen Politik in Kriegshandlungen wurde damit begründet, man müsse Krieg führen, um ein Auschwitz nicht wieder zuzulassen. Es gilt jedoch: Auschwitz wurde erst durch Krieg möglich. Die Verpflichtung "Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus" mit ihren beiden Seiten ist wiederherzustellen.

Das Völkerrecht verbietet, entsprechend der UNO-Charta Artikel 53 und 107, Deutschland das Kriegführen. Das Grundgesetz mit seinem Verbot der Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen (Artikel 26) und das Völkerrecht sind zu verteidigen und anzuwenden.

Von diesen Prinzipien gehen wir aus, wenn wir uns in die Aktionen der Friedensbewegung einbringen.

Vor allem in drei Bereichen gefährdet die Politik der Bundesregierung eine friedliche Entwicklung unseres Landes: Es sind die Auslandseinsätze der Bundeswehr, das Festhalten an der Teilhabe Deutschlands an Atomwaffen im Rahmen der NATO und die innerstaatliche Aufrüstung und Militarisierung.

1. Frieden für Afghanistan - Bundeswehr-Einsatz beenden!

Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen dient der Einsatz der Soldaten dort nicht einer friedlichen Entwicklung des Landes. Die Anwesenheit und der Einsatz der Militärs aus den USA und den NATO-Staaten führt zur Verschärfung des Konfliktes, drängt immer mehr Afghanen in die Aufstandsbewegung und macht die zivilen Helferinnen und Helfer in den Augen der Bevölkerung zu Kombattanten, zu Kriegsbeteiligten. Wir setzen uns ein für eine friedliche Entwicklung des Landes, die Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien, die deutliche Steigerung der Entwicklungshilfe und die Stärkung der Eigenständigkeit und der demokratischen Strukturen des Landes beinhaltet.

2. Atomwaffen abschaffen - Deutschland atomwaffenfrei!

Die Atomwaffen stellen die größte Gefahr für das Überleben der Menschheit dar. 27.000 Atomwaffen existieren weltweit, 3.500 davon sind ständig in Alarmbereit-

schaft. Diese Systeme werden laufend modernisiert, neue Waffen entwickelt. Die Weigerung der Atommächte, entsprechend den Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrages ihre Arsenale abzurüsten, ermutigt immer neue Länder, ebenfalls Atomwaffen zu bauen. Auch in Deutschland lagern US-Atomwaffen, üben Bundeswehrpiloten den Einsatz dieser Waffen.

3. Gegen die innerstaatliche Militarisierung

Eine bedrohliche Entwicklung nimmt die Militarisierung im Innern unseres Landes. Bis zu 1 Million Soldaten stehen als Reservisten ständig zum Militäreinsatz im Innern der Republik bereit - gegen unser Demonstrationsrecht, gegen Streiks und freie Meinungsäußerung. In Bund und Land, in Stadt und Landkreis werden Polizei und Bundeswehr, z. T. auch Geheimdienste zusammengefasst, um als schwerbewaffneter Heimatschutz zu agieren.

Der verfassungswidrige Bundeswehreinsatz in Heiligendamm 2007 stellte einen weiteren Schritt zur inneren Militarisierung dar. Mit der geschürten Anti-Terror-Hysterie werden an breiter Front in einem nie da gewesenen Maße demokratische Grundrechte ausgehöhlt.

Statt Rassismus und Fremdenfeindlichkeit - auch unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus - verteidigen wir die Demokratie und die Menschenrechte. Gegen die Militarisierung ist die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht zu setzen, und jede neue Form von Zwangsdiensten ("Zivildienst durch alle") á la CSU ist entschieden zurückzuweisen.

Wir fordern als vordringliche Schritte:

Sowohl den ISAF-Einsatz als auch die Beteiligung an der Operation Enduring Freedom zu beenden und alle deutschen Soldaten aus Afghanistan und anderen Konfliktregionen abzuziehen;

den Abzug der auf deutschem Boden lagernden US-Atomwaffen durchzusetzen und jede Form der atomaren Teilhabe Deutschlands auszuschließen;

die Beendigung der deutschen Unterstützung für den Krieg im Irak und ein deutliches Nein zu einem Angriff auf den Iran:

die Abrüstung der Bundeswehr, damit endlich Mittel frei werden für Arbeit, Bildung, Kultur und Soziales.